

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis vierteljährlich: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ersteilung täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1942.

Dienstag, den 20. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

Die neue parlamentarische Session.

London, 17. Februar. (Fig. Ver.)

Am 19. dieses Monats beginnen die Arbeiten des neuen Parlaments. Ihre Einleitung bildet die Thronrede, in der die Grundlinien der kommenden Gesetzgebung festgelegt werden, worauf die Abgeordneten in die Redebeiträge eintreten, das heißt, in die Diskussion über die Wünsche des Parlaments. Trotz der großen Mehrheit, auf die die Regierung stets rechnen darf, wird sie keinen leichten Stand haben; denn sie hat drei kompakte Fraktionen gegen sich, deren Führer jede Gelegenheit ergreifen werden, Opposition zu machen.

Die Arbeiterpartei hat, wie bereits gemeldet, den Genossen Keir Hardie zum parlamentarischen Führer gewählt. Von den 27 anwesenden Arbeiterabgeordneten stimmten 14 für Hardie, 13 für Shackleton. Diese Abstimmung zeigt gleichzeitig das Zahlenverhältnis zwischen den sozialistischen und den gewerkschaftlichen Arbeiterabgeordneten in der Fraktion. Aber man darf sich darauf verlassen, daß die Fraktion stets einheitlich vorgehen und harmonisch zusammenarbeiten wird. Die Zustände in England sind so reif für eine sozialistische Umwandlung, daß eine Arbeiterpartei, die das Prinzip der Selbstständigkeit, das heißt den Grundsatz des Interessengegenstandes zwischen Kapital und Arbeit anerkennt, im sozialistischen Sinne handeln muß. Zudem ist Hardie als praktischer Politiker sehr taftvoll und sich der Größe seiner Aufgabe vollkommen bewußt.

Die Fraktion wird in erster Reihe auf die Annahme der Gewerkschaftsvorlage dringen, dann auf die Verbesserung des im vorigen Jahre angenommenen Arbeitslosgesetzes, ebenso auf eine systematische Durchführung der Schulkantinen, schließlich auf die Verweltlichung und Demokratisierung des Schulwesens. Also: Schutz den Gewerkschaften, Staatsbühne den Arbeitslosen und Arbeitsveteranen, körperliche und geistige Nahrung der Kinder des Volkes — dies ist das nächste Aktionsprogramm der neuen Arbeiterpartei. Und über dieses Programm gibt es keine Meinungsverschiedenheit in der Partei. Die liberalen Arbeiterabgeordneten, die mehr oder weniger individualistisch sind, bleiben vorläufig Mitglieder der liberalen Partei; sie haben in der Arbeiterfraktion nichts zu suchen, und diejenigen von ihnen, die sich der Arbeiterpartei später anschließen sollten, werden sich der Parteidisziplin unterwerfen müssen.

Die Iren — 83 Mann stark — werden eine abwartende Haltung einnehmen und die parlamentarische Konjunktur ausnützen. Neben der alten Forderung: eine besondere Regierung, ein besonderes Parlament in Dublin zu haben, verlangen sie noch eine Abänderung der Landbill vom Jahre 1903, um den Auskauf der Grundbesitzer beschleunigen zu können. Die irische Fraktion ist zum größten Teile schäzlerisch und wird mit den Tarifreformern (Anhängern von Chamberlains Zollvereinsplänen) zusammengehen, wenn diese ihr in der Homerulefrage entgegenkommen.

Die unionistische (konservative) Partei ist in den letzten Tagen durch den Ausgleich zwischen Balfour und Chamberlain wieder einheitlicher geworden. Balfour hat in einigen wichtigen Punkten an Chamberlain Konzessionen gemacht.

Am 14. d. M. schrieb er an Chamberlain: „Ich bin der Ansicht, daß Tarifreform die erste konstruktive Arbeit der unionistischen Partei ist und Weihen muß und daß die Ziele einer solchen Reform darin bestehen, gleiche Bedingungen für den britischen Handel zu erhalten und eine engere Handelsunion mit den Kolonien herbeizuführen. . . . Es ist im Prinzip nichts einzuwenden gegen die Herstellung eines möglichen Generaltarifs auf Fabrikwaren, wenn der Tarif nicht den Zweck verfolgt, die Preise zu erhöhen oder künstlichen Schutz gegen den recht-mäßigen Wettbewerb zu gewähren; ebensowenig ist im Prinzip einzuwenden gegen die Belegung ausländischer Waren mit einem kleinen Zoll, wenn gezeigt werden kann, daß ein solcher Zoll für Finanzzwecke nötig ist.“

Chamberlain gab sich mit dieser Erklärung zufrieden und erkannte die Führerschaft Balfours an. Beide gaben ferner zu, daß Tarifreform keine unmittelbar zu behandelnde Frage sei. Die nächsten Monate werden dennoch verhältnismäßig frei von Hitzdebatten sein. Die liberale Regierung, gestützt auf ihre feste Mehrheit, wird umso mehr Gelegenheit haben, sich den versprochenen sozialpolitischen Aufgaben zuzuwenden. Folgende Gegenstände werden das Parlament in den nächsten sechs Monaten beschäftigen: Schulwesen, Arbeitslosigkeit, Reform der Gemeindesteuern in London, Gewerkschaftsrecht und die wirtschaftlichen politischen Zustände in Transvaal.

Mit dem im letzten Parlament angenommenen Schulgesetz sind die verschiedenen religiösen Sekten sehr unzufrieden, und mit diesen Sekten muß die liberale Partei rechnen; denn sie sind das Rückgrat des Liberalismus. Das Schulgesetz hat vor allem die alten, vom Volke gewählten Schulkommissionen (School Boards) abgeschafft und die Schulen unter die Aufsicht der Lokalbehörden gestellt. Schon diese Maßregel hat den demokratisch denkenden Teil der Bevölkerung verletzt. Dann hat das Gesetz die von der anglikanischen Kirche geleiteten Volksschulen, die bis dahin von freiwilligen Gaben und Vermächtnissen abhingen, auf die Gemeinde- und Staatssteuern geworfen, ohne indes der Allgemeinheit eine genügende Kontrolle oder Garantie für religiöse Gleichberechtigung zu gewähren. Die religiösen Sekten erwarten von der Regierung, daß sie das Gesetz im liberalen Sinne amendiert. Bei dieser Gelegenheit werden

die Vertreter der Arbeiterpartei die Verweltlichung der Schule beantragen, das heißt, die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule und seine Ueberweisung an die verschiedenen Kirchen. Ebenso werden sie in Form eines Zusatzantrages die Einführung von Schulkantinen verlangen.

In der Frage der Arbeitslosigkeit wird es sich ebenfalls um eine Ergänzung und Verbesserung des im letzten Parlament angenommenen Gesetzes handeln: um die Bewilligung von Staatsmitteln, um nützliche und fruchtbringende öffentliche Arbeiten unternehmen zu können.

London braucht dringende eine Reform der Gemeindesteuern. Die ärmeren Gemeinden Londons werden erdrückt unter der Last der Lokalsteuern, während die reichen Gemeinden ganz geringe Lasten zu tragen haben. Eine Zusammenfassung der Grafschaft London zu einer Steuereinheit würde die ärmeren Gemeinden bedeutend entlasten. Es soll eine gewisse ausgleichende Steuergerechtigkeit (Equalisation of Rates) vollzogen werden.

Im Gewerkschaftsrecht wird es sich hauptsächlich um den dritten Punkt handeln. Die Gewerkschaftsvorlage (Trade Dispute Bill) hat nämlich drei Paragraphen. Der erste behandelt das friedliche Streikpostenstehen (Picketing). Der zweite Paragraph betrifft die Erlaubnis: Verabredungen und Abmachungen mit einer oder mehreren Personen zur Durchführung gewisser Zwecke zu treffen, ohne sich deswegen einer verbrecherischen Verschwörung schuldig zu machen.

Der dritte Paragraph ist — wie gesagt — der entscheidende; er betrifft die Klassen. Die Arbeiter wollen das gleiche Recht, das sie in den Jahren von 1876 bis 1901 genossen haben: begehren einzelne Arbeiter während eines gewerblichen Konfliktes ungelegliche Handlungen, so sollen nur diese Personen dafür verantwortlich sein, nicht aber die Gesamtheit der Gewerkschaft und ihre Fonds.

Bei diesem Paragraphen wird es einen schweren Kampf geben, und es ist zweifelhaft, ob dieser ganz nach dem Wunsche der Arbeitervertreter endigen wird.

Uebrigens hat sich der Postminister Sydney Burton schon wirklich arbeiterfreundlich gezeigt; er hat am 13. Februar die Gewerkschaft der Postangestellten anerkannt; die Postbeamten werden nunmehr ihre Beschwerden öffentlich besprechen und über deren Abstellung mit der Regierung verhandeln können!

Nicht minder wichtig ist die Lage Südafrikas. Die Buren erwarten viel von der liberalen Regierung, und sie haben ein Recht dazu. Sir Henry Campbell-Bannerman, John Morley, Bryce, Lloyd-George waren während des südafrikanischen Krieges Pro-Buren; jetzt sind sie — Minister und haben eine Mehrheit im Parlament, so daß sie die Gelegenheit und die Möglichkeit besitzen, die Bunden Südafrikas zu heilen. Es handelt sich vor allem um zwei Fragen: die Einfuhr der Chinesen nach den Goldgruben Transvaals und die Verfassung Transvaals. Die große Masse der liberalen Wähler in England und der weißen Bevölkerung in Südafrika ist gegen die Chineseneinfuhr. Die Arbeiterwähler in England sind der Ansicht, daß Engländer und Buren ein Recht haben, am Mineralreichthum Transvaals zu partizipieren; sie wollen Südafrika zu einem Lande des weißen Mannes machen. England soll die Bergleute und andere qualifizierte Arbeiter liefern und eine kaufkräftige Bevölkerung schaffen für die Ackerbauprodukte der Buren. Die letzte Regierung, die mit den südafrikanischen Magnaten in engen Beziehungen stand, achtete auf die Arbeiterwünsche nicht, sie bewilligte vielmehr die Forderungen der Goldkönige auf Einfuhr von Chinesen. Die Kapitalisten fürchteten nämlich den politischen Einfluß der weißen Arbeiter, die aus Südafrika ein Australien machen könnten. Bis zu Ende vorigen Jahres wurden dann etwa 45 000 chinesische Arbeiter eingeführt, aber am Vorabend des Rücktritts der konservativen Regierung erhielten die Grubenbesitzer weitere Erlaubnisse, auf die Einfuhr von noch 15 000 Chinesen. Diese 60 000 Chinesen genügen vollständig, um die Goldausbeute im Interesse der Besitzer vorzunehmen.

Seitdem nun die Liberalen zur Regierung gelangten, haben sie keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie gegen jede weitere Chineseneinfuhr sind. Aber werden sie auch stark genug sein, bei Ablauf der Chinesenlieferungsverträge diese nicht erneuern zu lassen? —

Noch komplizierter ist die Verfassungsfrage: Im Frühjahr 1905 erhielt Transvaal eine Verfassung, die derjenigen des Deutschen Reiches ähnlich ist: Die Regierung wird von der Krone ernannt und bleibt von dieser abhängig; das Volk hat ein ausgebreitetes Wahlrecht und ziemlich viel — Vandalenfreiheit im Parlament, aber ohne wirkliche Macht. Die englische Regierung erklärte — ohne sich der Deuchelei der deutschen Regierung schuldig zu machen — offen: diese Konstitution sei nicht gut, aber man solle bedenken, daß die Bevölkerung erst vor wenigen Jahren durch Gewalt unterworfen worden sei; man müsse deshalb vorläufig auf eine demokratische Verfassung verzichten.

Die Buren, die einst auf Befreiung durch Deutschland hofften, sind selbstredend mit einer Verfassung „Made in Germany“ unzufrieden. Sie wollen eine englische Verfassung, und da diese vorläufig nicht zu erhalten ist, so bemühen sie sich um eine Reform des Wahlrechts. Auch das Wahlrecht ist interessant: die Buren haben dasselbe Wahlrecht wie zur Zeit ihrer Unabhängigkeit; für die übrige weiße Bevölkerung ist ein Senus eingerichtet, so daß Arbeiter, die

mindestens 40 R. die Woche verdienen, das Wahlrecht haben. In Transvaal ist aber ein solcher Wochenlohn einem deut-schen Wochenlohn von 15 R. gleich, und so hat tatsächlich die ganze weiße Bevölkerung das Wahlrecht. Nur sollen die Wahlkreise nicht nach der Bevölkerungszahl, sondern nach der Wählerzahl eingeteilt werden. An Bevölkerungszahl sind nun die Buren, an Wählerzahl aber ist die übrige weiße Bevölkerung stärker. Jene haben nämlich große Familien; diese dagegen sind meistens ledig. Die Wahlgometrie ist also eine derartige, daß die Buren im Parlament in der Minderheit bleiben. Sie wollen deshalb eine Wahlkreiseinteilung nach der Bevölkerungszahl und nicht nach der Zahl der Wähler. Sie sagen: das Wahlrecht müsse vor allem derjenigen Bürger berücksichtigen, die im Lande bleiben wollen, und erst in zweiter Linie diejenigen Einwohner, die nach Transvaal kommen, um reich zu werden und dann das Land zu verlassen. In England ist viel Sympathie mit den Buren vorhanden; dennoch wird es schwer halten, eine Wahlreform durchzuführen, die dem Lande das Uebergewicht über die Stadt geben will.

Nach allem wird es für das internationale Proletariat ebenso wichtig wie interessant und lehrreich sein, den Verhandlungen des neuen englischen Parlaments in ihren Hauptphasen zu folgen.

Die Revolution in Rußland.

Aus den Revolutionstagen in Sibirien.

Im Dezember war die Autorität der Regierung an allen Orten des russischen Reiches gleich Null. Nicht allein in den Ostprovinzen, in den Städten des Kaukasus und des südlichen Rußlands wie Moskau, Nikolajew, Sewastopol u. a., sondern in den meisten Städten an der sibirischen Eisenbahn, wie z. B. in Tomsk, Krasnojarsk, Irkutsk und Tschita, hatten sich provisorische Regierungen gebildet. In Sibirien ist fast durchweg auch das Militär auf der Seite des Volkes gewesen. So bringt die sibirische Zeitung „Sib. Schifn“ in einer ihrer letzten Nummern einige Einzelheiten aus der „Soldatenrepublik Krasnojarsk“.

Während der zweiten Hälfte des Monats Dezember befand sich die Stadt Krasnojarsk vollständig in den Händen der meutenden Soldaten. An der Spitze stand der Reserveführer Kusmin. Schon beim Beginn des Aufstandes hatte Kusmin die Gewehr- und Pulvermagazine besetzen und die Kasse des Militärforts beschlag-nahmen lassen. Aus dieser Kasse wurde die Mütze der Stadt unterhalten. Der Gouverneur, der Prokureur und viele andere Personen der höheren Administration wurden verhaftet. Einige abtrünnige Offiziere wurden isoliert, die meisten erklärten sich aber mit den Soldaten und dem Offizier Kusmin solidarisch. Außer den Soldaten wurden noch 8000 Eisenbahnarbeiter bewaffnet. Man hatte beschlossen, den Regierungstruppen Widerstand zu leisten und im Fall eines Mißlingens das Pulverlager, die Kasernen und einige Behörden in die Luft zu sprengen. — Die Gärung, die zur Meuterei der Gornison führte, hatte Mitte Dezember unter den Soldaten des Krasnojarsker Eisenbahnbataillons begonnen. Am 19. Dezember war von dem Krasnojarsker sozialdemokratischen Komitee ein Meeting anberaumt worden, zu dem zwei Kompanien des Eisenbahnbataillons mit roten Fahnen und unter Abzeichen von revolutionären Arbeiterliedern in voller Feldausrüstung hinarshierten. Diesem Zuge, der unterwegs alle Wachtposten entwaффnete, schloß sich eine große Menschenmenge an, so daß auf dem Versammlungspitze mehr als 30 000 Personen zu zählen waren. Zum Vorsitzenden des Meetings wurde ein Offizier erwählt. Unter anderen hielten auch mehrere Offiziere und Soldaten politische Reden. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der Garantien für das Manifest und die unverzügliche Einberufung einer konstituierenden Versammlung gefordert wurden. Der Vorsitzende erklärte kurz vor dem Schluß des Meetings, daß die Soldaten sich nur der neuen Regierung unterwerfen werden. Am nächsten Tage über-nahm das vereinigte revolutionäre Komitee alle Kommanden der Selbstverwaltung und das Militär-ging zu den Revolutionären über.

Das Volk hatte die Gewalt etwa 14 Tage in seinen Händen, dann wurde es gezwungen, mit ähnlichen Mitteln wie in Turkestan und den Ostprovinzen die Regierung wieder der alten Gewalt-herrschaft zu übergeben. Die „Ruhe“ ist aber lange noch nicht in Sibirien hergestellt, obgleich alle Gefängnisse von Tomsk bis Khabrowsk überfüllt sind und Tausende von Menschen, die sich anfangen frei zu fühlen, hingerodet wurden.

Alle Beamten, hauptsächlich die Eisenbahn- und Justizbeamten werden durch neue, vollständig den Anforderungen nicht gewachsene, ersetzt. Die Kontrollenaufgaben, die bisher Studenten für einen Monats-gehalt von 85 bis 120 Rbl. befragten, werden jetzt Reserveoffizieren übertragen, denen man einen Sold von 250 bis 300 Rbl. zahlt.

Bladivostok befindet sich noch teilweise in den Händen meutender Soldaten. General Wjshchenko zieht mit einer gewaltigen Uebermacht in diesen Tagen in die Stadt ein. — Es wird wieder von neuem Blut in Strömen fließen, bis dann, wenn die Reaktion wieder ihren blutigen Zug vom Westen bis zum äußersten Osten befohrt haben wird, die Revolution wieder ihr Haupt erheben und den endgültigen Siegeszug antreten wird.

Die Revolution „requiriert“.

Warschau, 17. Februar. Der Kassierer der staatlichen Beamten-Niederlage wurde am besten Tage von bewaffneten Leuten angefallen, die ihm 4000 Rubel abnahmen.

Odeſſa, 17. Februar. Heute früh brangen zwei bewaffnete ſunge Leute in eine ſtaatl. Brauerey-Niederlage ein, raubten dort 200 Rubel und verſchwanden damit.

Neue Bombenfunde.

Wroslaw, 17. Februar. Heute abend wurde ein Hochſchüler verhaftet, bei dem Bomben und Explosivſtoffe entdeckt worden waren.

Der weiße Schrecken.

Warschau, 18. Februar. Gestern wurden wiederum 17 Juden, die ſich an der revolutionären Bewegung beteiligt hatten, triegeriſch erſchoſſen.

Sewastopol, 18. Februar. Das Kriegsgericht beendete heute den Prozeß gegen die Reuterer vom Panzerſchiff „Anjas Potemkin“. Es wurden verurteilt drei Matroſen zum Tode durch den Strang mit Begnadigung zu 15jähriger Zwangsarbeit, ferner zu Zwangsarbeit von ſieben beziehungsweise zwölf und zwanzig Jahren je ein Matroſe, zu zweijähriger Zwangsarbeit neun und zu einjähriger 23 Matroſen. Ferner wurden verurteilt ein Arzt, ein Unteroffizier und ein Fähnrich zum Dienſtaußſchluß, die beiden erſteren mit, der letztere ohne Rangverlust, endlich ein Ingenieur zur Verabſchiedung auf dem Diſziplinarwege. Ein Unteroffizier und 24 Matroſen wurden freigeſprochen.

Sewastopol, 18. Februar. Admiral Tſchuknin hat für politiſche Prozeſſe das Recht, Kaſſation einzulegen, aufgehoben.

Die „Ordnung der Verhältniſſe“.

Wie Eisenbahndirektion Bromberg teilt mit, daß der Güterverkehr mit Rußland auf 16 Linien zurzeit geſperrt iſt.

Politische Ueberſicht.

Berlin, den 19. Februar.

Zentrumsheuchelei und Freisinnstrug.

Der redeluſtige Zentrumsjüngling Erzberger mußte ſeine falſche Darſtellung über die Stellung unſerer Partei zu den Verſicherungsgesetzen heute im Reichstag bitter büßen. Die Genossen Kürſten und Stadthagen wiesen ihm nach, daß von Anfang an die Sozialdemokratie nur deshalb und nur dann gegen die Verſicherungsgesetze geſtimmt habe, wenn ſie die Arbeiter, wie das z. B. beim Unfallverſicherungsgesetz der Fall iſt, für das Verſicherungsgericht einer kleinen Rente um das Erſtlingsrecht des vollen Schadenerſatzes bringen wollen, daß dagegen das Zentrum von Anfang an im holden Bunde mit den konſervativen Agrariern ſich gegen jede Verſicherung der landwirthſchaftlichen Arbeiter ausgeſprochen haben, entſchloſſen geweſen ſeien, gegen das Krankenverſicherungsgesetz zu ſtimmen, wenn es die ländlichen Arbeiter mit einbeziehen und gegen die Invalidenverſicherung ſtimmen, weil ſie ihnen zu weit gingen. Genosse Wolfenbühler ergänzte dieſen Nachweis durch die Feſtſtellung, daß das Zentrum unſere weitergehende Arbeiterſchutzanträge ſtets zu Fall gebracht und in einer Unzahl von Fällen in der dritten Leſung ſeine eigenen Anträge aus der zweiten Leſung verlegen hat. Herr Giesberts verſuchte dann, ſeine Partei damit heranzureden, daß ſie „poſitive Arbeit“ leiſten wolle, während die Sozialdemokratie es ſich leiſten könne, aus agitatorischen Rückſichten „gänzlich undurchführbare“ Anträge zu ſtellen. Das Lächerliche dieſer Verlegenheitsphraſen leuchtet ſofort ein, wenn man bedenkt, daß inzwischen ſehr viele unſerer „unerfüllbaren Anträge“ Geſetz geworden ſind und es ſchon viel früher geworden wären, wenn nicht eben gerade das Zentrum es verhindert hätte. Ebenſo vergeblich war das Bemühen der Giesberts und Erzberger, ihre Fraktionsgenossen im Reichs- und Landtag von ſich abzuhütteln, die für die Abſchaffung der Renten unter 25 Proz. und der Kinderrenten ſchmachvollerweiſe eingetreten ſind. Wie beſchämend ein ſolcher Vorfall für die Zentrumspartei iſt, zeigte recht deutlich der Verſuch des bekannnten konſervativen Reaktionen v. Nitzſchhofen, die Verantwortung für ein derartiges Verlangen auch von ſeiner Partei abzuwälzen. Den Junkern hängen die Trauben zu hoch. Freiherr v. Nitzſchhofen gab für ſich und die Mehrheit ſeiner Freunde die Erklärung ab, daß ſie eine Renten kürzung nicht wollten. Das nimmt der Laſche nichts an ihrer agitatorischen Bedeutung, daß im Dreiklassenparlament ſich die geſamte Rechte, die Nationalliberalen und das Zentrum mit dem Direktor der Ruſterſchweimerei, Herrn v. Rodzielski, ſich einig in dieſer volksfeindlichen Forderung waren.

Herr Dr. Mugdan konnte auch den Etat des Reichsverſicherungsamtes nicht vorübergehen laſſen, ohne gegen die Selbſtverwaltung der Krankenkassen zu heben. Anſcheinend war ſeine Rede dazu beſtimmt, die freie Arztwahl auch für die Veruſſenogewenſchaften und ſonſtige Verbeſſerungen der Unfallverſicherung zu fordern. In Wahrheit heiligte nur der reaktionäre Zweck das freisinnige Mittel. Er drängte den Staatsſekretär mit dieſer ſeiner dritten Aufforderung endlich zu einer Erklärung über die beabſichtigte Reform des Krankenkassenweſens. Und ſiehe da — Graf Poſadowsky ſcheint endlich müde gemacht zu ſein, um ſeine Zuſtimmung zur Einſchränkung der Selbſtverwaltungsrechte der Krankenkassen zu geben. Wenn er auch noch betonte, daß in der Regierung die Anſchauungen geteilt ſeien, gab er doch die Möglichkeit zu, daß noch vor der Reform der Krankenkassenverſicherung ein beſonderes „Notgeſetz“ gegen die Freiheit der Arbeiter in den Krankenkassen vorgelegt werden könne. Wir können Herrn Dr. Mugdan dankbar ſein, daß er dieſe rechtzeitige Warnung der Arbeiterschaft herbeigeführt hat. Auch ſein offenes Zugeständnis, daß die Kerkzeuſchaft „nur“ Bezahlung nach der ſtaatl. Minimalrate verlange, wird die Krankenkassenmitglieder über die ihnen drohenden Gefahren aufklären.

Von der ſonſtigen recht zerſplitterten Debatte wäre nur noch bemerkenswert, daß heute auch ein Abgeordneter der äußerſten Rechten, der Antifemite Froehlich, die elende Lage der Arbeiterschaft auf dem Lande anerkannte. Nach Erledigung des Etats für das Reichsverſicherungsamte wurde noch der des Kanalanteils nach Anhören einiger Lokalämter erledigt und der des Aufſichtsamts für Privatverſicherungen angeſehen. Hierbei blieb inmitten einer Debatte über die Sicherheit der engliſchen und amerikaniſchen Verſicherungsgesellſchaften die Beratung ſtehen. Sie wird morgen fortgeſetzt, wenn der Handelsvertrag mit Abessinien in erſter Leſung erledigt iſt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag den Entwurf eines Kreis- und Provinzialabgabengeſetzes in zweiter Leſung angenommen. Entſprechend dem Antrage der Kommiſſion iſt den Kreisräten das Recht eingeräumt, neben der Beſteuerung von Grundſtücken und neben der Hundesteuer auch indirekte Steuern auf die Erlangung der Erlaubnis zum ſtädt. Betrieb der Gaſtwirtſchaft, Schankwirtſchaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus zu erheben. Die übrigen Änderungen ſind belanglos.

Am Dienſtag wird die Beratung des Juſtizetats fortgeſetzt.

Ein Sozialſteuergesetz in Vorbereitung?

In der Sonnabendſitzung des Abgeordnetenhaus richtete der freikonſervative Abgeordnete Lüdicke an den Juſtizminiſter die Anſrage, welche geſetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Juſtizweſens herangezogen werden könnten. Der Miniſter habe ja bei der erſten Beratung des Etats zugelaſſt, daß er Erwägungen hierüber anzustellen beabſichtige. Nach dem Berichte des „Reichsanzeigers“ antwortete der Juſtizminiſter folgendermaßen:

„Es handelt ſich zunächſt um die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Meine Herren, ich habe ſofort, als die Sache hier zur Sprache gekommen war, Veranlaſſung genommen, die Staatsanwälte auf den von mir vertretenen und als richtig erkannten Standpunkt hinzuweiſen. Welcher Art im übrigen die Erörterungen innerhalb des Staatsminiſteriums ſein werden, kann ich natürlich nicht wiſſen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt zu dieſer Episode das Folgende:

„Betreffs des Vorgehens gegen die Sozialdemokratie habe er (der Juſtizminiſter) bereits bei der Generaldebatte zum Etat ergangene Anſagen dahin beantwortet, daß die beſtehenden Geſetze mit vollſter Strenge angewendet werden ſollen. Darauf beſchränkten ſich allerdings die Erörterungen im Schoße des Staatsminiſteriums nicht, aber ſie aber etwas mitzuteilen, ſei er nicht in der Lage. Man werde abwarten müſſen, ob und was darüber für die Öffentlichkeit hervorzuſagen werde.“

Das konſervative Organ gibt alſo zwiſchen den Zeilen zu verſtehen, daß ſich das preußiſche Miniſterium bereits mit der Frage eines neuen Sozialſteuergesetzes beſchäftigt habe. Darüber, welcher Art dieſes Sozialſteuergesetz ſein werde, macht es allerdings keine näheren Angaben. Da nun ſowohl der Reichskanzler als auch Graf Poſadowsky in letzter Zeit wiederholt erklärt haben, daß ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie auf reichsgesetzlichem Boden nicht beabſichtigt ſei, könnte man vermuten, daß der Landtag wieder einmal zu einem Attentat gegen die Volksrechte mißbraucht werden ſoll. Vielleicht hoffen die Reaktionen auf Verſchlechterung des Vereinsgeſetzes, wie es im Jahre 1897 durch die Lex Neke geplant war. Die preußiſche Regierung hatte damals den „Entwurf eines Geſetzes zur Ergänzung und Abänderung von Beſtimmungen für Vereine und Verſammlungen“ eingebracht, durch die der Polizeibehörde das Recht eingeräumt werden ſollte, Verſammlungen, welche den Strafgeſetzen zuwiderlaufen, inſondere die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden“, aufzulöſen. Auch ſollten Minderjährige in Zukunft an den politiſchen Verſammlungen nicht mehr teilnehmen dürfen, während das geltende Geſetz nur Schüler und Lehrlinge von der Teilnahme an ſolchen Verſammlungen ausſchließt. Die freikonſervativen bemühten ſich damals, dieſen Geſetzesentwurf noch mehr auf den „Umſturz“ zuzuschneiden. Die freikonſervative Fraktion ſchlug nämlich folgende beiden Artikel vor:

Art. I: Verſammlungen, in welchen anarchiſtiſche, ſozialdemokratiſche, ſozialiſtiſche oder kommuniſtiſche, auf den Umſturz der beſtehenden Staats- und Geſellſchaftsordnung gerichtete Beſtrebungen in einer die öffentliche Sicherheit, inſondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weiſe zutage treten, können von den Abgeordneten der Polizeibehörde aufgelöst werden.

Art. III: Vereine, in welchen anarchiſtiſche, ſozialdemokratiſche, ſozialiſtiſche oder kommuniſtiſche, auf den Umſturz der beſtehenden Staats- und Geſellſchaftsordnung gerichtete Beſtrebungen in einer die öffentliche Sicherheit, inſondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weiſe zutage treten, können von der Landespolizeibehörde geſchloſſen werden.

Daſſelbe gilt von Vereinen, welche die Verbreitung eines Teiles des Staatsgebietes vom Ganzen erſtreben oder verbreiten.“ Es bleibt abzuwarten, in welcher Form die Regierung das preußiſche Vereinsrecht zu verkuümmern resp. aufzuheben beabſichtigt oder nach welcher Richtung hin ſich ſonſt ihre Abſichten bewegen.

Auf alle Fälle wird dieſe unerhörte Bedrohung der künftigen Volksrechte durch das Dreiklassenparlament für die Arbeiterschaft ein neuer Anſporn ſein, ihren Kampf gegen dieſe Karikatur einer Volksvertretung um ſo energiſcher aufzunehmen!

Die Konferenz.

Man tut im gegenwärtigen Stadium der Dinge am Beſten, die vielen umherſchwirrenden Gerüchte, Depeſchen, „authentiſchen“ Mitteilungen uſw. unbeachtet zu laſſen; denn es iſt unmöglich, aus alledem ein klares Bild der eigenartig geſpannten und zugespitzten Situation zu gewinnen. Wir beſchränken uns aus den angebeuhten Gründen im Augenblick darauf, aus der officiöſen „Nordd. Allgem. Bzg.“ vom 20. Februar 1908 folgende Zitate zu geben:

„Die „Agence Habas“ veröffentlicht folgende Depeſche aus Algerias: Folgendes iſt mit voller Genauigkeit der Inhalt der deutſchen Note und der darauf ergangenen franzöſiſchen Antwort: Die am Dienſtag übergebene deutſche Note ſchlägt zunächſt vor, die Polizei in den Händen des Sultans zu beſaſſen, der fremde Offiziere wählt, um ſie mit der Organisation des Polizeikorps zu beauftragen. Die Note ſchlägt dann weiter vor, daß die Organisation der Polizei von dem diplomatiſchen Korps in Tanger überwaht werden und daß ein neutraler Machtangehöriger Offizier als Miſſionsperſon für die Ueberwachung dienen ſoll. Die vorgeſtern übergebene franzöſiſche Antwort erklärt ſich damit einverſtanden, daß die Organisation der Polizei dem Sultan überlaſſen wird, unter der Bedingung, daß die von ihm mit dieſer Organisation in den Seekräften Marokkos beauftragten Offiziere franzöſiſch und ſpaniſch ſind. In der Antwort heißt es weiter, Frankreich werde ſich nicht weigern, ſpäter die Frage der Ueberwachung zu prüfen, wenn Deutschland ſich mit dem Grundſatze einverſtanden erklärt, daß die mit der Organisation beauftragten Offiziere franzöſiſch und ſpaniſch ſein ſollen.“

Wir können die Richtigkeit dieſer Angaben beſtätigen und ſie wie folgt ergänzen:

In den Vorbeſprechungen in Algerias wurde zuerſt von franzöſiſcher Seite ein Doppelmandat an Frankreich und Spanien zur Organisation der Polizei angeregt. Deutschland konnte darauf nicht eingehen, weil damit Frankreich das absolute politiſche Uebergewicht auch im Weſten Marokkos verlieren würde, was mit den Grundſätzen der Internationalität und der offenen Tür nicht verträglich erſcheint. Die deutſchen Delegierten erhielten dann den Auſtrag, vorzuſchlagen, daß dem Sultan die Verpflihtung aufzuerlegen ſei, die Polizei mit Hilfe fremder Inſtruktoren und unter Ueberwachung durch das diplomatiſche Korps in Tanger ſelbſt zu organiſieren, und zwar ſollte der Sultan entweder auf Inſtruktoren von Mächten zweiten Ranges beſchränkt ſein oder freie Wahl unter den verſchiedenen Nationalitäten haben. Da der franzöſiſche Delegierte, Herr Revoil, ſo gleich Bedenken gegen die erſte Alternative erhob, beſchränkte

ſich der deutſche Delegierte v. Radowitſch auf die zweite: freie Wahl des Sultans.

Die franzöſiſche Antwort lehnt den deutſchen Vorſchlag ab und unterſcheidet ſich in der Sache nicht weſentlich von der früheren Forderung eines franzöſiſch-ſpaniſchen Doppelmandats. In der praktiſchen Wirkung würde der franzöſiſche Gegenvorſchlag doch darauf hinauslaufen, Frankreich einen faſt excluſiſchen politiſchen Einfluß am atlantiſchen Küſtengebiet zu verſchaffen und damit die freie Entwidlung der wirtſchaftlichen Intereſſen zu beinträchtigen. Eben weil Deutschland die durch die algeriſche Grenzlage gegebene, durch Verträge beſtätigte beſondere Stellung Frankreichs zu Marokko anerkannt und ihm daher in dem Grenzgebiete freie Hand ge-laſſen hat, kann es ſich nach ſeiner ganzen biſherigen Poſition nicht wohl dazu verſtehen, Frankreich auch noch den entſcheidenden politiſchen Einfluß an der marokkaniſchen Küſte unter Auſſchluß aller nicht durch Separatverträge gebundenen Mächte zu übertragen. Erſcheint uns daher auch die franzöſiſche Antwort nicht beſriedigend, ſo wollen wir doch noch nicht die Hoffnung aufgeben, daß eine Verſtändigung auch in der Polizeiſache ſchließlich erzielt werden wird.“

Deutſches Reich.

Die Einigung der Liberalen.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Berlin eine Generalverſammlung des Wahlvereins der Liberalen ſtatt. Zwei Momente aus den Verhandlungen dieſes Parteitages der freisinnigen Vereinigung verdienen beſondere Beachtung. Der erſte Tag der Verhandlungen beſchäftigte ſich in erſter Linie mit dem Gedanken einer Einigung der drei liberalen Parteien. Nach längerer Debatte, in der das Bündniſswerte eines liberalen Blocks von allen Seiten betont worden war, wurde eine Reſolution angenommen, in der als geeignete Unterlage für eine programmatiſche Einigung des geſamten Liberalismus Einigungsgrundsätze niedergelegt waren. Der erſte Leiſtag verlangt die Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Geſetz, in der Rechtsprechung und in der Verwaltung, unbedingtes Feſthalten an dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht und Ausdehnung des Reichstagswahlrechtes auf die Einzelſtaaten. Der zweite Leiſtag fordert die Freiheit der Wiſſenſchaft, der Kunſt, die Gleichberechtigung der religiöſen Bekenntniſſe, die Beſeitigung der geiſtlichen Schulaufsicht und eine allgemeine Volkſchule für alle Konfeſſionen unter Beſeitigung des Schulzwanges für den Religionsunterricht. Der dritte Leiſtag fordert die Entwidlung der Armees zu einem wirklichen Volkſheer durch Beſeitigung aller Klaſſen-, Standes- und Konfeſſionsvorurteile. Ferner die Gewährung der Mittel für Heer und Flotte, ſoweit das zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit des Reiches notwendig ſei. Die Deckung der unermesslichen Ausgaben habe durch Steuern zu erfolgen, die nicht den notwendigen Lebensbedarf der Maſſen be-laſten. Der vierte und fünfte Leiſtag beſchäftigten ſich mit den bekannnten liberalen Forderungen auf ſozialpolitiſchem und zoſtpolitiſchem Gebiete, der Sicherſtellung des Koalitionsrechtes, dem Ausbau des Arbeiterſchutzes, der Abſchaffung der Zölle als notwendige Lebensmittel uſw.

Dieſe Reſolution ſoll alſo zunächſt nur eine programmatiſche Einigung des Liberalismus herbeiführen; eine Verſchmelzung der einzelnen Fraktionen erwartet man dann wohl von der Zukunft. In der Tat iſt auch nicht abzusehen, weshalb ſich die drei liberalen Parteien nicht auch äußerlich zu einer Partei zuſammenschließen ſollten. Erfolgte doch bekauntlich die Spaltung des Liberalismus nicht wegen Differenzen auf ſozialpolitiſchem Gebiete, ſondern wegen der verſchiedenartigen Stellungnahme zu militariſtiſchen Fragen. Wie wir aber bereits wiederholt betont haben, iſt gegenwärtig dieſes Hindernis vollſtändig weggeräumt, da ja die Flotten- und Kolonialbegehrung, die ehemals eine Spezialität der freisinnigen Vereinigung war, nunmehr auch die freisinnige Volkspartei, ja ſogar die ſüddeutſche Volkspartei ergriffen hat. Perſönliche Intereſſen mögen eine Verſchmelzung der geſchiedenen Parteien noch einige Zeit verhindern, ein Weſensunterschied iſt innerhalb unſeres heutigen Liberalismus kaum noch vorhanden.

Auch in der Stellungnahme zum Dreiklassenwahlrecht ſcheinen die Differenzen zwiſchen den einzelnen Fraktionen des Liberalismus kaum größer zu ſein, wie innerhalb der freisinnigen Vereinigung ſelbſt. Allerdings forderte ja Herr Dr. Theodor Barth in der letzten Zeit dringlich eine ſofortige Wahlrechtskampagne des Liberalismus. In ſeinem geſtrigen Reſerat jedoch begnügte ſich Herr Barth damit, die Notwendigkeit eines ſolchen Kampfes zu betonen, ohne die Formen eines ſolchen näher zu charakteriſieren. Ratiſch wird es ſeinen Liberalen einfallen, gegen eine ſolch theoretische Forderung etwas einzumenden. Mit einer einzigen Ausnahme ſtellten ſich denn auch die Diſkussionsredner auf den Standpunkt Barths. Auch wurde ſchließlich folgende Reſolution einſtimmig angenommen:

„Eine geſunde politiſche Entwidlung Deutschlands erfordert die Beſeitigung aller Klaſſenprivilegien aus dem Wahlrechtssystem der Einzelſtaaten. Für keinen deutſchen Bundesſtaat erſcheint eine gründliche Wahlreform notwendiger und dringender als für Preußen. Befriedigen kann nur der Erfolg des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht neben einer den veränderten Bevölkerungsverhältniſſen angepaßten Neuſtellung der Wahlkreiſe.“

Gegen die Annahme dieſer Reſolution läßt ſich alſo ſich natürlich nichts einwenden, doch darf ſie auch keineswegs als eine neue Aktion betrachtet werden, iſt doch bereits von der freisinnigen Vereinigung eine faſt ähnlich lautende Reſolution vor den letzten Landtagswahlen angenommen worden. Es iſt alſo noch ſehr die Frage, ob ſich die freisinnige Vereinigung nunmehr zu einer Tat, d. h. zu einer energiſchen Wahlrechtskampagne auſraffen wird. Das was man von der freisinnigen Vereinigung nach den letzten Vorgängen hätte erwarten ſollen, die Eröffnung einer ſolchen Kampagne, iſt leider ausgeblieben! Die freisinnige Vereinigung wird ſich beeilen müſſen zu zeigen, daß hinter ihren Verneinerungen mehr ſteht als hinter den Redensarten der freisinnigen Volkspartei, die nicht nur die ſozialdemokratiſche Wahlrechtsagitation herabgeſetzt hat, ſondern auch gar nicht daran denkt, ſelbſt irgend etwas Erſtliches gegen das Dreiklassenrecht zu unternehmen!

Eine Grenze hat Tyrannenmacht.

Der Staatsanwalt in Forſt in der Lauſitz hat den Verfaſſer des Aufrufs in der „Märkiſchen Volkſtimme“, der die oberen Worte enthielt, noch nicht auſfindig machen können. Die „Märkiſche Volkſtimme“ bringt jetzt nähere Mitteilungen über die Umſtände, unter denen ſich die Verhaftung ihres Perſonals vollzog.

Am Freitag nachmittag wurden der Metteur und drei Seher des Blattes verhaftet, weil ſie ſich weigerten, den Verfaſſer des Aufrufs zu nennen. Der Metteur, Genosse Thieh, hatte ſchon einmal die Ausſage darüber verweigert und war deſwegen zu einer Geldſtrafe von 50 M. verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hat, um den Verfaſſer herauszubekommen, ein regelrechtes Einleitungsverfahren angeleht, wie es gleich genial die Polizei niemals beim Würderfang beliebt. Es wurde nämlich zunächſt das geſamte Perſonal der „Volkſtimme“ vernommen. Bis auf die Verhafteten,

gaben sämtliche Seyer an, nicht zu wissen, wer der Verfasser des in Frage kommenden Artikels ist. Der Wetteur und die drei Seyer, welche sich jetzt in Zeugniszwanghaft befinden, beriefen sich bei der Verweigerung ihrer Aussage auf die §§ 54 und 55 des Strafgesetzbuches.

§ 54 lautet: Jeder Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst oder einem der in § 51 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen würde.

Nun sind wiederholt Seyer bestraft worden, welche bei der Herstellung eines unter Anklage gestellten Artikels mitgewirkt haben. Die Presse hat dagegen protestiert; aber das Reichsgericht hat eine solche Spruchpraxis als berechtigt anerkannt. Wenn die inhaftierten Seyer etwas über die Person des Verfassers wissen wollten, könnten sie es nur, weil sie an dem Artikel mitgewirkt haben. Dann waren sie aber zur Zeugnisverweigerung berechtigt. Das Landgericht hat ganz dasselbe Gefühl, denn in dem Urteilstext, das die Beschwerde des zu 50 M. Geldstrafe verurteilten Wetteurs zurückweist, heißt es ausdrücklich:

„Anhaltspunkte dafür, daß Thieß den Inhalt des Manuskriptes gekannt hat oder denselben hätte prüfen müssen, liegen nicht vor.“

Durch diesen Satz soll der Einwand des Thieß entkräftet werden, daß er sich durch eine Aussage selbst beschuldigen könnte. Dieser Satz gibt aber zugleich zu, daß die Seyer, die den Inhalt des Manuskriptes kennen müssen — wenn auch immer nur zu einem Teile — in den Verdacht der Mitschuld kommen könnten.

Im übrigen konstatiert die „Vollstimme“, daß alle Bemühungen der Staatsanwaltschaft umsonst seien. Die vier Ehrenmänner, welche jetzt die preussische Pressefreiheit am eigenen Leibe ausprobieren, werden sich auch durch Zwang des Staatsanwalts nicht zu einem Dubenstück verleiten lassen! —

Die „Kerls“ unter scharfer Kontrolle!

Die „Tägliche Rundschau“ weiß mitzuteilen, daß Preußen bis in die neueste Zeit an seinem Widerspruche gegen die Diätengewährung festgehalten habe. An der Zustimmung Preußens ist schließlich nicht zu zweifeln, aber man will wenigstens mit der Gewährung der Diäten auch wirklich das erreichen, was für ihre Notwendigkeit stets angeführt wurde, beschlußfähige Reichstagsversammlungen. Aus diesem Grunde werde das Diätengesetz ziemlich scharfe Kontrollmaßregeln enthalten, die vielleicht von mancher Seite als mit der Würde eines Reichstagsabgeordneten nicht ganz vereinbar angesehen werden; von einer Pruschaunahme, wie mehrfach angenommen wurde, könne absolut nicht die Rede sein. — Will man den „Kerls“ die versprochenen Diäten so verweigern, daß sie sie von selbst zurückziehen? Oder ist man überzeugt, daß der Reichstag über jeden Stock springt, wenn auf der anderen Seite Diäten winken? —

Provisorium mit Amerika. Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zugegangen. Danach wird der Bundesrat ermächtigt, den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten von Amerika bis zum 30. Juni 1907 diejenigen Zollsätze zu gewähren, welche durch die Handelsverträge mit Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Rumänien, der Schweiz und Serbien diesen Ländern zugestanden sind. Die Begründung des Gesetzentwurfes lautet: „Durch Abkommen vom 10. Juli 1900 sind den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten von Amerika diejenigen Zollsätze gewährt worden, welche durch die in den Jahren 1801 bis 1894 mit Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien abgeschlossenen Handelsverträge diesen Ländern zugestanden waren. Dieses Abkommen verliert mit dem Außerkräfttreten der Zollsätze der genannten Verträge am 1. März d. J. seine Grundlage. Es ist daher der Bundesrat am 20. November v. J. zum 1. März d. J. gekündigt worden. Gleichzeitig haben wir uns bereit erklärt, mit den Vereinigten Staaten ein neues Abkommen zu schließen, das den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. Die Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnisse geführt, da die amerikanische Regierung sich zu einer Stellungnahme zu unseren Vorschlägen noch nicht hat entschließen können. Da aber zu hoffen ist, daß es schließlich doch gelingt, eine Verständigung zu erreichen, so erscheint es zweckmäßig, daß bis zur Vereinbarung eines neuen Abkommens ein Uebergangsstadium geschaffen wird, das eine stetige Fortentwicklung des Verkehrs zwischen den beiden Wirtschaftskreisen sicherstellt. Dies geschieht am besten in der Weise, daß der bisherige Zustand unter Berücksichtigung der Abänderungen, welche die oben genannten Verträge inzwischen erfahren haben, einstweilen aufrecht erhalten wird. Um dies Ziel zu erreichen, bedürfen die verbündeten Regierungen der gesetzlichen Ermächtigung den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten die ermäßigten Zollsätze der genannten Verträge für die im Entwurf angegebene Frist einzuräumen.“

Der heringefallene Mittelstandshauptling. Recht böß hat das Schöffengericht zu Hannover dem Vorsitzenden der Mittelstandsbereinigung, Herrn Maurermeister und Architekten Max Küster zugelegt. Dieser hatte seinerzeit als Winkelschlichter des Rathhaus-Luppelbau zur Ausführung bekommen. Im Herbst vorigen Jahres wurde nun nachträglich, daß es bei der Submission nicht einwandfrei zugegangen und zwar zum Nachteil der Stadt. Küster, der auch Mitglied des Bürgervorsteher-Kollegiums ist, wurde von diesem zur Rede gestellt, ob es wahr sei, daß er, Küster, und der Maurermeister Heeren, die den Bau gemeinsam ausführten, den zurückgetretenen Webersohn 10 000 M. als Entschädigung bezahlt hätten. Küster leugnete ganz entschieden; ein solches Verfahren widerspreche seiner Ehre. Von den 10 000 M. wisse er nicht das mindeste. Allerdings habe er an einen der Submittenten 2500 M. gezahlt, aber als schuldige Leihgebühr. Seine ursprüngliche Forderung habe er, wie er zugeben müsse, ermäßigt, aber lediglich infolge von ihm getroffener technischer Verbesserungen. Das Bürgervorsteherkollegium laute aber dem Mittelstandshauptling nicht, sondern gab ihm auf, gegen seine angeklagten Verleumdungen die Verleumdungsklage anzustrengen. Die Befolgung dieses Rates ist dem Gewaltigen zum Verderben geworden. Vor dem Schöffengericht räumte Herr Max Küster nun ein, daß in der Tat er und Heeren an die Submittenten 10 000 M. als Entschädigung gezahlt haben. Von dem Gericht wurde ferner festgestellt, daß Küster seine um 43 000 M. höhere Forderung auf Veranlassung der städtischen Baukommission ein klein wenig unter die eines anderen Submittenten ermäßigte. Der vermeintliche Verleumder wurde freigesprochen und Herr Küster zahlt die Kosten.

Nicht ohne Interesse ist, daß wenige Stunden, bevor das Bürgervorsteherkollegium Herrn Küster an den Rastl bewies, der Magistrat einstimmig votierte, daß er auf Grund der Erklärungen Küsters und des ihm, dem Magistrat vorliegenden Aktenmaterials sich nicht veranlaßt sehe, anzunehmen, daß durch das Submissionsverfahren beim Rathhausbau irgend eine Schädigung der Stadtkasse stattgefunden habe und daher auch kein Grund vorliege, geschäftlich mit Herrn Küster zu brechen. —

Versuche zur Rettung Venners. Aus Eisen wird uns geschrieben: In dem höchsten Kruppischen Hüttenwerk wird seit einigen Tagen mit Hochdruck darauf hingearbeitet, es so darzustellen, als drängten sich die Arbeiter darauf, Ueberflüssen zu machen. Es haben leider etwa 28 Proz. der Arbeiter die Frage, ob sie freiwillig Ueberarbeit leisten wollen, bejaht, 62 Proz. haben sie verneint. Gleichzeitig zerläuft ein sehr und wehmütiges Schreiben an die Direktion zur Unterschrift, in dem erklärt wird, die Arbeiter hätten mit den Aus-

führungen des Abgeordneten Hue nichts zu tun, sie eruchten die Direktion, die Ueberzeit beizubehalten; zur Ueberarbeit würden die Arbeiter nicht gezwungen, sondern leisteten sie freiwillig — weil sie bei der teuren Lebenshaltung ohne Ueberarbeit nicht im Stande sind, ihre Familien zu ernähren. Mit dieser famosen Begründung leisten die freiwilligen Venner-Wassermannschen Hilfsarbeiter dem Werk einen recht schlechten Dienst; denn sie erkennen ja damit an, daß die Bezahlung eine für die Erhaltung einer Familie ungenügende sei. Diese Petition findet nur wenige Unterschriften — und von den Unterzeichnern fallen wohl die meisten darüber die Häute, weil sie sich zur Unterschrift haben bewegen lassen. Auf Sonntag ist eine große Versammlung für die Kruppischen Arbeiter nach hier einberufen; man hofft, daß Dr. Venner Gelegenheit nimmt, dort seine Behauptungen zu wiederholen. —

Gegen Bleivergiftung. Der Verband deutscher Metallarbeiter erucht die sozialdemokratische Fraktion dringend, im Interesse der Gesundheit der Arbeiter gegen die von den Abgeordneten Dr. Burdhardt, Dr. Dohlem, Eichhoff, Erzberger, Freiherr v. Hertling, Graf v. Hompeh, Humann, Jäschke, Liebermann v. Sonnenberg, Müller (Juda), Dr. Müller (Sagan), Dr. Mugdan, Schmid (Zimmernstadt), Berner, Dr. Wolff gestellte Resolution zu stimmen, welche den Reichstag zu dem Beschluß veranlassen will:

„Die verbündeten Regierungen zu eruchen, schleunigst anzuordnen, daß die Herstellung und der Vertrieb von Bierkrugbedeln aus einer Legierung von Zinn mit mehr als 10 Proz. Weisgehalt nicht als unter das Gesetz vom 25. Juni 1887 fallend betrachtet werden, wenn die Deckelkrüge nachweislich zur Ausfuhr nach außerdeutschen Ländern bestimmt sind.“

Wie schon in der Sonnabendigung dargelegt, wird selbstverständlich die sozialdemokratische Fraktion gegen diesen neuen Versuch, die Gesundheit der Arbeiter zu schädigen, stimmen.

Die neutrale Schule.

Gleich ihren Bremer Kollegen haben auch die Hamburger Volksschullehrer mit großer Mehrheit sich dahin resoliert, daß der Religionsunterricht in der Schule aufzuheben habe. Nach einem glänzenden Referat des Herrn Koly forderte Herr Hauptlehrer V. Loh an Stelle des Religionsunterrichts „eine auf die Bedürfnisse des Gemeinschaftslebens gegründete rein menschliche Sittenlehre nach dem Vorbilde der „Jugendlehre“ von Förster (Jülich)“. Nur ein einziger Redner trat für die Konfessionsschule ein. Folgende Thesen wurden mit über Zweidrittelmehrheit angenommen:

1. Die Simultanschule ist zu verwerfen, da sie ebensowenig wie die Konfessionsschule eine befriedigende Lösung der Frage des Religionsunterrichts herbeiführt.
2. Diese ist nur von einer gänzlichen Befreiung der Schule vom Religionsunterricht zu erwarten.
3. Der Schule verbleibt die wichtige Aufgabe, durch den Geist ihres Gesamtunterrichts jene seelischen Kräfte lebendig und stark zu machen, durch welche der reisende Mensch seine Religion, seine Weltanschauung sich erlangt.
4. Die Religionsgeschichte ist als Kulturgeschichte dem Geschichtsunterricht zu überweisen.

Dieser Beschluß ehrt die Hamburger Lehrerschaft. Aber in Hamburg gibt es außer vielen Pfarrerinnen in Amt und Würden auch „aufgeklärte“ Leute, die da sagen: „Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben.“

Neues aus Puttkamer.

Die „Frank. Ztg.“ erhebt neue schwere Anklagen gegen den Gouverneur von Kamerun, Herrn Jesko von Puttkamer. Sie bezichtigt ihn der rechtskräftigen Begünstigung der Firma Wörmann zugunsten der eingeborenen Bevölkerung. Die „Frank. Ztg.“ schreibt darüber:

So lange die Schwarzen in Kamerun Handel treiben, war Ebaa ihr Handelsmarkt. Aus allen Himmelsrichtungen trafen sie in diesem Orte zusammen und tauschten ihre Waren aus. Eines Tages erließ v. Puttkamer ein Verbot für schwarze Händler, mit Händhütchen zu handeln. Die Häuptlinge der verschiedenen Stämme traten ob dieses Verbotes zusammen und besprachen es. Einstimmig waren sie der Meinung, daß das Verbot zweckmäßig sei und dem Interesse des Landes sehr entspreche, und gaben kund, daß es ihre Zustimmung gefunden habe. Da wollte es der Zufall, daß trotz der angebotenen hohen Strafen einige Händler beim Handeln mit Händhütchen betroffen wurden. Statt nun die Schuldigen zu bestrafen, ließ Puttkamer das ganze Land den Verbot gegen sein Verbot entgelten. Es wurde angeordnet, daß kein Schwarzer mehr in Ebaa Handel treiben dürfe, sondern nur noch die Firma Wörmann in Hamburg. Durch diese Maßnahme wurde der Handel der Eingeborenen, der doch die einzige Lebensader Kameruns bildet, ganz lahmgelegt. Heute noch betreibt die Firma Wörmann ganz allein in Ebaa Handel.

Ferner erzählt das Frankfurter Blatt eine pikante Geschichte von einem falschen Paß, den Herr v. Puttkamer ausgestellt habe.

Herr v. Puttkamer erfreute sich der Gesellschaft einer „Dame“ und beauftragte einen seiner Beamten, einen Paß für diese auszustellen auf der Komme Frein v. Eslein. Der Beamte weigerte sich, dies zu tun, worauf der Gouverneur selbst den Paß ausstellte. Es handelte sich dabei um eine in der Berliner Ledewelt bekannte Demimondaine, die v. Puttkamer in die Tropen folgte, und die er dort als seine „Cousine“ ausgab.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu diesen Enthüllungen, die es bekräftigen und ergänzen zu können behauptet, daß namentlich wohl die Affäre Puttkamer eine gründliche Untersuchung erfahren werde. Sollte sie nicht zu dem einzig möglichen Ergebnis führen, so werde es gegen Herrn von Puttkamer „Geschäfte auffahren, deren Treffer ihn für alle Zeiten aus der Reihe der deutschen Beamten ausmerzen würden.“

Der deutsche Handelsrat und die Steuervorlagen.

Gestern trat im Hofsaal des Langenbischhofes der deutsche Handelsrat zusammen, um zu dem Steuerentwurf des Bundesrates Stellung zu nehmen.

Graf Posa beehrte die Erschienenen mit einer Ansprache, in der er auf den „für unser wirtschaftliches Leben hochbedeutenden Augenblick“ hinwies, in dem die neuen Handelsverträge mit acht kontinentalen Staaten in Kraft treten. Er bedauerte, daß es nicht gelungen sei, mit den Vereinigten Staaten zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen und meinte ferner:

„Ich hoffe, daß auch jetzt wieder die so oft gerühmte und vom Auslande beneidete Fähigkeit der deutschen Industrie und des deutschen Handels, auch neuen und fremden Verhältnissen durch scharfe Erkenntnis und geschickte Vermittlung der vorhandenen Konjunkturen zu folgen, sich glänzend bewähren wird.“

Erst bereitet man der deutschen Industrie und dem deutschen Handel durch eine Industrie- und handelsrechtliche Gesetzgebung Schwierigkeiten über Schwierigkeiten und kann stellt einer der leitenden deutschen Staatsmänner sich vor eine Verammlung von Vertretern dieser Berufe und „hofft“, daß auch den so getroffenen neuen und fremden Verhältnissen gegenüber das alte Geschick der so Rationalisierten sich bewähren werde.

Die Anwesenden klatschten Herrn Posadowski pflichtgemäß Beifall und gingen dann zur Beratung folgender Resolution über:

1. Der Deutsche Handelsrat erkennt die Notwendigkeit an, daß zur Ordnung des Reichshaushalts neue Steuern eingeführt werden, und spricht sich insbesondere für die Aufbringung von Mitteln aus, durch welche die im Interesse aller

Kreise des Volkes erforderliche Stärkung der Wehrkraft des Reiches zur See ermöglicht wird.

2. Unter den zu diesem Zweck vom Bundesrat dem Reichstage unterbreiteten Steuervorschlägen ist in erster Linie der Vorschlag einer Erbschaftsteuer zu befürworten. Doch ist die Vorkaufsfrist, daß bei der Vererbung land- oder forstwirtschaftlicher Grundstücke an nähere Verwandte nur drei Viertel der Steuer erhoben werden, zu bekräftigen, da sie eine ungerechte Bevorzugung der Landwirtschaft darstellt und Industrie und Handel einen Anspruch darauf haben, daß mit solcher Bevorzugung nicht immer weiter fortgeschritten wird.

3. Als ein weiteres geeignetes Mittel erscheint die weitere Ausbildung der Verbrauchsteuern auf entbehrliche Genussmittel, und, so bedauerlich auch die mit den Verbrauchsteuern verknüpfte Gefahr einer Schädigung der mit der Herstellung und dem Vertrieb der Verbrauchsgüter beschäftigten Gewerbebranche ist, erklärt sich der Deutsche Handelsrat mit der Erhöhung der Steuer und des Zolles auf Bier in der im Gesetzentwurf vorgesehener Höhe und Form, unter Ablehnung der von der Reichstagskommission in bezug auf die Bemessung der Steuer und der Uebergangsgabgabe gefassten Beschlüsse, einverstanden.

4. Desgleichen stimmt er der vom Bundesrat vorgeschlagenen Erhöhung der Steuer und des Zolles auf Tabak und Tabakfabrikate einschließlich Zigaretten zu, wobei er allerdings den Entwurf eines Zigarettensteuergesetzes in der vorgeschlagenen Fassung als unannehmbar bezeichnet. — Zu fordern ist, daß bei der Ausfuhr von Bier- und Tabakfabrikaten Steuer und Zoll in vollem Maße vergütet werden.

5. Als Zugsteuer kann man die Steuer auf Kraftfahrzeuge zur nicht gewerbsmäßigen Personenbeförderung zugehen.

6. Endlich soll auch gegen die vom Bundesrat empfohlene Steuer auf Personensaharten trotz grundsätzlicher Bedenken kein Einspruch erhoben werden, weil sie in der vorgeschlagenen Art und Bemessung keine allzu starke Belastung und Verlastigung des Verkehrs mit sich bringt. Dagegen ist die von der Reichstagskommission beschlossene starke Besteuerung der Personensaharten scharf zurückzuweisen.

7. Den lebhaftesten Widerspruch fordern unter den Bundesratsvorschlägen, die übrigens bedauerlicherweise ohne Anhörung der gesetzlich zur Vertretung von Industrie und Handel berufenen Körperschaften aufgestellt sind, diejenigen heraus, die auf die Einführung von Steuern auf Frachtkunden und Quittungen gerichtet sind. Hier treten zu der grundsätzlichen Unrichtigkeit, die Steuer bei den einzelnen Vorgängen des Erwerbslebens zu erheben und damit die wesentlichen Grundlagen der Steuerkraft zu schädigen, eine große Verlastigung und eine, wenn auch nicht im Einzelbetrag, so doch vielfach im ganzen sehr bedeutende und außerdem sehr ungleichmäßige Belastung hinzu.

8. Sieht sich hiernach der Deutsche Handelsrat zur Ablehnung eines Teils der Vorschläge des Bundesrates genötigt, so weist er seinerseits darauf hin, daß in der Vereinfachung der Besteuerung der Landwirtschaft hinsichtlich der Brauntweinsteuer ein Mittel zur Dedung des Reichsbedarfs zu finden ist, durch das zugleich die Abschaffung einer Ungerechtigkeitsherbeiführt werden würde.

Zu der Abstimmung werden von der Resolution Absatz 1, 2 und 8 (für Erbschaftsteuer und Brauntweinsteuerreform) einstimmig angenommen, ebenso Absatz 5 (für Steuer auf Kraftfahrzeuge), Absatz 6 (für geringe Steuer auf Personensaharten) gegen eine starke Widerheit, Absatz 7 (gegen Frachtkunden- und Quittungssteuer) mit allen gegen drei Stimmen. Dem Absatz 3 gegenüber steht eine lange ablehnende Resolution des Korrespondenten Stadtrat Reichardt-Magdeburg. Das Ergebnis ist: Der Handelsrat verwirft den Vorschlag seines Ausschusses und spricht sich gegen die Biersteuer aus.

131 Kammern und Vereinigungen hatten mit Ja, 175 mit Nein gestimmt. Dafür hatten sich erklärt in Norddeutschland Leipzig, Hamburg (Handelskammer, nicht Detailistenkammer) und Stettin, fast ganz das rheinisch-westfälische Kohlenrevier, die mitteldeutsche Textilindustrie und Süddeutschland mit Ausnahme von Württemberg, Mannheim, Nürnberg, Straßburg, Worms und Würzburg. — Dagegen hatten gestimmt unter Führung von Berlin (Handelskammer wie Korporation) fast ganz Norddeutschland, insbesondere der Osten und Norden.

Damit ist der Antrag Reichardt angenommen. Er lautet:

„Ohne erst die Frage der Zweckmäßigkeit einer stärkeren steuerlichen Belastung des Bieres in ihrer Allgemeinheit entscheiden zu wollen, erklärt doch der Deutsche Handelsrat, daß die Annahme der derzeitigen Regierungsvorlage betreffend die Abänderung des Brauntweinsteuergesetzes für einen der wichtigsten deutschen Industriezweige eine außerordentlich hohe Sonderbelastung bedeuten würde. Die wirtschaftliche Lage der norddeutschen Brauindustrie ist aber nicht derart, daß sie imstande wäre, eine namhafte neue Belastung aus eigener Kraft zu tragen, dies um so weniger, als ja auch mit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge die Produktionskosten eine wesentliche Verteuerung erfahren. Die Abwälzung der Steuer auf die Abnehmer wird namentlich in den Grenzgebieten nach den süddeutschen Staaten wegen der eigenartigen Gestaltung der Grenzverträge und der Uebergangsgabge zur tatsächlichen Unmöglichkeit, so daß der Handelstag sich für verpflichtet halte gegen die Robelle zum Brauntweinsteuergesetz auszusprechen.“

Die Frage der Tabaksteuer wurde für heute vertagt. —

Ausland.

Ungarn.

Aufgelöst!

Die Auflösung des ungarischen Reichstages wurde am Montag programmgemäß vollzogen. Diese Auflösung bedeutet eine Verzweiflungstat der Regierung, die sich nicht mehr anders zu helfen wußte. Eine Vertagung hätte der bodenbeinigen Koalition doch nicht inponiert, so griff denn die Krone eben zu dem radikalen Drohmittel der Auflösung.

Will die Regierung die Verfassung respektieren, so muß sie binnen drei Monaten ein neues Parlament einberufen. Da kaum anzunehmen ist, daß der König einwilligen wird, in Ungarn ohne Parlament zu regieren, so kann man vermuten, daß in Ungarn nach einem Vierteljahr alles wieder beim alten sein oder gar schlimmer stehen dürfte als im Augenblick; denn die Koalition wird zu Kreuze kriechen. Dann hat sie das große Wort im Lande, und die Volksinteressen müssen in energischen Kämpfen gegen sie verteidigt werden. —

Die Herren Parlamentarier haben beizeiten ihre graulichen Pläne aufgegeben; sie ließen sich nicht erst durch die bereitgehaltenen Bojonekte vertreiben, sie gingen autwillig. Generalmajor Niri, der königliche Kommissar und Vertreter des Monarchen, erschien nicht einmal in eigener Person. Er entlaude seinerseits wieder einen Vertreter, den Obersten Fabricius, der nach Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses und nachdem alle Deputierten den Saal verlassen hatten, im Parlament erschien und das die Auflösung verfügende Handschreiben des Monarchen verlas. Dann wurde das ganze Haus geräumt, die Tribünen wurden verschlossen und versiegelt, Polizisten vor dem Tore aufgestellt. —

Die Koalition hat den Mund arg voll genommen. Nun, da sie sich ihn ohne Widerstand stopfen ließ, sollte man ver-

muten, daß sie etwas bescheidener auftreten würde. Keine Spur! Sie prahlt, daß sie die Absicht habe, Beamten- und Eisenbahntreibern zu organisieren und eine Agitation im vergrößerten Maßstabe in der Armee zu entfalten.

Die Polizei hat sofort alle politischen Klubs aufgelöst, scheint aber den Straßendemonstrationen gegenüber, die im Laufe des ganzen Montags stattfanden, Ruhe bewahrt zu haben. Bis zur Stunde wenigstens liegen keine Nachrichten von Zusammenstößen und dergleichen vor. Dagegen meldet ein Telegramm kurz vor Redaktionsschluss, eine offizielle Regierungsmittelteilnahme betone, daß bald ein neuer Reichstag einberufen werden solle.

Frankreich.

Der neue Herr.

Am Sonntag hat Loubet seinem Nachfolger Fallières die Präsidentschaft übergeben. Aus der Rede, die Loubet bei dieser Gelegenheit hielt, ist die schöne Phrase hervorzuheben: Eine der vornehmsten Bestrebungen des Parlaments sei heute die Besserung der Lage der Unglücklichen und Armen.

Dem Usus gemäß hat Ministerpräsident Rouvier dem Präsidenten Fallières das Entlassungsgesuch des Kabinetts überreicht. Präsident Fallières hat die Minister ersucht, im Amte zu bleiben. Der Ministerrat wird am nächsten Dienstag im Elysée zu einer Sitzung zusammenzutreten.

Polizeiabsolutismus gegen die Antimilitaristen.

Paris, 17. Februar. (Eig. Ber.)

Die Regierung pariert jetzt den nationalpolitischen Scharmachern mit unüberbietbarer Völlständigkeit. Herr Lepine langte wie der Chor der „Patrie“, „Presse“, „Clair“ usw. pfeift. Nun sind wir schon glücklich bei der *Cravatte* angelangt! Die „Voix du Peuple“ („Volkstimme“), das Organ der Arbeiterkonföderation, hat eine Nummer hergestellt, die in Schrift und Bild den Militarismus bekämpft. Es sind scharfe Artikel und satirische Zeichnungen darin, aber doch nichts, was nicht auch in konservativen Monarchen unbeanstandet die Zensur passieren würde. Herr Lepine aber hat herausgefunden, daß das Blatt zur Desertation aufrufe! (Da kein Wort von Desertation darin steht.) Offenbar will er mit dem Dolus eventualis arbeiten. Jedenfalls hat er den Auftrag gegeben, die ganze Auflage zu konfiszieren. Die Willkürlichkeit dieser Anordnung wird ganz besonders noch dadurch bezeugt, daß das Konfiskationsurteil von dem der Ausgabe des Blattes vorausgehenden Tage datiert ist! Das Blatt ist also konfiszirt worden, ehe es überhaupt fertiggestellt war, zu einer Zeit, wo die Polizei von seinem Inhalt höchstens durch ihre Spitzel einige unsichere Kenntnisse haben konnte. In ihrem größten Verdruss hat die Polizei nicht einmal ihren Zweck erreicht, die Verbreitung der Nummer zu verhindern. Wohl fielen ihr einige Tausend — ein Teil der Provinzauflage — in die Hände, aber den Antimilitaristen gelang es, mittels allerlei Listen den größten Teil der gedruckten Exemplare an sicheren Orten zu bergen, trotzdem gestern die Polizei den ganzen Tag die Bureau der „Voix du Peuple“ umstellt hielt und alle verdächtigen Passanten durchsuchte.

Da Herr Lepine sich gefoppt sah, ließ die Staatsanwaltschaft heute frühmorgens bei einer Menge bekannter Antimilitaristen Hausdurchsuchungen vornehmen. Gefunden wurden hauptsächlich Privatbriefe. Besonders genau gingen die Durchsuchungen bei dem Redaktionsleiter der „Voix du Peuple“, Pouget, und bei dem Schatzmeister der „Confédération du Travail“, Lohy, vor sich, die allerdings längst auf einen solchen Besuch vorbereitet sein mußten. Auch der bekannte Karikaturzeichner Grandjean, der Illustrator der „Voix du Peuple“ erhielt den Besuch der Polizei. Man nahm mit den betroffenen Personen lange Verhöre auf, die indes die Polizei auch nicht gerade sehr befriedigt haben dürften. Schließlich wurde eine genaue Durchsuchung der Bureau der Arbeiterkonföderation vorgenommen, wobei der Polizei ganze sechzig Exemplare der verpönten Nummer in die Hände fielen. Sie entschädigte sich für den Kerger, indem sie das Abonnementverzeichnis mit Beschlagnahme belegte.

Dieses in den Annalen der dritten Republik unerhörte Verfahren wird in der Kammer zur Sprache gebracht werden. Die Regierung findet offenbar die geschliche Handhabung gegen die unbedeutenden Agitatoren nicht, und so sucht sie sie mit den alten napoleonischen Mitteln unschädlich zu machen. Die Polizei schaltet wie es ihr beliebt, und die verantwortlichen Behörden machen sich unsichtbar. Als Pouget gestern vom Untersuchungsgericht auf Grund des Verhörs die Aufhebung der Konfiskation oder die Verweisung der Schuldigen vor das Schwurgericht forderte, erklärte der Beamte, die ganze Sache sei ihm unbekannt, und als Pouget sich hierauf nach Untersuchungsrichter André begab, dem der Justizminister die Untersuchung gegen die „Voix du Peuple“ übertragen hat, ließ ihn dieser gar nicht vor — mit der Begründung, daß er ihm im Augenblick nichts zu sagen habe.

Der Vorstand der sozialistischen Partei hat einen Protest gegen die Gefährdung der politischen Freiheiten nicht entziehen lassen werde. Die bürgerlich-radikale Presse drückt sich nach Möglichkeit um die Ereignisse herum. Sie flüchtet sich vor ihren Lesern, die aus Angst vor dem Sozialismus den Kanakern und Spekulanten der kapitalistischen Diktatur in Scharen zulassen.

Belgien.

Leopolds Kongostaat.

Unter den Kolonialunternehmungen der europäischen Mächte nimmt der Kongo-Freistaat eine eigentümliche Stellung ein. Er ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Privatunternehmen des belgischen Königs, der als Autokrat über ihn herrscht und ohne Rücksicht auf anderer Rechte Land und Volk schamlos ausbeutet. Vom belgischen Volk besoldete Beamte und Offiziere werden ihm dabei zur Verfügung gestellt, aber das belgische Parlament hat keinen Einfluß auf die Zustände am Kongo. Schon seit vielen Jahren führen unsere belgischen Parteigenossen einen unermüdbaren Kampf gegen das schmachliche Ausbeutungssystem im Kongo, gegen die Mißhandlung und Vernichtung der Eingeborenen. Sie sind dafür von den „kanakerhaltenden“ Parteien beschimpft worden; man fand es abscheulich, daß die Sozialisten das „patriotische Werk des geliebten Königs“ kritisieren. Nun hat aber kürzlich ein angesehenes, königstreues und kolonialfreundliches gesinnter Mann, der Professor Félicien Cattier in Brüssel, ein Buch über den Kongostaat herausgegeben, das — namentlich was die finanzielle Seite anbetrifft — dieselben Beschuldigungen enthält, die von unseren Genossen erhoben werden. Der Professor erklärt, der Kongostaat sei kein kolonisierender Staat, ja überhaupt kein Staat, sondern ein finanzielles Unternehmen. Er schreibt: „Die Kolonie ist weder im Interesse der Eingeborenen noch selbst im wirtschaftlichen Interesse Belgiens verwaltet worden; — dem König ein Maximum von Einnahmen zu verschaffen, das ist der einzige Zweck der gouvernementalen Tätigkeit.“

Professor Cattier berechnet, daß Leopold II. seit dem Jahre 1890 allein 80 738 000 Frank aus dem Verkauf von Kautschuk gezogen hat! Daß der belgische König trotz seiner Jahre noch immer viel Geld für sich und seine schönen Freundinnen braucht, ist ja bekannt. Aber Cattier meint, daß die hohen Einnahmen der Krone aus dem Kongounternehmen bei einem Thronwechsel leicht zu internationalen Schwierigkeiten für Belgien führen können; denn als „Freistaat“ besteht ja das Unternehmen nur auf dem Papier. Cattier sagt darüber:

Der Berliner Vertrag vom 25. Februar 1885, der die Verhältnisse des Kongo-Freistaates regelte, enthält u. a. Bestimmungen über die Handelsfreiheit, die Neutralität des neuen Staates und über Maßnahmen zur Bekämpfung des Sklavenhandels. Aber schon von 1891 an kümmernte sich die Verwaltung des Kongolandes nicht mehr um die Freiheit des Handels und

strebte im Gegenteil danach, den Handel zu einem Staatsmonopol zu machen. Ebenso machte sich der Staat widerrechtlich zum Herrn des Grund und Bodens der Eingeborenen und zum Herrn der Wälder. Es wurde den Eingeborenen verboten, zu eigenem Gebrauch etwas aus den Wäldern zu holen, dort zu jagen, in den Wasserläufen der domaniale Güter zu fischen usw. — Durch das jetzt bestehende System der Besteuerungen und Unterdrückungen werden die Regier in einem niedrigen Kulturzustand erhalten und sogar daran gehindert, ihre materielle Lage zu verbessern.

Auch ist im Kongoland kein erster Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete wahrzunehmen. Der Staat begnügt sich damit, die kostbaren Produkte einzuhelfen, die sich von selbst darbieten. Man erntet, ohne zu säen; irgend welche wesentliche Kolonisationsarbeit wird nicht verrichtet.

Wie man sieht, hat sich der königstreue Professor nicht geschert, einen Teil der schändlichen Wirtschaft in Leopolds Kolonie aufzudecken. Nun wird übrigens auch die belgische Kammer wieder einmal gezwungen werden, sich mit diesen Dingen zu befassen. Genosse Vanderveelde hat nämlich Mittwoch eine Interpellation eingebracht, die sich auf die Behandlung folgender Fragen erstreckt:

1. Die Pflichten Belgiens als einer der Mächte, die den Berliner Vertrag von 1885 unterzeichneten;
2. die Kosten, die für Belgien aus der Personalunion mit dem Kongostaat hervorgehen;
3. die Tatsache, daß von Belgien besoldete Offiziere und Beamten dem Kongostaat zur Verfügung gestellt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lederarbeiter (Lohgerber und Lederzurichter. In der Lederfabrik G. Küfeler, Blankenburg-Berlin, dauert der Streik ununterbrochen fort. Die Firma bemüht sich, Arbeitskräfte heranzuloden, welche in der Privatwohnung des Geschäftsführers einquartiert sind und von den Betriebsbeamten durch allerhand Vorpiegelungen und Versprechungen in die Fabrik in später Abendstunden hineingebredelt und herbeigeführt werden. — Wir erfordern daher die Kollegen allerwärts, den Zutritt strengstens zu vermeiden, da der Streik nur durch frühere Differenzen, Lohnreduzierung, Maßregelung u. herbeigeführt worden ist. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Das Streikkomitee.

Wäutung, Schuhmacher! Lohnreduktion und Arbeitszeitverlängerung sind in der Werkstätte von F. Ratuszewski, Charlottenburg, Liegenburgerstr. 54, Ecke Uhländerstr., durchgeführt. Die Kollegen legen einmütig die Arbeit nieder. Verhandlungen wurden abgelehnt. Für organisierte Gesellen sowie Heimarbeiter ist die Werkstätte gesperrt. Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Charlottenburg.

Infolge mäßiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist es bei der Firma Tonwarenfabrik von Gust Krüger, Berlinerstr. 99, in Pankow, zu ersten Differenzen gekommen. Deshalb haben sämtliche dort Beschäftigten am Sonnabend die Arbeit eingestellt. Es handelt sich lediglich um Anerkennung der Organisation sowie Einstellung der gemäßigten Mitglieder. Es wird ersucht, den Zutritt fernzuhalten. Die Arbeit ist an und für sich sehr ungesund bei sehr minimalen Löhnen und 10 1/2 stündiger Arbeitszeit. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Der Streik der Konfektionsarbeiter im Rhein- und Maingau ist beendet. Nachdem sich die Arbeitgeber-Versammlung mit den von uns mitgeteilten Einigungsbedingungen einverstanden erklärt hatten, stimmten auch die Arbeiter in Worms, Mainz und Speyer demselben zu. Die Frankfurter Konfektionsarbeiter hatten bereits schon in voriger Woche die vor dem Einigungsamt getroffenen Abmachungen gut geheißt. Damit ist der Streik beendet, und die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden.

Unter den Einigungsbedingungen sind verschiedene, deren Erfüllung erst in Zukunft vorgesehen ist. Offiziell halten die Konfektionsarbeiter, was sie vor dem Einigungsamt versprochen haben. Wenn auch die zugelegte Erhöhung der Löhne gewiß von Bedeutung ist, so kommt doch dem Abschluß eines Tarifs, der nach den Einigungsbedingungen demnächst beraten werden soll, eine ungleich größere Bedeutung zu, denn das größte Uebel, unter dem die Konfektionsarbeiter zu leiden haben, ist die Willkür, mit der die Unternehmer bei der Lohnfestsetzung verfahren. Selbige es; dieser Willkür durch Schaffung fester Preise ein Ende zu machen, dann haben die Konfektionsarbeiter im Rhein- und Maingau einen schönen Erfolg erzielt.

Der Streik in der Leipziger Baumwollspinnerei hat durch das Vorgehen der Fabrikleitung eine Verschärfung erfahren. Eine der vielgerühmten Wohlfahrtsanstaltungen wird hier wieder einmal gegen die Arbeiter ausgespielt, welche sich dem Unternehmer nicht willfährig zeigen. Den Streikenden sind die Fabrikwohnungen gesündigt worden und zwar mitten in der Woche, obgleich der Vertrag die Kündigung nur für den Sonntag vorsieht. Aber nicht genug damit. Noch eine andere Vertragswidrigkeit ließen sich die Unternehmer zu schulden kommen. Bei der letzten Lohnzahlung wurde denen, die Fabrikwohnungen inne haben, nichts ausgezahlt, weil der rückständige Lohn auf die Rente berechnet werden soll. Uebrigens hatte die Fabrikleitung, die wohl von der Revofität angeleitet ist, welche die Behörden zurzeit befallen hat, bei der Lohnzahlung nicht nur ein zahlreiches Polizeiaufgebot anrücken lassen, sondern man hatte auch zwei Mann an die Hydranten gestellt, um dieselben bei etwa ausbrechenden Unruhen in Tätigkeit zu setzen. Eine Gelegenheit, den falschen Wasserstrahl auf die Streikenden zu richten, fand sich allerdings nicht.

Die Lederarbeiter in Kirchhain (N.-Ostf.) haben im vorigen Jahre einen langwierigen Streik geführt, an dem 400 Arbeiter beteiligt waren, um den Festschickentag durchzusetzen. Der Streik mußte, nachdem er 18 Wochen gedauert hatte, ohne Erfolg beendet werden. Inzwischen hat der Lederarbeiterverband eine lebhafte Agitation entfaltet, die Folge davon war eine erhebliche Stärkung der Organisation, und so waren die Lederarbeiter in der Lage, im Januar dieses Jahres ihre Forderung von neuem zu erheben. Diesmal ließen es die Arbeitgeber nicht auf einen Kampf ankommen. Die Innung verhandelte mit den Vertretern der Arbeiter, und nach längeren Beratungen ist eine Vereinbarung zustande gekommen, welche beide Teile angenommen haben. Danach wird die bisher geltende elfstündige Arbeitszeit zunächst um eine halbe Stunde verkürzt. Diese Verkürzung ist bereits am Montag, den 19. d. M., in Kraft getreten, während die weitere Verkürzung um eine halbe Stunde und damit der Festschickentag vom 1. Juni d. J. an Geltung haben soll.

Ausgesperrt wurden am Sonnabend die **Stukkateure in Königsberg i. Pr.** in allen dortigen Geschäften.

Lohnbewegung in Stahlfabriken. Sämtliche Holzarbeiter in den Stahlfabriken zu Geringswalde und Waldheim (Sachsen) haben am vergangenen Sonnabend die Kündigung erhalten. Den Anlaß dazu bot der Umstand, daß die Stahlfabrik in Geringswalde Forderungen eingereicht hatten, woraus sich die Fabrikanten in Waldheim mit den Geringswalder Unternehmern solidarisch erklärten. In Betracht kommen auf Seite der Arbeiter etwa 450 Stahl- und Sofabauer, Drechsler, Bildhauer, Maschinen- und Hilfsarbeiter.

Eine „gelbe“ Gewerkschaft im Ruhrrevier. Um einem dringenden Bedürfnis abzuwehren, ist vor einiger Zeit in Essen eine gelbe Gewerkschaft, ein sogenannter nationaler Bergarbeiterverband, gegründet worden. Die „Gründung“, welche unter dem Protektorat der „Aloisius-Weltanschauung“, dem Organe der Grubenprogen, steht, ist ein Machwerk der nationalliberalen Partei. Als Vorsitzender tritt ein Herr Salenski auf, der aus Ostpreußen stammt. Er war erst Mitglied des deutschen Gewerksvereins, trat dann zum alten Verband über, aus dem er aber vor einiger Zeit ausgeschlossen wurde. Nun will er sich einen eigenen „Verband“

gründen. Seine bisherige Werksmäßigkeit beschränkt sich aber nur auf Essen und Umgebung. Um Mitglieder zu werben, ist er soeben mit einem Flugblatt in die Öffentlichkeit getreten. Etwas Dämmeres wie dies Flugblatt hat aber wohl noch nicht das Licht der Welt erblickt. Selbstverständlich ist Hauptzweck des „Verbandes“, das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Unternehmer zu hegen und zu pflegen und den „Gegereien“ der anderen Organisationen entgegen zu treten. Daß der „Verband“ gelbe Gewerkschaft und Streikbrecherorganisation genannt werde, solle doch niemand abhalten, denselben beizutreten. Sehr naiv! Die Vergleiche haben an der Persönlichkeit gerade genug, für einen „nationalen Verband“ ist im Ruhrrevier kein Raum. Schon einmal wurde vor einigen Jahren in Bochum der Versuch gemacht, einen „nationalen Verband“ zu gründen, aber bei dem Versuch ist es auch geblieben. Auch der neue Versuch wird scheitern, der „nationale Verband“ ist ein totgeborenes Kind. Die nationalliberalen Macher werden bald merken, daß für sie bei den Vergleichen nichts zu holen ist.

Russland.

Der Lohnkampf im Baugewerbe in Warschau ist beendet. Die Unternehmer haben eine solche Erhöhung der Stundenlöhne der Maurerarbeiten zugestanden, daß diese sich damit zufrieden erklärten. Ihre Ablehnung des vorigen Tarifvorschlags gründete sich wesentlich darauf, daß ihre Löhne im Verhältnis zu denen der Maurer und Holzarbeiter zu niedrig bemessen waren; durch die jetzt beschlossene Lohnreduktion ist dieser Unterschied auf 10 Proz. reduziert worden. Die Arbeiterlöhne sind ebenfalls neu geregelt worden.

Dieser langwierige Lohnkampf, der seit April v. J. dauerte, ist wiederum ein Beispiel für die Ausbauer, mit der die skandinavische Arbeiterbewegung ihre Lohnbewegungen durchzuführen pflegt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Rot-Sonntags-Flugblatt freigesprochen.

Überfeld, 19. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Anklage wegen Beleidigung der Stadtverwaltung bei der letzten Stadtverordnetenwahl wurde Genosse Ullensbaum zu 300, Hoffmann zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, Grimpe freigesprochen. Eine zweite Anklage betraf das konfiszirte Wahlrechtsflugblatt. Genosse Ullensbaum sollte durch das Flugblatt zu Gewalttätigkeiten angereizt haben. Der Staatsanwalt beantragte — 1 Jahr Gefängnis. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung.

Bälau und sein Sorgenkind.

Berlin, 19. Februar. Auf dem Deutschen Handelstage hat auch der Reichskanzler Fürst Bälau eine Rede vom Stapel gelassen, in der er den glänzenden Stand der deutschen Industrie und des Handels in den höchsten Tönen besingt. Um es aber mit seinem „Sorgenkinder“, der Landwirtschaft, nicht zu verderben, muß der „Kostian“ unserer Agrarier doch auch vor Augen geführt werden. So sagte er:

Es ist nun einmal so in guten deutschen Lande, daß mehr oder weniger alle Erwerbsstände lebendvoll die Regierung umdrängen, wie in Werthers Zeiten die Kinder die Brot schneidende Lotte (große Heiterkeit), und eine ordentliche Regierung muß auch dafür sorgen, daß jeder nicht nur sein Brot, sondern auch Butter aus Brot bekommt. (Zustimmung.) Ich verleugne aber auch nicht, was ich im Kreise von Landwirten öfters ausgesprochen habe, ich scheue mich nicht vor dieser Verfallung zu wiederholen: Ich betrachte allerdings die deutsche Landwirtschaft als das Sorgenkind des deutschen Reichskanzlers. Ich bin überzeugt, daß ihr Gedeihen auch den anderen großen Zweigen unseres Wirtschaftslebens Vorteil bringt, nicht zuletzt dem Handel. Ein neues Ausfließen unserer Bodenkultur wird auch dem Handel neue Triebkräfte geben. Und wenn es ihm vergönnt sein sollte, wie ich das aufrichtig hoffe, in Zukunft noch glücklicher als bisher in die Ferne zu schweifen, so müge er die Schwere nicht vergessen, die treu auf der heimatischen Scholle arbeitet, deren Arbeit wirtschaftlich und sozialpolitisch die Grundlage eines dauerhaften Aufschwunges, Weibebens bildet, das Fundament des deutschen Hauses. Ihre eigenen Ruhmestitel werden dadurch nicht geschmälert. (Lebhafte Zustimmung.)

Einer meiner erprobtesten Mitarbeiter, die heute morgen Ihre Versammlung begrüßte, hat kürzlich den vortrefflichen Eigenschaften des deutschen Arbeiterstandes ein unumwundenes Zeugnis ausgestellt, daß ich Wort für Wort unterschreibe. Ich werde bei Ihnen keinem Widerspruch begegnen, wenn ich anerkenne, welcher Schatz an gelunden Kräften, an Intelligenz und Fleiß im werktätigen Volke für Tag lebendig ist. (Bravo!) Ich füge aber hinzu, und diese Ergänzung mache ich auch im Sinne des Grafen Kosobowski, daß die in den Waffen schlummernden Fähigkeiten nicht so fürchterlich entwickeln könnten ohne die Verdienste der deutschen Arbeitgeber. (Zustimmung.) Wenn aus unserem Einsatz im Welthandel die geistige Energie, der weite und freie Blick des deutschen Unternehmertums gestrichen würden, müßten sich für Millionen von Arbeitern die Lebensbedingungen verschlechtern. (Sehr richtig!) Dann könnten wir auch nicht länger die wirtschaftliche und politische Stellung aufrecht erhalten, die wir jetzt in der Welt einnehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Streng „sachliche“ Prüfung.

Leipzig, 19. Februar. (W. Z. V.) In der heutigen Kommissionssitzung des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie wurden nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse die Arbeitseinstellungen eines Teiles der Arbeiter der Leipziger Baumwollspinnereien als vertragswidrig und ungerechtfertigt erklärt und den genannten Establishments der Schluß des Arbeitgeberverbandes zugesichert.

„Unannehmliche Forderungen.“

Zürich, 19. Februar. (W. Z. V.) Nachdem der Streik, der vorgestern anheimend beigelegt war, wieder in verstärktem Maße ausgebrochen ist und die Arbeiter verschärfte Forderungen stellen, erheben die Arbeitgeber die Forderung, die Arbeiter zu verhaften. Die Garnison wurde bedeutend verstärkt. Der Bürgermeister erließ eine Aufforderung an die Arbeiter, sich ruhig zu verhalten, da sonst mit den strengsten Mitteln vorgegangen würde.

Unfähig als Genfer?

Tschits, 18. Februar. (Reidung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Der Gouverneur und der Bisgouverneur wurden vom General Rennenkampf wegen Unfähigkeit von ihren Postern abgesetzt. Viele Verhaftungen wurden auf der Eisenbahnstrecke und in der Stadt vorgenommen. Die Verhafteten wurden drei Tage später freigelassen. In einem unbewohnten Hause wurden kürzlich 3000 Karabiner gefunden.

Koloniale Nordpolitik.

Koag, 19. Februar. (W. Z. V.) Die Regierungstruppen besetzten gestern nach heftigem Widerstand das Dorf Ralsboenta in der Landschaft Loetwoe in Süd-Geelebes. Der Feind hatte 90 Tote. Von den Regierungstruppen wurden 11 Mann verletzt. Das Dorf Rafambo unterwarf sich.

Ein schneidiger Finanzminister.

Belgrad, 19. Februar. (W. Z. V.) Die Steuerernehmer aus verschiedenen Teilen Serbiens machten das Finanzministerium darauf aufmerksam, daß infolge der Grenzsperrung und der daraus entstehenden Wirtschaftslage die Steuererhebung hauptsächlich auf dem Lande fast unmöglich sei. Sie fragten deshalb an, ob sie nicht mit der Steuererhebung langsamer vorgehen könnten. Der Finanzminister antwortete, daß die Steuer nach wie vor energisch eingetrieben werden sollte und daß überdies der Zollkrieg bald beendet sein würde.

Reichstag.

47. Sitzung vom Montag, den 19. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Posadowsky. Eingegangen ist die Vorlage über ein Handelsprotokoll mit den Vereinigten Staaten. Die Spezialberatung über den Etat des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“

fortgesetzt. Abg. v. Nischhofen (D.) will der Legende entgegen-treten, als seien alle seine politischen Freunde Anhänger der Be-seitigung der kleinen (20 prozentigen) Renten. Allerdings sei ein Teil seiner Fraktion der Meinung, daß die Belastung, welche durch die kleinen Renten entsteht, beseitigt werden müsse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von Gerlach (fr. Bg.) wünscht bessere Gehaltsregelung für die Bureaubeamten des Reichsversicherungsamtes. Die Subaltern-beamten beschwerten sich darüber, daß sie durch den Eingang in das Amtsgebäude gehen müßten, welcher für die Einfahrt von Last-wagen, Kohlenwagen, Müllwagen usw. bestimmt ist. Auf die Herren von der Rechten wird es vielleicht Eindruck machen, daß unter diesen Subalternbeamten sich Referendare des Verwaltungsamtes befinden. Es ist nicht abzusehen, warum sich an den Höfen der unteren Beamten mehr Schmutz befinden soll als an denen der oberen, die den zweiten Eingang benutzen dürfen. (Weiterleit und Weisfall links.)

Abg. Rörten (Soz.):

Der Staatssekretär Graf Posadowsky hat am Sonnabend er-klärt, in den Verhandlungen des Berliner Schiedsgerichts der Berufs-genossenschaften würden durchschnittlich nicht mehr als 20 Fälle erledigt. Dies trifft nicht zu. Tage, an denen weniger als 20 Fälle abgehandelt werden, kommen kaum vor. Dagegen geht man in recht vielen Fällen über die Zahl von 20 hinaus. An dem Tage, den ich am Sonnabend erwähnt habe und an dem 58 Fälle verhandelt wurden, handelte es sich durchaus nicht um kleine, leicht zu er-ledigende Sachen. Es gibt doch zu großen Bedenken Anlaß, wenn pro Wertestunde vier Sachen auf die Tagesordnung gesetzt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch neuerdings, seitdem die Verordnung gekommen ist, nicht so viele Fälle zu verhandeln, werden durchschnittlich nicht 20, sondern 25 Sachen erledigt. Der Staatssekretär scheint also hier falsch unterrichtet zu sein. Auch was er über die ärztlichen Kasse gesagt hat, trifft praktisch nicht zu. Der Arbeiter kann sich allerdings an einen Arzt seines Vertrauens wenden. Was dieser aber begutachtet, kommt dem Arbeiter nicht zu Gesicht. Der Arzt, der bei der Verhandlung fungiert, ist gar nicht in der Lage, sich ein eigenes objektives Urteil zu bilden. Fast immer erklärt er, nachdem das Gutachten des Vertrauensarztes der Berufs-genossenschaft zur Kenntnis gebracht ist: Ich schließe mich dem Gutachten dieses Vertrauensarztes an. Wie kann man auch von einem Arzte — und sei er selbst die größte Autorität — verlangen, daß er in 2-3 Minuten sich über jemand, den er zum erstenmal sieht, ein eigenes Urteil bilden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Mugdan hat ausgeführt, ein Arzt könne über einen Fall, den er nicht selbst behandelt hat, nicht recht urteilen. Ja, wenn das zu-trifft für die Ärzte, die außerhalb der Gerichte stehen, dann muß es auch für die beim Gericht fungierenden Ärzte zutreffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky hat einmal darüber gesagt, daß sich die Fälle, in denen sich die Arbeiter vom Schiedsgericht an ein ordentliches Gericht wenden, in erschreckendem Maße zunehmen. Aber darüber kann man sich ja gar nicht wundern, wenn die Schiedsgerichtsverhandlungen in dieser Weise geführt werden. — Freiherr v. Nischhofen hat vorher dagegen protestiert, daß man seiner Partei im ganzen die Pflicht unterstellt, die kleinen Renten zu beseitigen. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, wenn sich überhaupt im Hause Abgeordnete finden, welche die offenkundige Absicht der Berufs-genossenschaften, diese Renten zu beseitigen, unter-stützen. Doch der Abg. Trimborn Gegner dieser Beseitigung ist, habe ich anerkannt. Aber der Abg. Erzberger hat durchaus keinen Grund, auf seine Partei in dieser Beziehung so zu sein; denn der Abg. Wallendorf hat sich in der Subkommission für die Beseitigung ausgesprochen, so daß der Landtags-Abg. Schmieding durchaus nicht der einzige Zentrums-Vertreter dieser Richtung ist. Es war ferner illogal vom Abg. Erzberger, daß er der Sozialdemokratie vorwarf, gegen die Versicherungs-gesetze gestimmt zu haben, ohne daß er den Grund, den unsere Partei da-für hatte, angab. Wenn ferner der Abg. Erzberger der Sozial-demokratie vorgeworfen hat, daß wir die Zeit des Reichstages so sehr in Anspruch nehmen, so könnte jeder andere diesen Vorwurf eher erheben als gerade der Abg. Erzberger. (Weiterleit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Unfälle in der mit Maschinen betriebenen Holzindustrie sind in der Tat ganz enorm. Im Jahre 1905 haben sich in 121 Betrieben mit 1010 Arbeitern 261 Unfälle ereignet. Das macht 26,78 Prozent der beteiligten Arbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings gibt es vortreffliche Einrichtungen zur Unfallverhütung in diesen Be-trieben. Aber die Arbeitgeber führen diese Schutzvorrichtungen nicht ein, weil sie zu kostspielig sein sollen. Der Vorwurf des Abg. Wallau, daß wir die Dinge zu sehr verallgemeinerten, ist einfach eine der üblichen Redarten. Ich muß unbedingt an meiner Ansicht fest-halten, daß die Berufs-genossenschaften die Verhandlungen in Unfall-versicherungs-sachen zu sehr verschleppen. Das Gesetz schreibt vor, daß die Rente nach 18 Wochen spätestens bezahlt werden muß. Von der Aulanz der Berufs-genossenschaften sollte man aber erwarten, daß sie diese Rente früher zahlen. In einem Falle ist der Antrag im März gestellt, am 18. November erfolgte der Vorbescheid, und am 13. Januar, also dreiviertel Jahre später, die Ablehnung des Antrages! In einem Falle wurde die Rente erst nach zehn Monaten anerkannt, und da die Zahlung erst vom Tage der Anerkennung, nicht der Anmeldung erfolgt, hat der betreffende

für die zehn Monate keinen Pfennig erhalten!

Und da wundert man sich noch, daß Erkrankungen auftreten, wie ich sie hier geschildert habe. Durch die Eisen- und Stahlberufs-genossenschaft wurde einem Arbeiter nachgedacht, daß seine Krankheit auf Alkoholmißbrauch und Nikotinvergiftung zurückzuführen sei. Dabei war dieser Arbeiter seit 1887 bei ein und derselben großen Firma beschäftigt, die ihm das Zeugnis ausstellte, daß er ein sehr fleißiger und mährlicher Arbeiter und daß das Klagen in ihren Betrieben streng untersagt sei. Der Mann hat überhaupt nie geraucht!

Der Herr Staatssekretär sagte, es wäre bekannt, daß die Arbeiter ihre Leiden vielfach übertrieben, und daß sie von Leuten, die das gewöhnlich trieben, schlecht beraten würden. Das letztere war früher wohl der Fall, heute aber, seitdem die Arbeitersekretariate den Arbeitern imstande die Klage führen, kann davon in erheblichem Maße nicht mehr die Rede sein.

Wenn aber hier von „Schnapsrenten“ und davon die Rede ge-wesen ist, daß die Arbeiter Unfälle erlitten, so hat selbst Fürst Biemarck bei einer ähnlichen Debatte derartige Behauptungen als unbedeutend zurückgewiesen. Wenn solche Behauptungen heute noch aus von Mitgliedern der Rationalisten und des Zentrums auf-gestellt werden, so beweist das nur, daß die Herren die Verhältnisse nicht kennen oder — wenn sie sie kennen — den Arbeitern die Renten nicht gönnen. Wir werden das Unfrige tun, um die Arbeiter auf-zuklären, wenn es auch Herrn v. Nischhofen nicht gefällt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frühlich (Ant.): Die Landarbeiter haben Anspruch darauf, in ihrer schwierigen Arbeit ebenso geschützt zu werden wie die ge-werblichen Arbeiter. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sind schon

durch die mangelnde Krankenversicherung stark benachteiligt. Sehr bedenklich ist die massenhafte Verwendung russisch-polnischer Wander-arbeiter in den östlichen Provinzen. Die Vereinheitlichung der Ver-sicherungs-gesetzgebung ist dringend geboten. Redner wendet sich alsdann gegen die Gefängnisarbeit. (Weisfall bei den Antisemiten.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Herr Staatssekretär führte neulich in Uebereinstimmung mit einem Urteil des Reichsgerichts aus, die Unfallversicherung sei öffentliches Recht und auf Grund dieses Gesetzes habe der Arbeiter seinen privatrechtlichen Anspruch auf Entschädigung durch den Arbeit-geber, der veräußert hat, für ihn zu stehen. Das ist ein ganz un-haltbarer Zustand. Man darf es nicht darauf ankommen lassen, wie in jedem einzelnen Falle das Gericht entscheidet; ob es auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches einen Schadenersatzanspruch des Arbeiters anerkennt oder nicht, sondern es muß schleunigst ein Notgesetz geschaffen werden, das einen Erstattungsanspruch des Arbeiters gegenüber einem solchen Arbeitgeber, der die ihm durch das Gesetz unterlegte Pflicht veräußert, unter allen Umständen anerkennt. Es war nicht der Abg. Rörten, sondern der Abg. Wallau, der sagte, daß — wenn die Fälle so sind, wie sie von uns dargelegt wurden — die Vorsitzenden der Schiedsgerichte geradezu Massenmörder seien, daß aber die Fälle so liegen, haben wir oft, namentlich durch Ver-öffentlichungen im „Vorwärts“, bewiesen. Wie würden die Herren des Dreiklassenparlamentes sich entrichten, wenn andere Leute als Arbeiter gezwungen werden, sich öffentlich vor dem Gerichte zu ent-scheiden, um dann von irgend einem Arzte, der dahin gestellt ist, untersucht zu werden! Man läßt bei den Verhandlungen die neue Partei niemals schon hinein, wenn der alte Fall noch behandelt wird, damit die neue Partei nicht zu viel lerne“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist aber nicht genug Raum vor-handen, in dem die Leute warten können; Leute mit Krücken müssen sich in den Korridoren herumdrücken! (Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Die Ärzte werden gezwungen, den Arbeitern vielfach schroffer entgegenzutreten, als Tierärzte krankes Vieh zu behandeln pflegen. Die Abgg. von Nischhofen und Erzberger haben sich ver-gewandt gegen eine Tatsache, die nicht aus der Welt zu schaffen ist:

das nämlich zahlreiche Konservative und Zentrumsvertreter für Ab-schaffung der Kinderrenten und der kleinen Renten im preussischen Abgeordnetenhaus eingetreten sind. Ich erinnere nur an den Abg. Schmieding. Wir wollen die Kinderarbeit in der Landwirtschaft überhaupt abschaffen, im preussischen Landtage aber will man die Kinderarbeit für die Landwirtschaft beibehalten und wenn diese Kinder verunglücken, ihnen noch dazu kleine Renten zahlen. Dafür ist eingetreten Herr Schmieding, ein Zentrumsmann, ebenso sein Kollege Wellendorf sowie Herr v. Nischhofen, ein Fraktionsgenosse des Herrn v. Nischhofen, der entschieden in Abrede stellte, daß seine Partei solche Bestrebungen verfolge. Denselben Standpunkt hat der nationalliberale Abgeordnete Hirsch-Effen eingenommen und der Landwirtschaftsminister v. Pöhlisch meinte sogar, es wäre bedent-lich, lediglich in der Landwirtschaft diese kleinen Renten bis 20 Proz. und die Kinderrenten abzuschaffen, weil dann die Arbeiter noch mehr in die Industrie abströmen würden; zum Schluß erklärte er sich mit allen geäußerten Wünschen einverstanden und versprach, für ihre Verwirklichung einzutreten. Unter diesen Umständen verheißt es nicht, was der Abg. Erzberger hier behauptet hat. Er ist so außerordentlich belefen, daß er doch auch einmal nachlesen sollte, was seine eigene Partei früher be-antragt hat. Warum protestiert die Zentrumspartei nicht mit uns dagegen, daß eine Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit eines Ver-unglückten um 10 Proz. nicht als wirtschaftliche Schädigung an-gesehen wird? Wir wollen eben nicht nur Verschlechterungen des Versicherungs-wesens abwehren, sondern Verbesserungen einführen. Schon im Jahre 1871 und dann wieder 1879 hat Debel verlangt, daß die Arbeitgeber für den vollen Schaden verantwortlich gemacht werden, der in seinem Betriebe geschieht. Wieder macht uns der Abg. Erzberger einen Vorwurf daraus, daß wir gegen die Ver-sicherungsgesetze gestimmt haben. Aber wir konnten doch nicht für Gesetze stimmen, die den Arbeitern weniger boten als das, was ihnen aus der allgemeinen Haftpflicht gesetzlich zutraf. Sie aber, meine Herren vom Zentrum, stimmten dagegen, daß die Versicherung auf die landlichen Arbeiter ausgedehnt würde und drohten, wenn diese Ausdehnung in den Entwurf aufgenommen werden würde, gegen den ganzen Entwurf zu stimmen. Wir ersuchen die Regierung dringend, wenigstens die Wünsche zu beseitigen, die mein Freund Frühlich an der Hand unumstößlichen Materials hier angeführt hat. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es ist eine Tatsache, daß Fälle vorkommen können, in denen eine Schädigung des Arbeiters nicht nachzuweisen ist, trotzdem er einen Schaden erlitten hat. Es ist etwas ganz anderes, ob ein Feinmechaniker etwa ein Stück von seinem Finger verliert oder ein gewöhnlicher Handarbeiter. Der Feinmechaniker kann vielleicht infolge dieser — scheinbar unbedeutenden — Verletzung seine Arbeit überhaupt nicht mehr verrichten und zu größerer Arbeit nicht geeignet sein, ihm muß daher eine Rente ausbezahlt werden, während der gewöhnliche Handarbeiter trotz dieser Verletzung möglicherweise alle die Arbeiten weiter verrichten kann wie vorher. Deshalb muß die Frage der Rentenfestsetzung nach der Art der Schädigung und der Art des Geschädigten für jeden einzelnen Fall besonders entschieden werden. Es ist nicht richtig, da bestimmte Prozentsätze für die einzelnen Schädigungen im allgemeinen festzusetzen. Je länger ich mich mit der Frage beschäftigt habe, desto mehr bin ich zu der Ueberzeugung ge-kommen, daß es notwendig ist, unser Festsetzungsverfahren zu verbessern, insbesondere wesentlich zu beschleunigen. Alle politischen Parteien und alle beteiligten Kreise sind darin einig, daß jemand, der verunglückt ist, eine Rente erhalten muß, und daß er sie möglichst schnell erhalten muß. Deshalb wird der Verletzte in vielen Fällen, in denen sich die Verhandlung über seine Renten-berechnung in die Länge zieht, vom Schiedsgericht einen Vor-schuss zuerkannt erhalten müssen. Man muß aber die Fälle unterscheiden. Ist die Verletzung so minimal, daß es zweifelhaft ist, ob überhaupt auf eine Rente erkannt werden kann, so kann man der Berufs-genossenschaft nicht zumuten, Vor-schüsse zu gewähren. Es gibt ferner Fälle, in denen die Berufs-genossenschaft überhaupt bestreitet, entschädigungspflichtig zu sein. In solchen Fällen ist es absolut unmöglich, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichtes auf die An-zahlung eines Vor-schusses erkennt; denn er würde, wenn nachher zu gunsten der Berufs-genossenschaft entschieden wird, persönlich regreppflichtig sein. Andererseits gebietet die Menschlichkeit, in allen Fällen, wo der Rentenanspruch an sich sicher ist und nur über die Höhe desselben verhandelt wird, einen Vor-schuss zu gewähren. Daß Simulationen vorkommen, ist eine Tatsache, die durch keinerlei Neben-beschönigt werden kann. Es gibt Personen, die geradezu gewerbs-mäßig Verletzte dazu ansetzen, auf eine Rente zu klagen, auch wenn der Anspruch gar nicht haltbar ist. Mit den unläutersten Mitteln wird hierbei oft verfahren. Statt dessen könnten solche An-wälte, welche die Forderungen von Verletzten vertreten, höchst segensreich wirken, wenn sie sich auf die Verfolgung wirklich be-zweifelnder Ansprüche beschränken. — Höchst bedauerlich ist es, daß in vielen Kreisen dagegen Stimmung gemacht wird, daß die Arbeit-geber nach den gesetzlichen Vorschriften auch an ausländische Arbeiter Renten zahlen müssen. Diese Bestimmung ist doch ganz selbst-verständlich; denn wenn die Rente an ausländische Arbeiter nicht gezahlt zu werden brauchte, so bliebe das ja geradezu eine Prämie darauf zu setzen, ausländische Arbeiter zu beschäftigen. Dies aber wäre im Interesse unserer nationalen Wohlfahrt zu beklagen. Leider ist die Beschäftigung ausländischer Arbeiter heute nicht ganz zu vermeiden; namentlich die Leute in der Landwirtschaft treibt dazu. Wenn wir aber allmählich dahin kommen, immer weniger Ausländer

zu beschäftigen, so wäre das sehr zu begrüßen. Dazu gehört aber, daß wir auch die Entschädigungspflicht ausländischer Arbeiter anerkennen. Die Kommission hat sich denn seinerzeit auch einstimmig auf diesen meinen Standpunkt gestellt.

Was die vom Abg. v. Gerlach vorgebrachten Beschwerden der Reichsversicherungsbeamten anlangt, so halte ich es sachlich für gerechtfertigt, daß der Präsident den Verkehr in dem großen Amts-gebäude zu teilen sucht. Wenn die Nebeneingänge durch Lastwagen gesperrt sind, so halte ich das für unangemessen. Ich werde Er-läuterungen darüber einziehen.

Abg. Wiesberts (Z.) stellt einige Bemerkungen des Abg. Erzberger gegen Angriffe der beiden sozialdemokratischen Redner richtig und beruft sich dabei auf die richtige Darstellung der Sonnabendverhandlung im „Vorwärts“. Ich möchte es den Herren von der Rechten nahe legen, sich doch einmal die Frage vorzulegen, ob nicht die be-klagte Landflucht zum Teil eine Folge des Fehlens der Versicherungs-anprüche auf dem Lande ist. (Hört! hört! links.) Ich behauere es aber, daß die Sozialdemokratie — wie heute wieder aus der Rede des Abg. Stadthagen hervorgeht — den Arbeitern alle Lust und Freude an dem Besitze der Versicherungs-anprüche zu nehmen sucht. Redner beklagt, daß es keine objektive Lohnstatistik gibt, sondern daß man dabei immer teils auf Angaben der Arbeitgeber, teils auf solche der Arbeitnehmer angewiesen ist, und wünscht gemeinsame Befragungen der Landesversicherungsanstalten. (Weisfall im Zentrum.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Bp.): Die Schiedsgerichte sollten prinzipiell von den Landesversicherungsanstalten getrennt werden. Vor allem aber ist es notwendig, daß bei den Schiedsgerichten Ärzte fungieren, die in keiner direkten oder indirekten Beziehung zu den Berufs-genossenschaften stehen. Die Vorsitzenden der Schiedsgerichte werden viel dazu beitragen können, den Arbeiter mit der bestehenden Gesellschafts-ordnung zu versöhnen. Man sollte daher nur die allertüchtigsten Personen mit diesem Amte betrauen und ihnen Referendare begeben, damit diese frühzeitig die sozialen Verhältnisse kennen lernen. Bedauerlich ist es, daß das Reichsamt des Innern sich darüber nicht äußert, in welcher Weise es die Reform des Krankenversicherungswesens durchzuführen will. Beim Privatversicherungsgesetz hat es sich sehr bemüht, daß die beteiligten Kreise frühzeitig von den Absichten der Re-gierung unterrichtet wurden. Der Abg. Stadthagen ist bei der Unfallversicherung für freie Arztwahl und bei der Krankenversicherung gegen freie Arztwahl. Da er nun andere Leute danach zu beurteilen pflegt, wie er selbst ist, so glaubt er, wir seien nur bei den Krankenlosen für freie Arztwahl, bei der Unfallversicherung aber für angestellte Ärzte. Das ist nicht richtig. Die Ärzte, deren Standpunkt ich vertritt, sind in beiden Fällen für freie Arztwahl. Früher brachten die Ärzte nur eine Heilstatistik auszubilden, jetzt dagegen eine halbpolitische. Dadurch ist ihre Stellung eine außerst schwierige geworden. (Weisfall bei den Frei-sinnigen.) Mustergültig ist die Einrichtung des Ärztekollegiums, welches wir Vertreter der freien Arztwahl in Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Arbeiterssekretären geschaffen haben. Ein von den drei Ärzten solches Kollegiums abgeordnetes Gutachten kann natürlich ganz anders objektiv sein und beruhigend wirken als das Gutachten von den Schiedsgerichtsräten, die vielfach in direkter oder indirekter Beziehung zur Berufs-genossenschaft stehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und nun noch zum Schluß: Der Abg. Stadthagen hat wieder einmal er-klärt, die Arbeiter würden froh sein, wenn es bei der alten abge-meinen Haftpflicht der Unternehmer bei Unfällen geblieben wäre. Allerdings habe auch ich es für ein Uebel, daß nach dem Unfall-versicherungsgesetz die sogenannte Vollrente nur eine 2/3-Rente ist. Aber es wird immer überleben, daß nach dem Haftpflichtgesetz nur derjenige Verletzte eine Rente bekam, der nachweisen konnte, daß er unfähig an der Verletzung war. Jetzt dagegen wird prinzipiell nicht nach Schuld oder Unschuld am Unfall gefragt. Das ist der große Fortschritt der Versicherungs-gesetze, den nicht anzuerkennen eine Ungerechtigkeits-feld der Sozialdemokratie ist. (Weisfall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: In unserer Zeit, in der die sozialpolitische Gesetzgebung eine so große Rolle spielt, müssen die Beamten angehalten werden, sich der Sozialpolitik mit größter Wärme anzunehmen. Die soziale Tätigkeit ist der Edelstein in der Krone der Verwaltungstätigkeit! (Weisfall links.) Dem Abg. Dr. Mugdan erwidere ich, daß er unser von ihm gelobtes Verfahren bei der Vorbereitung des Privatversicherungsgesetzes doch nicht mit den Vorbereitungen der Reform der Krankenversicherung und der ge-samten Versicherungs-gesetze vergleichen kann. Denn das Privat-versicherungsgesetz ist vollkommen unpolitischer Natur. Dagegen hat die Reform des Krankenversicherungswesens einen starken politischen Beigeschmack. Doch haben sich die Regierungen noch in keiner Weise festgelegt. Die Materie ist un-geheuer schwierig, alle sind darin einig, daß die Reform kommen müsse, aber wie sie kommen solle, darüber sind die beteiligten Kreise in z. B. diametraler Gegensätze. Es ist noch nicht entschieden, ob wir bald eine Art Notgesetz geben oder bis zur Vereinheitlichung der gesamten Versicherungs-gesetze warten. Doch sprechen diese Tatsachen dafür, daß man mit einer Reform des Krankenversicherungswesens nicht darauf warten kann, bis die Zusammenlegung der Versicherungen erfolgen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mollenhuth (Soz.)

Stadthagen hat nicht, wie Herr Mugdan meinte, behauptet, daß die Arbeiter beim alten Haftpflichtgesetz besser gestellt gewesen seien als jetzt, sondern sie haben es stets bemängelt, daß der alte Grund-gedanke der Eisenbahn-Haftpflichtversicherung, wonach der Arbeitgeber zum vollen Ersatz eines in seinem Betriebe herbeigeführten Unfall-Verpflichtet ist, wenn er nicht den Beweis führen kann, daß der Ver-letzte absichtlich den Unfall herbeigeführt hat — daß dieser Ge-danke bei der Arbeiter-Unfallversicherung nicht durchgeführt ist, während er z. B. bei den Bestimmungen des Bürgerlichen Geset-zbuches über die Entschädigungspflicht der Viehhalter wieder auf-genommen ist. — Der Herr Staatssekretär stellte es in seiner ersten Rede so hin, als könne ein Arbeiter, trotzdem er einen Schaden er-leidet, doch keine Schädigung, die einen Schadenersatz rechtfertigt, davontragen. Er stellte einen Feinmechaniker einem gewöhnlichen Arbeiter gegenüber. Wer aber trägt dafür, daß dieser Handarbeiter immer gewöhnlicher Handarbeiter bleibt? Ich kenne einen Maurer, der später Uhrmacher wurde. Hätte er einen Finger verloren, so wäre ihm dies nicht möglich gewesen. Also eine Schädigung ist immer vorhanden.

Der Mugdan behauptete, bei der freien Arztwahl verlangten die Ärzte nicht mehr Honorar. Die Führer dieser Bewegung aber haben

das Fünftelgehalt der jetzigen Sätze verlangt.

Herrn Wiesberts erwidere ich, daß das Zentrum nicht nur gegen unsere Verbesserungsanträge, sondern manchmal in der dritten Lesung gegen seine eigenen Anträge aus der zweiten Lesung gestimmt hat! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum hat auch den Wünschen der christlichen Arbeiter-organisationen keine Rechnung getragen. Wir waren es, die die Eingaben dieser Organisationen zu Gesetzesvorschlägen formulierten; wir drangen aber mit unseren Anträgen meist nicht durch, weil das Zentrum dazwischen dagegen stimmte. (Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Als die Versicherungs-gesetze erlassen waren, da war das in der Tat ein Sprung ins Dunkle. Aber das Experiment hat sich glänzend bewährt. Es hat sich gezeigt, daß die Kosten der Industrie nur scheinbare waren, daß sie keineswegs die deutsche Industrie an ihrem glänzenden Aufschwunge gehindert haben. Jetzt — nach gesammelten Erfahrungen — ist es Zeit, die Versicherungs-gesetzgebung auszubauen und zu erweitern. Die Erweiterung kann und darf sich aber nur in der Richtung einer maßgebenden Ver-teilung der Arbeiter an der Verwaltung der gesamten Versicherungs-

ankalten, einer Mehrung ihrer Rechte betrogen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Wenn wir den Grundgedanken des alten preussischen Eisenbahngesetzes, wie Herr Mollenhuth verlangte, auch auf die Arbeiterversicherung übertragen wollten, müßte zum mindesten doch auch neben dem eigenen Verschulden das Moment der groben Fahrlässigkeit aufgenommen werden, und geschähe das, so würde ein Drittel der bisherigen Renten nicht gewährt werden können; denn nach der Statistik ist ein Drittel der Unfälle auf grobe Fahrlässigkeit der Arbeiter zurückzuführen. Herr Mollenhuth sagte, die Führer der freien Arbeiterbewegung hätten das Fünftel des jetzigen Honorars verlangt. Ich stelle fest, daß bisher noch keiner dieser Herren mehr verlangt hat als die Mindestsätze der Gebührensordnung. Es wird immer von den Rechten der Arbeiter gesprochen.

Wir kommt es nicht an, „Rechte“ der Arbeiter an, sondern darauf, daß die Versicherungsgesetzgebung den Arbeitern möglichst schnelle und billige Hilfe bringe. Politische Interessen kommen bei dieser Gesetzgebung nicht in Frage. Wenn solche politischen Momente in die sozialen Gesetze hineingetragen werden, so mag sich die Arbeiterschaft bei der Sozialdemokratie bedanken.

Abg. Erzberger (Z.) polemisiert gegen den Abg. Mollenhuth. Gegen die Erhöhung der Rente von 66 2/3 Proz. auf 75 Proz., die es 1897 selbst beantragte, hat das Zentrum 1899 allerdings gestimmt (Nur bei den Sozialdemokraten: Na also!), weil sich im Hause keine Mehrheit für unseren Antrag gefunden hätte, oder — wenn sie sich gefunden hätte, das Gesetz für die Regierung unannehmbar geworden wäre. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es ist wahr, daß der einzelne Arbeiter unter Umständen geschädigt wird, weil er durch die Unfallversicherung nicht die volle Entschädigung erhält, die ihm das alte Haftpflichtgesetz gewährte! Aber wenn der einzelne Arbeiter geschädigt wird, so gewinnt dafür die ganze Arbeiterschaft; denn das Haftpflicht-Gesetz machte die Unternehmer nur für die nachweisbar durch sie verursachten Unfälle verantwortlich, und das sind etwa nur 16 Proz. aller Unfälle! Mit der Sozialdemokratie ist es schwer, sozialpolitisch zusammenzuarbeiten. Die Reden der Abgg. Rebel und Singer auf dem Erfurter Parteitag z. B. wendeten sich gegen das Zusammenarbeiten mit anderen Parteien und gegen Institutionen, die ein solches Zusammenarbeiten zum Zweck oder zur Voraussetzung haben. (Medner verliest lange Stellen aus dem Protokoll des Erfurter Parteitages. Die Sätze werden von Seiten der Sozialdemokraten mit lebhaften Zustimmungsrufen begleitet.) Die Sozialdemokratie als agitatorische Partei kann sich den Luxus leisten,

völlig undurchführbare Anträge zu stellen. Die praktische Politik aber, die das Zentrum treibt, macht Kompromisse nötig. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Trotzdem wir allerdings als Ziel nicht nur kleine wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiter erstreben, sind wir doch in dem Streben nach solchen kleinen wirtschaftlichen Vorteilen innerlich der bürgerlichen Gesellschaft ihnen (zum Zentrum) weit voraus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bereits 1871 haben wir die volle Schadenerstattung des Arbeitgebers gegenüber verletzten Arbeitern verlangt, und wir haben dagegen protestiert, daß im Invalidenversicherungsgesetz in dieser Beziehung eine Art Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter geschaffen worden ist. Wenn ein Arzt zufälligerweise denselben Unfall erleidet wie ein Bauarbeiter, bekommt er den vollen Schadenertrag, der Arbeiter bekommt im höchsten Maße nur zwei Drittel. Das ist Ihre Gerechtigkeit! Herr Erzberger kennt ja die Akten des Reichstages, er möge nur eine Verbesserung in dem Versicherungsgesetz nennen, die nicht auf unsere Anregung hineingekommen ist. Die Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen sind die allerunsozialsten Leute, die den Arbeitern jede Freude an der Versicherungsangelegenheit vertreiben. Andere Kräfte sind an sich zwar arbeitserfreudlich, dürfen aber gar nicht wagen, den Arbeitern Unfallschutz anzustellen, weil sie sonst von den Unternehmern zu Tode drangsalariert werden. In Berlin mag das nicht der Fall sein; aber in weiten Strichen des platten Landes und im ganzen Ruhrgebiet ist es so. Dort dürfen die Kräfte gegen den Arbeitgebersterrorismus nicht nachlassen.

Auch in anderen Fragen, so z. B. in der Frauenfrage, nehmen die Kräfte und zwar gerade die freisinnigen Kräfte, einen reaktionären Standpunkt ein. So haben in Remscheid die freisinnigen Kräfte nicht getraut, bis sie einer praktizierenden Dame die Krankenassenpraxis abgetrieben hatten. Man wundert sich über die Rüstlosigkeit der Rechten und der Antisemiten nicht mehr, wenn man das ärztliche Rüstfieber der Mugdan und sonstiger Freisinnigen vor Augen hat.

Wenn vom Regierungstische eine Besserung der sozialen Gesetzgebung in Aussicht gestellt ist, so fürchte ich doch auf Grund dieser ganzen Debatte, daß leider auch für die Reichsregierung die Arbeiter als minderwertige Menschen gelten. Andernfalls wäre es Pflicht der Regierung, endlich unsere Anträge zu verwirklichen, die nicht anders wollen als auf dem Gebiete des Schadenersatzes den Arbeitern die Gleichberechtigung verschaffen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Frhr. v. Rittshofen (L.): Herr Stadthagen hat mich völlig mißverstanden. Ich habe ausdrücklich zugegeben, daß Angehörige verschiedener Parteien für die Beseitigung der kleinen Unfallrenten wären, habe aber betont, daß ich und die Mehrheit meiner Fraktionsgenossen anderer Meinung seien.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Dem Schutverbande der Kräfte, den Herr Stadthagen angriff, gehören 70 000 Kräfte an. Den Vorwurf, daß ich Schachmacherinteressen vertritt, weise ich entschieden zurück.

Abg. Stadthagen (Soz.): Daß Herr Mugdan Schachmacherinteressen vertritt, ist eine Tatsache, die dadurch nicht widerlegt wird, daß Herr Mugdan sie bestreitet. Den Schutverband der Kräfte anzugehen ist mir nicht eingefallen. — Ich habe gesagt: ein großer Teil der Kräfte geht darauf aus, die sozialpolitische Gesetzgebung zu ihren Gunsten auszubringen. Von Herrn Mugdan habe ich nicht gesprochen. Ich wundere mich, daß er annimmt, ich schäme ihn so hoch, daß ich ihn gleich für mehrere Kräfte halte. (Weiterlekt.)

Das Gehalt des Präsidenten des Reichsversicherungsamts wird bewilligt.

Nun Titel Remuneration richterlicher Beamten verlangt

Abg. v. Strombeck (Z.) Besserstellung der bisher nicht pensionsberechtigten Hilfsrichter.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels „Reichsversicherungsamt“.

Beim Kapitel: „Physikalisch-technische Reichsanstalt“ entspinnt sich zwischen dem Abg. Werner (Ant.) und dem Ges. Regierungsrat Remmann die alljährlich stattfindende Debatte über die Bezahlung der Militäranwärter.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel: „Kanalamt“.

Abg. Gock (fr. Sp.) tritt für Aufbesserung der Beamten-, insbesondere der Unterbeamtengehälter ein.

Abg. Krenndt (Sp.) beklagt Mißstände in der Verwaltung des Kaiser-Wilhelmkanals, insbesondere die Beeinträchtigung anliegender Gemeinden durch das auf der Böschung des Kanals ihnen verfallene Jagdrecht.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf dem schmalen Streifen längs des Kanals, auf dem die Stromverwaltung das Jagdrecht für sich in Anspruch nimmt, sind die Beleuchtungsanlagen, die Telegraphenleitungen und andere Vorrichtungen angebracht, die für die Sicherheit für den Handel wie für die Kriegsmarine absolut notwendig sind. Wir können den Gemeinden auf diesem Streifen das Jagdrecht nicht einräumen.

Die Arbeitszeit der Leuten betrug früher 12 Stunden, jetzt 10 Stunden. Ich will aber sofort einen Verzicht vom Kanalamt ein-

fordern auf Grund der Behauptung, daß einzelne Posten heute noch bis 16 Stunden zu arbeiten haben.

Abg. Dr. Leonhardt (fr. Sp.) bringt einen Fall zur Sprache, in dem das Kanalamt es nicht fertig gebracht habe, mit 100 Arbeitern einen kleinen im Kaiser-Wilhelmkanal gesunkenen Dampfer zu heben.

Abg. Dr. Krenndt (Sp.) wiederholt die Klagen über die Erschöpfung der Jagd.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Kanalböschung ist zu sehr gefährdet, als daß wir darauf Fremde die Jagd könnten ausüben lassen. Uebrigens ist die ganze Frage so minderwertig, so untergeordnet, daß ich wirklich nicht weiter darauf eingehen kann.

Abg. v. Nordhoff (Sp.): Vielleicht ist die Frage für den Staatssekretär unbedeutend, für die Gemeinden ist sie sehr wichtig; sie fühlen sich tief verletzt, daß man nicht einfach durch eine Polizeiverordnung für die Sicherheit gesorgt hat.

Das Kapitel „Kanalamt“ wird bewilligt.

Beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“ kommt

Abg. Dahlem (Z.) auf die neuesten Enthüllungen über die Mißwirtschaft in den amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaften zu sprechen.

Abg. Bassermann (nat.) hält die Klagen über die amerikanischen Gesellschaften für übertrieben. Aber ich möchte bitten, daß die Regierung dafür Sorge trägt, daß diese Verhältnisse einmal authentisch klargestellt werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Was die amerikanischen Versicherungsgesellschaften betrifft, so hat die „Mutual“ eine Prämienreserve im Betrag der deutschen Versicherungen in deutschen Werten angelegt, mit der „Equitable“ schieben noch Verhandlungen, und die „New York“ hat sämtliche Verpflichtungen erfüllt, die ihr das Gesetz auferlegt und außerdem eine Kautions in beträchtlicher Höhe gestellt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

Erste Lesung des Handelsvertrages mit Abyssinien. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Für einen dringenden Parteizweck werden einige Exemplare des „Vorwärts“ vom 18. Januar 1901 gesucht. Die Nummer ist gänzlich vergriffen, aber vielleicht besitzt noch einer oder der andere unserer Leser ein Exemplar. Es ist die Nummer zur preussischen Krönungsfeier, die der Hofprediger Stöcker im Reichstage wiederholt dem Staatsanwalt denunzierte. In ein paar Wochen schicken wir die Exemplare gern ihren Besitzern zurück.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine neue Staatsaktion

hat die Dortmunder Staatsanwaltschaft eingeleitet. In der Druckerei der „Arbeiterzeitung“ war auch ein Wahlrechtsschutzblatt für den Oberrhein hergestellt worden, das am 14. Januar in Trier und anderen Orten zur Verbreitung gelangte. Als Verleger zeichnete der Genosse Hofrichter, Köln, als Drucker der Genosse Gerisch. Bekanntlich erfolgte damals die Beschlagnahme, aber schon bald wurde die Beschlagnahme von den Amtsgerichten in Trier und Summersbach wieder aufgehoben und die Flugblätter zur Verbreitung freigegeben. Nun sollte man die Angelegenheit füglich für erledigt halten. Aber weit gefehlt! Die Dortmunder Staatsanwaltschaft erhebt jetzt Anklage, weil die in Trier freigegebenen Flugblätter in Trier verbreitet worden sind! Und noch mehr: Die Anklage richtet sich nicht gegen den Drucker Gerisch, sondern gegen den Geschäftsführer der „Arbeiterzeitung“, Genossen Heint. Veder. Der Genosse Gerisch ist Reichstagsabgeordneter und kann darum laut Artikel 81 der Reichsverfassung nicht zur Verantwortung gezogen werden. Nun nimmt sich der Staatsanwalt den Genossen Veder als Prügeljungen vor. Die Staatsanwaltschaft findet, daß das Flugblatt die Arbeiter zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung auffordern wollte, daß es ähnliche Zustände heraufbeschwören wollte, wie sie die Revolution in Rußland gezeitigt hat. Die Amtsgerichte — Trier und Summersbach haben, wie schon gesagt, anders entschieden und die Flugblätter zur Verbreitung freigegeben. Wie die Dortmunder Staatsanwaltschaft dazu kommt, wegen Verbreitung eines freigegebenen Flugblattes Anklage zu erheben, ist schier unverständlich. Aber in Dortmund ist eben vieles möglich. Was darf gespannt sein, wie die Geschichte ablaufen wird. Wenn den Absichten der Staatsanwaltschaft Folge geleistet werden sollte, so kann man in Zukunft noch nette Sachen erleben.

Eine neue Auflegung des preussischen Vereinsgesetzes.

Bekanntlich waren die für den Polizeibezirk Altona zum 17. Januar anberaumten öffentlichen Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht auf Grund des Allgemeinen Landrechts verboten worden. Wie halbtags die Verbotsschreibung war, zeigt der Verlauf der am 24. Januar in Altona und Umgegend stattgehabten Protestversammlungen. Die Einberufer der Versammlungen waren aber nicht Willens, das durch die Verfassung gewährleistete Versammlungsrecht von der Gnade des Polizeichefs abhängig zu machen, weshalb sie eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten zu Schleswig richteten. Dieser hat die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. In der Entscheidung wird hervorgehoben, daß die Polizei nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts befugt sei, öffentliche Versammlungen ungeachtet der Vorschriften des Vereinsgesetzes im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung gemäß § 10 II 17 A. L. R. zu untersagen, wenn Ausnahmestände dies rechtfertigen. „Ein derartiger Anlaß lag hier mit Rücksicht auf die wenige Tage vorher in Hamburg, das mit Altona ein örtlich zusammenhängendes Gebiet bildet, aufgetretenen Unruhen, sowie mit Rücksicht darauf, daß für den 21. Januar in Hamburg öffentliche Versammlungen verboten waren und daher für diesen Tag ein Zustromen großer, zu Erregissen geneigter Menschenmassen aus Hamburg nach Altona zu erwarten war, vor.“ — Da diese Begründung völlig halbtags ist und auch das Oberverwaltungsgericht in einer ähnlichen Angelegenheit den entgegenstehenden Standpunkt eingenommen hat, haben die Einberufer Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona beauftragt, die Angelegenheit eventuell bis zur Endinstanz durchzusetzen. Der Regierungspräsident muß doch recht schlecht informiert worden sein, sonst hätte er die Hamburger Arbeiter, die ruhig und bedächtig, aber keineswegs zu Erregissen geneigt sind, nicht mit den „Schoppenhebern“ auf eine Stufe stellen können. Sicher werden unsere Hamburger Genossen auf diese „Liebenswürdigkeit“ in gebührender Weise zu antworten wissen.

Das Recht des Kindes in Sachsen.

Folgende Strafbestimmung wirkt durch Abdruck ohne Kommentar: An den Schulknaben

Artur Schmieder

in Leitelsheim. Laut Anzeige hat der Schulknabe Artur Schmieder zusammen mit anderen am Sonntag, den 21. Januar, nachmittags, 1. durch überlautes Zöhlen, Pfeifen und Rennen über den Marktplatz, durch die Väter- und Herrengasse hier ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt und großen Unfug verübt, 2. hierbei sich dem Schutzmann Skade, also einem zuständigen Beamten gegenüber des falschen Namens Alfred Paul Günther bedient.

Verweismittel: Schutzmann Skade hier als Zeuge.

Auf Grund von zu 1. § 390, 11 und zu 2. § 390, 3 zu 1 und 2 verbunden mit § 57 des Reichsstrafgesetzbuchs wird daher gegen Sie eine Geldstrafe zu 1 von 3 M., zu 2 von 2 M., zusammen in Summa

5 M., verhängt. Im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe 5 M. Haft in der Dauer von fünf Tagen zu treten.

Crimittschau, den 2. Februar 1906.

Die Stadtpolizeibehörde.
Dr. Schneider.

Aus Industrie und Handel.

Die deutschen Abrechnungsjellen. Seitdem im Januar 1905 auf in Dortmund eine Abrechnungsjelle errichtet wurde, zählen wir derzeit in Deutschland 12. Wie der „Internationale Volkswirt“ mitteilt, ist nun aber auch für München eine Abrechnungsjelle, der sich zwölf Banken anschließen, beschlossen worden. Wie die genannte Zeitschrift nachweist, kuchten die zwölf Abrechnungsjellen im verfloßenen Jahre 7 841 995 Abrechnungen, gegen 5 186 237 im Jahre 1900. Die Steigerung des Verkehrs spiegelt die nachfolgende Tabelle.

Summe der Einlieferungen in Millionen Mark:

	1905	1904	1903	1900
Darmstadt	16124,7046	13855,6	12009,1	11525,3
Berlin	13462,3465	11091,6	9048,9	8380,8
Frankfurt	4414,600	4200,8	5004,5	5003,2
Bremen	1301,3911	1444,0	1191,6	1235,8
Köln	489,2647	580,4	899,7	998,6
Wiesbaden	470,9748	427,9	327,2	505,8
Leipzig	451,0188	428,8	433,9	685,9
Dresden	254,5117	215,9	351,7	572,8
Stuttgart	250,5254	284,6	896,1	374,6
Erfeld	189,9445	194,2	165,0	221,1
Chemnitz	132,5858	111,4	31,4	—
Dortmund	61,1144	—	—	—
Total	37602,9913	32685,27	29699,05	29472,74

Zusammengerechnet haben die zwölf Städte täglich 122,8 Millionen Mark abgerechnet, dagegen hat allein das New Yorker Clearinghaus in 1905 täglich 1277 Millionen Mark und die Londoner Oberrechnungsjstelle 820 Millionen Mark abgerechnet, ein Beweis, wie weit unser bankmäßiger Geldverkehr gegen jene zwei Städte zurück ist.

Gewerbefreiheit.

Den Arbeitern gegenüber spielen die Unternehmer so gern den Herrn im Hause. Angeblich soll ohne die unbefchränkte freie Entscheidung der Gewerbetreibenden Handel und Industrie in böse Bedrängnis geraten. Tatsächlich ist die freie Entscheidung jedoch vielfach bis auf ein ganz geringes Maß eingeschränkt. Aber die Einengung geschieht nicht durch Terrorismus der Arbeiter — sondern durch Diktatur der Unternehmerverbände. Diese lassen dem einzelnen in der Hauptsache nur das Recht der Arbeiterausnutzung. Allerdings, die Diktatur der Verbände wird gern akzeptiert, weil sie erhöhten Nachschub garantiert. Die durch die Verbände das Gesetz von der Wirkung des Angebots und der Nachfrage, sowie auch die Gewerbefreiheit korrigiert wird, illustrierten die Verkaufsbestimmungen des Mitteldeutschen Buchhändler-Verbandes, gültig ab 1. April 1906. Dieselben lauten:

§ 1. Die Mitglieder sind verpflichtet, alle diejenigen Bestimmungen genau zu befolgen, welche der Vörsenverein der Deutschen Buchhändler für den Verkehr mit dem Publikum festgelegt hat oder noch feststellen wird.

§ 2. Der Verkauf von Gegenständen des Buchhandels findet zu den durch die Verleger oder Lieferanten festgesetzten Ladenpreisen statt.

§ 3. Auf Zeitschriften, Schulbücher im Einzelverkauf und Lehrmittel, sowie auf alle Verkäufe bis zum Gesamtbetrag von zehn Mark darf keinerlei Skonto gewährt werden, weder gegen bar noch in Rechnung. — Unter Zeitschriften sind diejenigen periodischen Schriften zu verstehen, welche jährlich zwölfmal und öfter erscheinen.

§ 4. Bei Verkäufen, die nicht unter § 3 fallen, darf bei Anzahlung oder längstens halbjährlicher Begleichung ein Skonto von 2 Proz. gewährt werden.

§ 5. Ein Skonto bis zu 5 Proz. darf gewährt werden an Behörden, öffentliche und Anstaltsbibliotheken mit Ausnahme der unter § 3 fallenden Verkäufe.

Ein Skonto bis zu 7 1/2 Proz. darf gewährt werden:

1. der Universitätsbibliothek in Gießen;
2. der Universitätsbibliothek in Rorbürg;
3. der großherzoglichen Hofbibliothek in Darmstadt;
4. der Carl v. Roth'schen Bibliothek in Frankfurt a. M.,

mit Ausnahme der unter § 3 fallenden Verkäufe.

Ein Skonto bis zu 5 Proz. auf alle Bezüge darf gewährt werden: den königlichen und päpstlichen Behörden in Wiesbaden.

Bezüge von Schulbüchern jeder Art und zu jedem Ladenpreise in Parteien sollen an Behörden und Lehranstalten mit 5 Proz. rabattiert werden dürfen.

§ 6. Jedes öffentliche Angebot von Rabatt in ziffermäßiger oder unbestimmter Fassung ist unstatthaft.

§ 7. Aber auch das freiwillige Angebot eines Skontos in irgend welcher Form, sei es mündlich, sei es schriftlich, auf Rechnungen, Ansichtskarten, in Zirkularen, Telegrammen, ist verboten. Es ist nur gestattet, bei Rechnungen eine handschriftliche Bemerkung, den vereinbarten zulässigen Skonto betreffend, hinzuzufügen.

§ 8. Jede Umgehung des Skontos in irgend einer Form, wie Aufschrift, Gratislieferung von Büchern oder Einbänden, ist dem Skonto gleichzuachten.

Bei Verkäufen von Schulbüchern ist die Zugabe, sowie die vorherige und nachherige Verteilung von Schülerkalendern und Verkaufsgegenständen jeglicher Art unter allen Umständen verboten. (Ausgenommen sind einfache Stundenpläne.)

§ 9. Die den Buchhändlerhandel betreibenden Verbandsmitglieder haben die Rabattbestimmungen des Vereins der Deutschen Buchhändler in Leipzig zu befolgen.

§ 10. An gewerbmäßige Wiederverkäufer ist ein höherer Rabatt zulässig, doch sollte derselbe beim direkten Bezug vom Verlag nicht die Höhe des vollen Buchhändler-Rabatts erreichen.

An alle Wiederverkäufer ist nur unter der Bedingung zu liefern, daß sie ihrerseits die Verkaufsbestimmungen der Verbandsmitglieder einhalten.

Diese Bestimmungen dürften im allgemeinen für alle Buchhändlerorganisationen maßgebend sein. Die Unternehmer werden diese „Regelung“ für ganz einwandfrei erklären, aber großer Geschrei stimmt der ganze Chorus an, wenn die Arbeiter nur beanspruchen, bei der Festsetzung des Preises der von ihnen zu verkaufenden Ware, der Arbeitskraft, mit zu bestimmen. Die Ware Arbeitskraft soll vogelfrei sein, für alle anderen Waren bestimmen die Verkäufer den Preis diktatorisch.

Konjunktur-Dividenden. Die Ab-Rassauische Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft in Stolberg bringt 2 1/2 Proz. gegen 2 1/2 Proz. im Vorjahre zur Verteilung. Die Lindener Eisen- und Stahlwerke erhöhen die Dividende von 4 1/2 Proz. auf 9 Proz. — Der Kölner Bergwerksverein bringt bei einem Rohüberschuß von 2 344 118 M. — 2 157 857 M. im Vorjahre — eine Dividende von 25 Proz. heraus.

Aus der Frauenbewegung.

Lug und Trug. In Nr. 37 des „Vorwärts“ wird eine von einem Vertreter der Hinderhul- und Mühlenfabrik von Loew u. Lauber in der „Robistin“ veröffentlichte Aufschrift an den Pranger gestellt, zu welcher die unterzeichnete Organisationsleitung noch folgenden bemerkt:

Der gute Mann stellt die Behauptung auf, die für die in der Heimarbeit-Ausstellung ausliegenden Artikel angegebenen Löhne seien um 150 Proz. zu niedrig angegeben; ferner wird die unverschieden festgesetzte Arbeitszeit als nicht richtig bezeichnet. Für solche

Behauptungen vertritt sich der Schreiber kühn hinter der Unterstellung, die Leute, welche solche Angaben machten, wollten überhaupt nicht arbeiten. Wir haben dazu folgendes zu erklären:

Was die Löhne anbelangt, so sind diese nicht 150 Proz. zu niedrig angegeben, sondern im Gegenteil, manche Löhne sind noch viel zu hoch angesetzt. Es kommt vor, daß bei verschiedenen Artikeln der Rübenfabrikation die Heimarbeiterinnen noch unter den angegebenen Löhnen verdienen. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 14 und 15 Stunden, wobei die Frauen noch das Notwendigste in der Wirtschaft mit besorgen. Die Herren Loewy u. Tauber werden es sicher nicht fertig bringen, an der Nähmaschine schwindig die Artikel in kürzester Zeit herzustellen und mit den angegebenen Löhnen einen Haushalt zu besorgen. Der Behauptung, daß die Leute, die „so was schreiben“, nicht arbeiten wollen, wagen wir nicht zu widersprechen, wenn der Vertreter der Firma Loewy u. Tauber jene Leute meint, die durch unzutreffende Behauptungen die schandbarsten Löhne verschleiern. Was übrigens von der genannten Firma zu halten ist, geht schon daraus hervor, daß gerade diese sich hervortun in der Hay gegen die Organisation, der sie in ihrem Betriebe durchaus kein Heimrecht einräumen will. Und daß diese Firma sich berufen fühlt, die Arbeiter der Unwahrheit zu zeihen, ist wohl auf die sehr bezeichnende Tatsache zurückzuführen, daß sie sich rühmen kann, nicht nach dem Tarif zu zahlen! Wochenlöhne von 8, 9, 10—13 M. sind an der Tagesordnung, wohingegen anderwärts tarifmäßige Löhne von 14—20 M., in einzelnen Fällen noch mehr gezahlt wird. Die Firma Loewy u. Tauber hätte sich besser nicht an die Öffentlichkeit gewagt; hier ist Schweigen am ersten am Platze. Das Meckblatt, das wegen seiner Löhne eines besonderen Rufes sich erfreut, setzt sich zusammen aus den Firmen Niehner, Scheinthal und Loewy u. Tauber.

Deutscher Kürschner-Verband. Filiale Berlin.
P. Krause.

Heimarbeiterinnen der Wäsche, Krawatten, Schürzen, Mäusen, Korsetts, Regligbranche. Am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr findet bei Löwenstein, Straßburgerstraße 26, eine Zusammenkunft statt. Die Parteigenossen werden gebeten, ihre Frauen und Töchter auf diese Zusammenkunft ganz besonders aufmerksam zu machen. Einen regen Besuch erwartet
Die Sektionsleitung.

Treptow-Baumwollschulweg. Am Mittwoch, den 21. d. M., abends 8½ Uhr findet bei E. Christ, Ernststraße, Ecke Marienbalestraße, die Generalversammlung des hiesigen Bildungsvereins für Frauen und Mädchen statt, in welcher Herr Störmer über: „Roses oder Darwin“ spricht. Gäste willkommen. Pünktliches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Wilmersdorf. Am Donnerstag, den 22. d. M., abends 8½ Uhr findet bei Fischer, Bruchsalstraße 7, die Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins statt. Herr Dr. Westphal spricht über „Die Urgeschichte der Menschheit“. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Mariendorf. Am Mittwoch, den 21. d. M., abends 8½ Uhr, hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Mariendorf und Umgebung seine regelmäßige Monatsversammlung bei Reichardt in Mariendorf, Chaußeestr. 16, ab. Herr H. Küster hält einen Vortrag über: „Die Frau in der heutigen Gesellschaft“. Weiter steht auf der Tagesordnung: Diskussion und Vereinsangelegenheiten. Die Eröffnungsfeier findet am 3. März in Tempelhof bei Noak, Vertimerstraße 9, statt. Die Festrede hält Frä. Ottilie Baader. Eintritt 20 Pf. Gäste willkommen. Um zahlreichen Besuch zur Versammlung und zum Vergnügen bittet
Der Vorstand.

Versammlungen.

Der Berliner Arbeitervertreterverein hielt am 15. Februar eine Versammlung ab, in der über die Tätigkeit des Vorstandes und des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Berlin im Jahre 1905

Vericht erstattet wurde. E. Siemanowski, der als Mitglied aus dem Kreise der Versicherten dem Vorstand der Anstalt angehört, gab ein Bild von dessen Verhandlungen und von der Tätigkeit der Bau- und der Wirtschaftskommission. In 15 Vorstandssitzungen wurden 98 Gegenstände erledigt. An Redereien entfielen auf dem Reichertstatter allein 200. Einen eigenartigen Standpunkt bezüglich der Mitarbeit der Laienmitglieder des Vorstandes (Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber) scheint nach der Auffassung des Redners das Reichsversicherungsamt zu vertreten. Anlässlich der Umwandlung der Stellung eines juristischen Hilfsarbeiters in die eines vierten beamteten Vorstandsmitgliedes suchte der Vorstand zu erfahren, ob das Reichsversicherungsamt seine Zustimmung dazu geben würde, daß die Laienmitglieder des Vorstandes um einen Arbeitnehmer und einen Arbeitgeber vermehrt werden. Das Reichsversicherungsamt erklärte, dagegen nichts zu haben. Es äußerte aber zugleich Bedenken, daß der Vorstand seine Laienmitglieder so häufig zu Diensten heranziehe, wie das bei keiner anderen Versicherungsanstalt in Deutschland geschehe. Das Klinge so, meinte Redner, als ob das Reichsversicherungsamt eine so rege Mitwirkung der Laien bei den Vorstandsgeschäften nicht gern sähe. Man käme beinahe auf den Gedanken, das Reichsversicherungsamt sähe es lieber, wenn der Vorstand, wie die Vorsitzende der meisten Landesversicherungsanstalten, jährlich nur zwei bis drei Sitzungen abhielte und wenn die Laienmitglieder möglichst wenig Fühlung mit den Vorstandsarbeiten hätten. Im Gegensatz zu solcher Auffassung strebten jedoch die Vorstandsmitglieder aus dem Kreise der Versicherten dahin, recht viel mitzuarbeiten. — Für die Vergebung von Arbeiten wurde die Aufstellung einer Liste solcher Unternehmer angebahnt, die Gewerkschaftslöhne zahlen, angemessene Arbeitszeit haben, die Arbeiten nicht in der Heimindustrie anfertigen lassen usw. Nur zum Teil sind die Wünsche der Versicherten in der Richtung erfüllt worden. In Fällen, wo es nicht geschah, ist man denn auch schon hineingefallen. — Scharf ging es in der Sitzung her, wo die Verchiebung der auf dem Gewerkschaftshause ruhenden Hypothek perfekt wurde. — Die Familienunterstützung der in Heilstätten untergebrachten Versicherten ist erhöht worden. Bis dahin wurden bis zu 10 M. gezahlt. Jetzt ist mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen worden, daß Familienunterstützung bis zum anderthalbfachen Betrage des Krankengeldes gezahlt werden könne. Die niedrigste Familienunterstützung soll nach einem späteren Beschlusse 10 M. betragen.

Ueber die Tätigkeit des Ausschusses berichtete Warnst. Es gab in verschiedenen Angelegenheiten Konflikte mit dem Vorstande. Kompetenzstreitigkeiten traten besonders hervor. Dr. Freund als Vorsitzender wollte namentlich nicht gestatten, daß der Ausschuss durch eine Kommission den Vorstand kontrolliere. Vom Reichsversicherungsamt wurde jedoch dem Ausschusse zugestanden, daß er eine Kommission ernennen könne, in dessen mit der Aufgabe, daß sie nicht selbstständig Kontrolle üben, sondern nur bestimmte Kontrollaufträge des Ausschusses als solchen ausführen dürfe. Der Ausschuss hat weiter eine verstärkte Kontrolle über die Arbeitgeber der Versicherten angeregt, da ein unverhältnismäßig großer Prozentsatz der beteiligten Arbeitgeber wegen nicht rechtzeitigen Ablebens der Versicherten ungenügend bestraft werden müßte. Die verstärkte Kontrolle ist umso notwendiger, als das Reichsgericht entschieden hat, daß die sämmtlichen Arbeitgeber seitens der Versicherungsanstalt nicht regreßpflichtig gemacht werden können, sondern nur für die benachteiligten Versicherten das Privatlagungsverfahren gegeben ist. Die Vertreter der Versicherten im Ausschuss haben über die Verschlebung (Jeftion) der Gewerkschaftshaus-Hypothek aus politischen Gründen, wozu absolut kein Anlaß vorgelegen hätte, ihre Mißbilligung zu Protokoll erklärt. — Der Ausschuss will auf eine mögliche Verwendung der Mittel der Anstalt für die Versicherten bedacht sein. Redner befürchtet, daß sonst die Agrarier einen Raubzug darauf unternehmen könnten. Der Gesamtetat der Anstalt umfasse gegen 11½ Millionen, der der Anstalt Veelity allein 2400 780 Mark. Die Zahl der Beamten ist auf 448 gestiegen.

Wegen vorgerückter Zeit wurde von einer Diskussion Abstand genommen.

Als Beisitzer für die Zentralkommission der Krankenkassen Berlin wurden Siemanowski und Worchardt, als Stellvertreter Stumpe gewählt.

Der Zentralverband der Töpfer (Filiale Berlin) hielt am Freitag bei Keller eine Mitgliederversammlung ab. In der letzten Versammlung waren mehrere Anträge zugunsten einer Arbeitslosenunterstützung eingelaufen, die jetzt zur Beratung standen. Der Wunsch war allgemein laut geworden, eine Unterstützung der Arbeitslosen einzuführen, aber es entspann sich eine lebhaftige Diskussion darüber, ob die Kräfte der Organisation auch dazu ausreichten. Dem Verlangen, den Lokalfonds von 25 000 Mark zur Verfügung zu stellen, wurde heftig opponiert. Es wurde viel bemängelt, daß eine rechnerische Unterlage fehlt, auf welche man sich stützen könnte. Eine ganze Reihe von Anträgen lag vor, die schließlich allesamt abgelehnt wurden. Die Versammlung erklärte sich nicht für die Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung. Als zweiter Punkt der Tagesordnung war Beschluffassung über die neuen Arbeitsnachweis-Statuten angesetzt. Es wurden Anträge gestellt, den Arbeitsnachweis aufzulösen, aber dagegen machte sich eine starke Opposition geltend. Schließlich wurden alle gegen den Arbeitsnachweis gerichteten Anträge abgelehnt. Zur Beratung des neuen Regulativs, durch welches eine Besserung der Zustände im Arbeitsnachweis bezweckt wird, kam es nicht, weil die Zeit zu weit vorgeschritten war. Man nahm einen Antrag an, in den nächsten Wochen eine Versammlung abzuhalten, um über die neuen Statuten Beschluff zu fassen.

Die Arbeiter der Glas- und Zementbranche (Sektion des Bauerverbandes) hielten am Freitag eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nachdem Frisch den Vorstandsbericht gegeben hatte, erstattete Heese die Abrechnung. Demnach hatte die Sektion eine Jahreseinnahme von 72 782,40 M. und eine Ausgabe von 61 184,70 M., so daß ein Bestand von 11 597,70 M. verbleibt. Die Kosten des letzten Streiks, der wegen des neuen Tarifes geführt wurde, belaufen sich auf 19 702,82 M. Mitglieder gehören der Sektion gegenwärtig 3114 an. Die Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr um rund 600 gestiegen. Auf dem Arbeitsnachweis der Organisation ist im letzten Jahre 3407 Mitgliedern Arbeit vermittelt worden. Am Jahresabschluss waren noch 75 Arbeitslose eingezzeichnet. Als erster Vorsitzender wurde der bisherige Kassierer Heese gewählt. Der bisherige erste Vorsitzende Frisch hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Infolge der vorgerückten Zeit wurde die Versammlung und damit die Erledigung der übrigen Wahlen verlagert. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Wetterausblick vom 19. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Swinemünde	763,9	W	1	bedeckt	1	Saparanda	756,8	W	2	bedeckt	-7
Danzburg	763,0	W	3	Rebel	1	Petersburg	762,8	W	3	bedeckt	-4
Berlin	763,9	W	2	Regen	2	Scilly	754,8	W	3	wolflig	7
Frankfurt a. M.	763,5	W	2	bedeckt	5	Norwegen	755,0	W	3	bedeckt	4
München	761,8	W	—	wolflig	1	Paris	761,0	W	3	bedeckt	6
Wien	764,2	W	—	Rebel	0						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 20. Februar 1906.

Ein wenig kälter, ziemlich trübe und neblig bei schwachen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

E. J. 000. Ueber Verletzung eines Schülers entscheiden die Lehrer; „erzwingen“ kann man sie nicht — auch dann nicht, wenn der Schüler die Klage zwei Jahre befehdt hat. — **C. G. 31.** 1. 2. 3. Rathhaus, Tiefbauverwaltung, mündliche Anfrage. 4. Beim Tiefbau: Techniker, zu Anfang 1800 M., Zulage 150 M. alle 2 Jahre, bis 3000 M. (nach 16 Jahren); Architekten und Techniker mit Prüfung auf Baugewerkschaft, zu Anfang 2400 M., Zulage 200 M. alle 2—3 Jahre, bis 4000 M. (nach 20 Jahren).





Lachmann & Scholtz

Thurm-Strasse 76 WARENHAUS Otto-Strasse 1

UNSERE 90 WOCHE

bietet in allen Abteilungen des Hauses enorm günstige nie wiederkehrende Kaufgelegenheit.

Unter anderem verkaufen wir, soweit die Vorräte reichen:

<p>Schneiderin Garnitur:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 Paar Schwelenshürten, 1 Dtz. Hochbandtische, 1 Dtz. Druckknöpfe, 1 Garband, 1 Kragen-Einlage, 1 Pck. Haken u. Ösen, 1 Taillen-Verzehrmasch., 4 Meter Mohair-embroid. u. 1 Rolle Seide <p>90 Pf.</p> <p>Seidene Ballshawls mit Chenille besetzt, Stück 90 Pf.</p> <p>2 Chiffon-Schleifen im Karton 90 Pf.</p> <p>4 Gitter-Schleier m. Chenilletupf. 90 Pf.</p> <p>Chiffon-Jabots, reich besetzt 90 Pf.</p> <p>Costüm-Cheviot, reine Wolle, Mtr. 90 Pf.</p> <p>Sammet- u. Seidenstoffe mod. Must. M-109 90 Pf.</p> <p>Frühjahrsneuheiten in Kleiderstoff 90 Pf.</p> <p>Damast- u. Jacquard Tisch-tücher Stück 90 Pf.</p> <p>1/2 Dtz. Küch.-Dreil-Handtüch. 90 Pf.</p> <p>1 Dtz. Taschentücher Linon Ia 90 Pf.</p> <p>1/2 Dtz. „ m Buchstaben 90 Pf.</p> <p>Bettlaken, vollständ., Größe, Stück 90 Pf.</p> <p>Engl. Tüll-Stores . . . Stück 90 Pf.</p> <p>Engl. Tüll-Gardinen Fenster 90 Pf.</p> <p>Lambrequin, bestickt, . Stück 90 Pf.</p>	<p>ca. 1000 Muster-Paare Pantoffeln Paar 90 Pf.</p> <p>Kinder-Stiefel u. Schuhe Paar 90 Pf.</p> <p>Kamm-Garnitur, Friseur-, Staub- und Taschen-Kamm 90 Pf.</p> <p>1 Markt Tasche - 1 Kettentasche 90 Pf.</p> <p>1 Armband und 1 Percollier 90 Pf.</p> <p>Velour Echarpes, farbig, gestrickt, Stück 90 Pf.</p> <p>1/2 Pfund Strickwolle, echtschwarz, Elider, 90 Pf.</p> <p>Barchenthemden für Herren und Damen Stück 90 Pf.</p> <p>Reformschürze für Damen, besetzt 90 Pf.</p> <p>Tändelschürzen in eleg. Satin 90 Pf.</p> <p>Wirtschaftsschürzen, extra weit 90 Pf.</p> <p>3 Paar Damenstrümpfe, echtschw., gestrickt 90 Pf.</p> <p>2 Paar reinwoll. Herr.-Socken 90 Pf.</p> <p>Velourrock m. Volant für Damen 90 Pf.</p> <p>Knie-Beinkleider, hübsch ausgeführt, Paar 90 Pf.</p> <p>Damenhemden, hübsch ausgeführt, Paar 90 Pf.</p> <p>Herrenhüte, weich, . . . Stück 90 Pf.</p> <p>Regenschirme für Damen und Herren Stück 90 Pf.</p> <p>3 Cravatten im Carton 90 Pf.</p>	<p>Damen-Mützen, engl. Nooholt, Stück 90 Pf.</p> <p>Coul. Garnitur, Serviteur, Manschetten und ein weißer Kragen. 90 Pf.</p> <p>2 Majolika-Töpfe mit Blumen 90 Pf.</p> <p>Elegante Vase mit Strauss . . . 90 Pf.</p> <p>Besenhandtuch, Fischerstetten, garn 90 Pf.</p> <p>Bestecktasche für 12 Bestecke 90 Pf.</p> <p>1 Küchentisch- u. 1 Küchensplattendecke 90 Pf.</p> <p>Postkarten-Album für 100 bis 400 Karten 90 Pf.</p> <p>5 Rollen Butterbrodpapier . . . 90 Pf.</p> <p>7 Rollen Toilettepapier 90 Pf.</p> <p>Schul-Garnitur: Zinsrechnungsmappe, Bucherständler, go. alter Federkasten, Diarium mit Lackdeckel und Schreibmappe . . . 90 Pf.</p> <p>2 Figuren, non, Decor. 90 Pf.</p> <p>Ständer mit Blumentopf 90 Pf.</p> <p>Paneelbrett mit Goldverzierung 90 Pf.</p> <p>Blumenseife, 25 Stück im eleganten Karton 90 Pf.</p> <p>5 Stück Fliederseife 90 Pf.</p> <p>6 Stück Oberschalseife 90 Pf.</p>	<p>Damen-Blousen, hübsch ausgeführt, Stück 90 Pf.</p> <p>2 1/2 Pfd. Zucker u. 1/2 Pfd. Kaffee 90 Pf.</p> <p>2 Pfd. Gem. Gemüse u. 2 Pfd. Bohnen 90 Pf.</p> <p>Kakao, gar. rein Prund 90 Pf.</p> <p>Butter-Cakes, täglich frisch. . . 90 Pf.</p> <p>1 Pfd. Blut- u. 1 Pfd. Zwiebelwurst 90 Pf.</p> <p>Rum Ia, Verschnitt, 1/1 Liter-Flasche 90 Pf.</p> <p>6 Paar Tassen m. Goldrand. . . 90 Pf.</p> <p>1 Satz dec. Töpfe 90 Pf.</p> <p>1 Eimer und 1 Wanne 90 Pf.</p> <p>2 dec. Kuchenteller 90 Pf.</p> <p>6 tiefe Porzellanteller 90 Pf.</p> <p>Likörservice m. Nickeltablett Stück 90 Pf.</p> <p>Elegante Cakesdosen Stück 90 Pf.</p> <p>6 Ess- und 6 Theelöffel 90 Pf.</p> <p>Reibmaschinen Stück 90 Pf.</p> <p>Tablett, Delit. Einlage 90 Pf.</p> <p>3 Glas-Compottieren 90 Pf.</p> <p>Blüten-Fettseife, 3 Stück im Carton 90 Pf.</p>
--	--	--	--

Verlangen Sie Rabatt-Marken.

Gerichts-Zeitung.

Anfreizung zu Gewalttätigkeiten. Drei Anarchisten, der Juwelier Adolf Kohn... Der Richter sprach die Strafe aus...

Die Verurteilung Millers als Täter oder Mittäter verflüchtigt gegen das System des Preßgesetzes... Der Richter sprach die Strafe aus...

Hofe Strafe. Das 17-jährige Dienstmädchen Thekla Scherch... Der Richter sprach die Strafe aus...

Wegen Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche... Der Richter sprach die Strafe aus...

Der beleidigte Renegat. Ein Nachspiel zu dem vorjährigen... Der Richter sprach die Strafe aus...

gelündigt worden war. In der Generalversammlung der Kasse vom 10. Juli v. J. ersuchte Käterow... Der Richter sprach die Strafe aus...

Der letzte Meinede-Prozess gegen einen Kontrollposten des Holzarbeiter-Verbandes... Der Richter sprach die Strafe aus...

Freigesprochen wurde ebenfalls die Arbeiterin J., die wegen... Der Richter sprach die Strafe aus...

Einen halben Tag gefesselt — sofort entlassen. Der Lagerist... Der Richter sprach die Strafe aus...

Durch die zugehende Vernehmung der Mutter des Klägers... Der Richter sprach die Strafe aus...

Vom Verlehrten im Kaufmannsgeschäft. Die Buchhalterin... Der Richter sprach die Strafe aus...

Buchhalterin daran, die Kontrolle des Chefs zu umgehen... Der Richter sprach die Strafe aus...

Ein ungetreuer Stadtschreiber. Vor dem Schwurgericht in... Der Richter sprach die Strafe aus...

Herner Kette-Küffe vor Gericht. Der mehrfach vertagte Prozess... Der Richter sprach die Strafe aus...

Sind Phonographenwalzen und Platten Abbildungen oder... Der Richter sprach die Strafe aus...

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Liniestr. 132,
Ecke Friedrichstraße.
Zum 156. Male
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: **Der Beheme**
u. d. ausgezeichn. Spezialitätentell.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: tägl. 5. Wertheim u. an
der Theaterkassette von 10 Uhr vor-
mittags an.

Sanssouci. Kottbusser
Str. 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Die Houbenlerche.
Schauspiel u. Bildenbruch.
Mittwoch:
Die Wogen des Glücks.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nord., Sänger
und Tanzkränzen.
Sonnt. 8 u. 10. Hochent. 8 u.

Carl Gabriels
Voiks-Museum
Friedrichstr. 112a,
am Oranienb. Tor
Zirka 2000 Aus-
stellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold u. Kind. 20 Pf.
Sämt. Räum. 60 Pf.

Etablissem. Buggenhagen
Horitzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Otto Pritzkow
Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.

Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und
Sterne der Liliputaner der Welt.
Die Frau-Künstlerin **Margarete**
Marjol. Hellscherin **Arnida,** wahr-
lagernde **Bunderbame.** **Pluto,**
Bunderbaba, geb. mit 4 Beinen,
3 Köpfern, 1 Kopf, lebend. etc.
Riescu, **Berge,** **Phänomen,**
Barre usw.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.

Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Im zweiten Bilde:
Die sechs schönen Wansitzigaretten.
Außerdem
X das neue Februar-Programm. X

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradehalter, Spritzen,
Suspensoren sowie sämtliche Artikel
zur Krankpflege. Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Dtsch- u. Hülfstr.-Krankentafeln
Berlin C., 56492*

30. Finien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
falten, angenehm u. weich am Körper.

Achtung!!! Ausschneiden!!!

Kleinste Wochenraten.
Große Auswahl in Herren- u.
Damenuhren,
Standuhren, Freischwinger,
Regulateure,
Broschen, Ringe,
Ketten, Stücke, echte
Menzenhauer Zithern,
Phonographen
Plattensprechmaschinen, Polyphons,
Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauf von Platten, echten
Edison- und pa. 1 Mk.-Walzen.

Jahre & König
Warschauerstr. 72 (nahe Bahnhof)
und Reinickendorferstraße 57 (nahe
Bahnhof Wedding). 54L*

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Einschl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. r.
H. Eger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 119

Masken-Garderobe
von 55892*
Carl Ernst
Köpenickerstr. 126, 1. Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzug dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

Das größte Brot für 50 Pf.
Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in
Albrechts Bäckereien:
Wrangehr. 135, Krautstraße 19,
Friedrichstr. 28, Panitzschstr. 2,
Markthalle Paderstr., Stand 222/23,
Markthalle Andreasstr., Stand 16/18,
Zentrale: Bogdangenerstr. 13

Dauftagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und schönen Kranzpenden
bei der Beerdigung meines lieben
Vaters und guten Vaters, des
Restaurateurs
Wilhelm Seefeld
sagen wir hiermit allen lieben Ver-
wandten, Freunden und besonders
den werthen Stämmungsgästen unseren
innigsten Dank.
Witwe Seefeld u. Sohn.

Dauftagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meiner Frau
Emma Wache
geb. Gottschalk
sage ich allen meinen Freunden und
Bekanntem besten Dank, insbesondere
der Firma der H. J. A. Berlin für die
Kranzpenden und die Teilnahme.
G. Wache, Uferstr. 14 D.

Anlässlich des
50. Todestages
Heinrich Heine's
empfehlen wir unseren Lesern die
Werke dieses beliebtesten deutschen
Dichters zur Anschaffung: 253/8*
Atta Troll-Deutschland 60 Pf.
und 1.-M.
Die Gargreife 60 Pf.
Neue Gedichte 1.-M.
Romanzero 60 Pf.
und 1.-M.
Buch der Lieder 80 Pf.
mit Goldschnitt 1,20 M.
und 1,80 M.
Auswahl aus seinen Werken
1 Bd. illustriert 3.-M.
Sämtliche Werke
in 1 Bd. 3.-M.
in 2 Bb. illustriert 4.-M.
in 4 Bb. Leinen 6.-M.
in 4 Bb. Halbz. 9,50 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Der Kenner
raucht
№ 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vorzügl. würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

KNORR'S
Hafermehl,
in 30jähriger Erfahrung als bester Zusatz
zur Kindermilch erprobt.

Zur Einsegnung

Anzüge aus fein geripptem
schwarzen Kammgarn
sowie aus haltbaren
Cheviotstoffen,
sauberste Aus-
führung von M. 12⁵⁰ an

Anzüge aus prima tief-schwarz.
Kammgarn- und Tuch-
Kammgarnstoffen mit
besten Zutaten, 17⁵⁰
eleganter Sitz,
von . . . Mark an

Anzüge nach Maß Garantie für
gutes Passen. 24[—] an

M. Schulmeister
Schneidermeister,
50. Dresdener-Straße 4, 50.
am Kottbusser Tor.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Bau-
anführer
Joseph Mainka
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
112/18 Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schweren Leiden
verstarb am 18. d. Mts. 12^{1/2} Uhr
mein lieber, herzenguter, un-
vergesslicher Mann, der Weber
Paul Sorrer
im 78. Lebensjahr. 28986
Dies zeigt selbstbetruht an
Marie Sorrer geb. Neumann nebst
Kindern und Enkelkindern.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 21. Februar, nachm.
4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des
Friedhofes St. Nikolai, Altdorf,
Hermannstraße, aus statt.

Zentral-Kranken- u. Begräbnis-
Kasse der Sattler und Berufs-
genossen Deutsch. „Hoffnung“.
E. H. Nr. 64 zu Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege
Otto Freier
am Sonntag, den 17. Februar,
verstorben ist.
Nähere Angaben über die Beer-
digung erfolgen in nächster
Nummer. 28956
Die Ortsverwaltung Berlin.

Dauftagung.
Für die herzliche Teilnahme und
vielen Kranzpenden bei der Beer-
digung meines lieben Vaters, unseres
guten Vaters sagen wir allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten
sowie der freien Vereinigung der
Männer Deutschlands, Ortsverein
Berlin, unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe Preß nebst Söhnen.

Dr. Schünemann,
Spezial-Arzt für
Haut- und Hautleiden,
Frauenkrankheiten. Zeit:
Friedrichstr. 203 Schützenstraße.
10-2, 5-7, Sonn. 10-12 Uhr.

Todes-Anzeige.
Hiermit die traurige Nachricht,
dass am 18. Februar, früh 3^{1/2} Uhr,
nach kurzem, aber schwerem Leiden
mein lieber Mann, der Steinträger
Adolf Silz
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet statt am
Mittwoch, den 21. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle der Dammhofs-Gemeinde
aus. — Dies zeigt selbstbetruht an
Die trauernde Witwe
Berta Silz geb. Fehrmann.

Verband der baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.
Bez. Rosenthaler Vorstand.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege
Adolf Silz
am 18. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Dammhofs-Kirchhofes
in Nordend aus statt. 33/2

Bezirk Süd-Ost.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
dass der Kollege
August Neufert
nach langem Leiden am 17. d.
Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Orly aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, dass mein lieber guter Mann,
der Bauarbeiter
August Neufert
nach jahrelangem Leiden am
17. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 21. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Orly aus statt. 29005
Um stille Teilnahme bittet
Die trauernde Witwe
Frau **Emma Neufert** nebst Tochter.

Todes-Anzeige.
Unsere lieben Freunde und
Bekanntem zur Nachricht, dass am
13. Februar unser lieber Bruder
und Schwager, der Klempner
Georg Hennig
und seine Ehefrau **Friederike**
geb. Holmann,
unsere liebe Schwester und
Schwägerin, an Kohlenoxyd-
vergiftung verstorben sind. 28976
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 3^{1/2} Uhr,
von der Leichenhalle des Damm-
hofes, Müllerstraße, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Klempner
Georg Hennig
am 15. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 20. Februar, nach-
mittags um 3^{1/2} Uhr, von der
Leichenhalle des Dammhofes,
Müllerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
119/19 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden
und Kollegen hiermit die traurige
Nachricht, dass mein lieber Mann,
der Stimmführer
Franz Krüger
nach kurzem Leiden im Alter von
58 Jahren sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bittet
28786
Minna Krüger.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Februar, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Kirchhofes,
Häufelbrunnweg, aus statt.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege, Müller
Franz Krüger
am 17. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. Februar, nach-
mittags um 3^{1/2} Uhr, von der
Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes
in Ostend, Häufelbrunnweg,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
80/18 Die Ortsverwaltung.

Bauhandwerker-Krankenkasse
Berlins u. Umgegend.
(Eingeschriebene Kasse Nr. 118.)
Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, in den Musikterfäden,
Kaiser Wilhelmstr. 19a:
Außerordentl. Generalversammlung
Tages-Ordnung: 38/3*
1. Bericht der Delegierten vom Hilfskassen-Kongress. 2. Innere Kassen-
angelegenheiten. Der Vorstand.
NB. Die Versammlung wird auf Beschluss der letzten Generalversamm-
lung einberufen, und erwartet der Vorstand zahlreiche Besuch.
Mitgliedsbuch legitimiert. D. D.

Marmorarbeiter
Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 21. Februar, im Englischen Garten, Alexander-
straße 27c:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten von der Baukonferenz. 2. Wahl des Dele-
gierten zum Verbandstage. 3. Verschiedenes. 172/7
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Bureau: Liniestr. 215. Geöffnet von 8-1 u. 4-8 Uhr. Tel.: Amt 3, 608.
Donnerstag, den 22. Februar, abends 8^{1/2} Uhr:
Bezirks-Versammlungen.
für Norden:
bei Mothes, Guffenstr. 40.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Baeger: „Die Ab-
stammung des Menschen.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
für Moabit:
bei Pielcke, Waldstr. 8.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Stripp: „Marx
Gott.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
für Süd-Ost:
Behrens, Waldstr. 95.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Breslauer: „Konsum-
genossenschaften.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
für Rixdorf:
bei Hennig, Riethestr. 69.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Gertin über: „Die Kirche
im Dienste des Kapitalismus.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
für Ober-Schöneeweide:
bei Kaufhold, Wilhelmstr. 18.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hildebrandt über: „Arbeit
und Lebensfreude.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Ver-
schiedenes.
NB. Wir ersuchen die Kollegen, möglichst ihre Frauen zu den vor-
stehenden Versammlungen mitzubringen.
64/6 Die Bezirksleitungen.

Heute letzter Tag
der
Bon-Ausgabe
für das
Preis-Ausschreiben
bei
Greifenhagen.

Das älteste
Rester-Geschäft
des S.-O. von
Wilhelm Mühlbach
empfiehlt zur bevorstehenden Ein-
segnung Reste von schwarzen
Kleiderstoffen, Plüsch etc., sowie
zur Kinderkonfektion
zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger
Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Hühner,
garantiert fleißige
Leger
Zucht-Puten,
Tauben, Enten
reell und billig.
F. Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34.
bill. Kleiderstoff, Plüsch
spind, Bettstellen, Kü-
cheltisch, Truemeau, Plüschsofa, Stühle,
Chaiselongue, Leppis, Portieren,
Luffet, Garnitur, zwei geschmückte
Schränke verkauft **Willy Gosemann,**
Neue Königstraße 20, dicht am
Alexanderplatz. 287/17*

Bordes Vereins-Säle
Neue König-Straße 7. 55822*
Häuserverbindungen nach allen Stadtteilen. — empfehle meine Säle
für Versammlungen, Gewerkschaftsitzungen und für Vereinsfeiern.
Anlässe Bedienung. **Adolf Bordes.**

Wirtshaus Schloß Woltersdorf
(nicht Schloß) direkt an Chaussee und Hakensee, für die bevorstehende
Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Familien zu Dampferpartien
und Ausflügen per Bahn, Fuhrtouren usw. angelegentlich empfohlen. Stelle
mein Lokal auch Sonntags u. an den Festtagen zu Vereinsfeiern
zur Verfügung. **Friedr. Saewert,** Am Erkner No. 49.
65*

Achtung! Sozialdemokratischer **Achtung!** Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 20. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

5 große Versammlungen:

1. Im Lokal **Grammaru**, Naunynstr. 27 (Görlitzer Viertel).
2. " " **Drachenburg**, Vor dem Schles. Tor 1/2.
3. " " **P. Litfin**, Memelerstr. 67.
4. " " **Glyfium**, Landsberger Allee 40.
5. " " **Boeker**, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Die Wahlrechtsfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Referenten sind die Genossen:

Eugen Brückner, Ernst Brückner, O. Büchner, P. Litfin, K. Wünsche.

Zahlreichen Besuch erwartet. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Polsterer! Kleber!

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Drüsel, Neue Friedrichstraße 35:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ritter. 2. Die Preiserhöhungen des Kleber-Tarifs vom 1. März d. J. 3. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsverband der Kleber-Industrie. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Donnerstag, den 22. Februar 1906, abends 8 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung.

Fortsetzung der Tagesordnung der General-Versammlung vom 16. Februar 1906. Um rege Beteiligung an der Versammlung ersucht. Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17 (großer Saal).

Mitglieder = Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen. Der Filialvorstand.

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin III (Straßenbahner).

Bureau: Engel-Ufer 21, I. - Geschäft von 10-1 Uhr vorm., 4-7 nachm. - Telefon: Amt 4, Nr. 9380.

Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23:

Große Protest-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen wir uns zu der Maßregelung der Vertrauensmänner? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent: Kollege Rothmann. Es ist Ehrenpflicht aller im Bereiche der Großen Berliner Straßenbahn Beschäftigten in Massen zu dieser Versammlung zu erscheinen und gewaltigen Protest einzulegen gegen die rigorosen Maßnahmen der Direktion. Die Ortsverwaltung III (Straßenbahner).

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Baudeputierten-Versammlung.

Tages-Ordnung: Siehe Inserat im „Bauhilfsarbeiter“. Sorge jeder dafür, daß seine Arbeitsstätte vertreten ist.

Achtung! Achtung!

Träger und Hilfsarbeiter in Decken-Baugeschäften.

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Augustin, Oranienstraße 103:

Versammlung aller in Decken-Baugeschäften beschäftigten Träger u. Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW.

II. Wahlkreis.

Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokale des Herrn Gosmann, Kreuzbergstraße 48.

Tages-Ordnung:

1. „Die Entwicklung der Sozialpolitik im Reich.“

Referent: Reichstagsabgeordneter **Stücklen.**

2. Diskussion.

Frauen haben Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Für Königs-Wusterhausen und Umgeg. Mitglieder = Versammlung

Mittwoch, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Lange, Berlinstr. 31.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Unseren Mitgliedern vom Bedding und Gesundheitsfragen zur Nachricht, daß die Bibliothek sich bei F. A. H. Row, Radebrunnstraße 6 befindet. Die Ausgabe der Bibliotheksbücher erfolgt jeden Dienstag, abends von 8 bis 9 Uhr.

Zur Beachtung!

Alle Vertrauensleute, welche von dem bisherigen Bezirkskassierer A. Klement, Rixdorf, Steinmehstr. 97 wohnhaft, Material entnommen haben, ersuchen wir, sich zwecks Nachprüfung und Feststellung mit den noch in ihrem Besitz befindlichen Beitragsmarken und Kassenbuch am Mittwoch, den 21. Februar, abends 7 Uhr, in unserem Bureau, Engel-Ufer 15, 1 Tr., Zimmer 2 einzufinden. Um pünktliches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

Franken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins

(E. S. Nr. 88).

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstraße No. 11:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung. 2. Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses. 3. Bericht von dem Kongreß der eingetragenen Hilfskassen Deutschlands.

Der Vorstand. Karl Vitzth, Vorsitzender.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin I.

Mittwoch, 21. Februar, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Angelegenheiten der hiesigen Innung. 2. Die Delegiertenwahlen zum Verbandstage. 3. Bericht von der Konferenz in Stuttgart. 4. Verschiedenes.

In dieser Versammlung darf kein Kollege fehlen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

172/6*

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Störmer über: Christliche und sozialistische Weltanschauung.

80/17

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zur Beachtung!

Der Jahresbericht wird an die Werkstattvertrauensmänner gegen Vorzeigung ihrer Karte auf dem Verbandsbureau (Bibliothekszimmer) ausgegeben.

Am Freitag findet in der Brauerei Friedrichshain die Generalversammlung statt.

Salonmöbel-Tischler.

Mittwoch, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Gehäusen, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung

aller in der Salonmöbel-Branche beschäftigten Tischler.

Tages-Ordnung:

1. Wie gestalten sich unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird zahlreicher Besuch erwartet.

Donnerstag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Fr. Kubat, Blumenstr. 38:

Branchen-Versammlung

aller auf Näh- und Damenschreibtische arbeitenden Kollegen.

Tages-Ordnung: Wie können wir unsere Lage verbessern.

Es ist Pflicht jedes Kollegen der Branche zu erscheinen.

Die Kommission. J. R. Engel, Krautstr. 3.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnapftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Orts-Krankenkasse

ber **Gelb- u. Zinngießer.**

General-Versammlung

der Vertreter für die Mitglieder dieser Kasse findet am Mittwoch, den 28. Februar 1906, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wollschläger, Waldverstr. 21 statt, wozu die Vertreter der Arbeitnehmers hiermit eingeladen sind. 28790

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Protokolle. 2. Vorlage und Abnahme der Jahresrechnung pro 1905. 3. Bericht des Rechnungsausschusses und Budgetvorstellung. 4. Antrag auf Abänderung des § 50 Abs. 2 Satz 2 und § 64 des Statuts. 5. Verschiedenes.

Berlin, den 19. Februar 1906.

Der Vorstand.

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Perlen-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Luftkissen, Ostereier, etc. werden fein u. preiswert geliefert.

Selowsky's „Bolero“ feinste 2 Pfg.-Zigarette. Gesetzlich geschützt! Nur Handarbeit!

Richtig Deutsch

Sprechen und Schreiben erlernen Sie ungemein und spielend leicht für den Preis von nur 5 M. durch den brieflichen Unterricht der

Handelwissenschaft, Fachblatt für Kontor und Bureau, Berlin, Pringelstr. 26. Probeblatt gegen 50 M. Briefmarken. 90/5*

Inventur-Extrapreis! Eine große Diwandecken auf beiden Seiten benutzbar Mk. 4,35 (Wert 6,75) Buntpersische doppelseitige Diwandecken Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 M.) Bunte Moquet-Plüsch-Diwandecken Größe 150/300 cm 28,50 (Wert 33 M.) Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin Oranienstr. 158. Nach auswärts per Nachnahme. Inventur-Extralist gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. und franko.



Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17. 1933.

Nr. 42. Dienstag, den 20. Februar 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelleile 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! In Staaten bei Spandau steht das Lokal von S. Kopp der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden hiermit nochmals besonders auf die heute abend im Volkshaus, Rosinenstr. 8, stattfindende Mitgliederversammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht und ersucht, für zahlreichen Besuch Sorge zu sorgen.

Reinickendorf-West. Am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Otto, Berlinerstr. 13, ab.

Auf der Tagesordnung steht: Vortrag des Genossen Vold über „Glaube, Aberglaube, Denken und Wissen“. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.

In Biesenthal (Kreis Oberbarnim) fand am Sonntag eine Volksversammlung statt, in der Genosse Bruns-Berlin einen Vortrag hielt: Was wollen die Sozialdemokraten? Die Versammlung war gut besucht. — In einer sich anschließenden Mitgliederversammlung des neugegründeten Wahlvereins konnte festgestellt werden, daß bereits 80 Mitglieder dem Verein angehören. Zweifellos ein gutes Resultat, das der eifrigen Tätigkeit unserer dortigen Genossen zu danken ist.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Weistand ist die neue Faktion „Unabhängige Vereinigung“ ist, geht schon daraus hervor, daß zum Vorsitzenden dieser Allernstlichen der Rechtsanwalt Glosnap und der Stadtverordnete Schneider zum Geschäftsführer gewählt wurde. Sogar ein Programm haben sich diese Leute zugelegt. Man will die städtischen Interessen uneigennützig, sachkundig und mit Energie nach allen Seiten vertreten, als ob die Uneigennützigkeit und die Sachkunde dadurch erreicht würde, wenn man sie auf Papier schreibt. Sie will ferner den Magistrat bei der Wahrnehmung städtischer Interessen sowohl gegen alle Einflüsse, die die Selbstverwaltung beschränken können, als auch insbesondere gegen Einflüsse einzelner Interessengruppen unterstützen. Wie stolz das klingt und doch mit einem anderen „Programm“ im streiten Widerspruch steht, denn es heißt da:

„Die Erschließung des sogenannten Südgeländes soll das Ziel verfolgen, einen Stadtteil mit möglichst feuerkräftigen Bürgern entstehen zu lassen. Für die Errichtung einer genügenden Anzahl von Gemeindefschulen und die zeitgemäße Ausgestaltung des Mittelschul- und des höheren Schulwesens soll Sorge getragen werden.“

In dem ganzen „Programm“ ist kein Wort enthalten über die soziale Fürsorge der Kommune für die unbemittelte Bevölkerung. Natürlich hat man dazu auch gar keine Neigung, weil man die ganze Aufmerksamkeit darauf verwenden muß, möglichst feuerkräftige Bürger heranzuziehen und gleich einen ganzen Stadtteil damit auszustaffieren. Das bringt doch den „uneigennütigen“ Grund- und Hausbesitzern noch etwas ein. Es bleibt eben dabei, die Wahrung der Interessen der nichtbesitzenden Klasse ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Das drohligste an dem „Programm“ ist die Bestimmung, daß nur Anhänger der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen sind von dem Beitritt zu dieser „unabhängigen Vereinigung“. Das hätten sich die Wähler sparen können. Sozialdemokraten würden es als Beleidigung betrachten, sie zum Beitritt einer solchen illustren Gesellschaft zu erziehen, denn es hieße ihnen nichts mehr und nichts weniger zuzumuten, als sich zum Handlanger von Interessen der Haus- und Grundbesitzer zu machen.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Die Gesellschaft Normalzeit zu Berlin hat die Absicht, ihren Geschäftsbetrieb auf Reinickendorf auszudehnen und ersucht um die Genehmigung zur Legung von Abakeln im hiesigen Gemeindefest. Die Verammlung stimmt dem Antrage zu. Für den Allgemeinen deutschen Schulverein werden 100 Mark als Beihilfe bewilligt. Auf Antrag der Boden-Aktien-Gesellschaft Berlin-Nord erteilt die Vertretung die Genehmigung zur Anlage neuer Straßen zwischen dem alten Dorf und Berlin-Weidling unter den üblichen Bedingungen. Da durch den neuen Postort, welcher im März cr. in Kraft tritt, das Steinmaterial bedeutend verteuert wird, so sollen die Straßen asphaltiert werden. Als Äquivalent überläßt die Gesellschaft Berlin-Nord der Gemeinde unentgeltlich ein Schulgrundstück. Ein circa 100 Morgen großer Randkomplex wird hierdurch wiederum der Bebauung erschlossen. Die Arbeiten und Befestigungen zur Neupflasterung der Dramenburger Chaussee sind auf dem Submissionswege ausgeschrieben worden. Die Angebote der Unternehmer differieren sehr stark. Das geringste Angebot beträgt 145 000 M., das höchste Angebot 220 000 M. Unsere Genossen beantragten, nur an solche Firmen die Arbeiten zu vergeben, welche die tariflichen und von der Gewerkschaft anerkannten Löhne zahlen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und dem Gemeindevorstand die weitere Erledigung überwiesen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung beantragt der Amtsvorsteher, eine Verordnung zu erlassen, welche die Errichtung von Schanstätten von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig mache. Der Antrag schilderte lebhaft die Folgen des Alkoholismus und wie jetzt in Reinickendorf die Anheben die Pilze aus der Erde schossen; es müßte aber nichts, der Antrag wurde von allen Vertretern abgelehnt.

Charlottenburg.

In der Vereinigung der Arbeiter, Ladierer und Antreiber hielt am 12. Februar der Kollege Alch-Berlin einen interessanten Vortrag über die geschichtliche Entwicklung der Krankenfürsorge, wobei Redner den neuesten sich gegen die Hilfslosen wendenden Regierungenwandel einer gebührenden Kritik unterzog. Weber die Tätigkeit der Charlottenburger Gewerkschaftskommission berichtete Flemming. Er wies auf das erfreuliche Anwachsen der Mitgliederzahl hin und besprach die damit verbundenen außerordentlichen Arbeiten der Kommission, namentlich das Gebiet der Wahlen. Auch das Sekretariat erziehe sich einer großen Verantwortung durch die Arbeiterschaft, so daß man bei weiterem Fortschreiten an die Anstellung einer besoldeten Kraft denken müsse. In der Diskussion über den Bericht wurde eine bessere Regelung der Bibliotheksverhältnisse gewünscht. Unter Verchiedenes wurde über die Vertretungsentwässerung

debattiert, die in Anbetracht der Tarifbewegung dringend notwendig sei. — Dem Bezirksleiter, Kollegen Flemming, wurde von einer Seite erklärt, da er nicht mehr im Verufe tätig sei, könne er nicht mehr so wirken, wie gewünscht werde, namentlich im Hinblick auf die voraussichtlich kommende Streikbewegung. Von anderen Rednern wurde die lange ansehnliche Tätigkeit des Kollegen Flemming für die Organisation lobend hervorgehoben und beartige Angriffe entschieden zurückgewiesen. Flemming betonte, daß er aus den gesprochenen Debatten seine Konsequenzen ziehen wolle. — Auf die am Donnerstag, den 22. Februar, stattfindende Generalversammlung in Berlin, in der die Wahl des Präsidialvorstandes vorgenommen werden soll, wurde noch besonders aufmerksam gemacht. In allernächster Zeit findet eine Vorkontrolle statt und werden die Versammelten ersucht, alle an sie gestellten Fragen gewissenhaft zu beantworten. — Das Andenken der verstorbenen Mitglieder Scheller und Kieberg wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Rixdorf.

Wahlung, Gewerbegerichtswahlen! Für das Gewerbegericht in Rixdorf finden Ende März die Wahlen der Richter statt, und zwar für die Arbeitnehmer am Sonntag, den 25. März, und für die Arbeitgeber am Montag, den 26. März. Für die Arbeitgeber sind Wählerlisten aufgestellt worden. Diese liegen vom 17. bis 26. Februar 1906, wochentäglich von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags im städtischen Gewerbebüro, Berlinerstraße 40/50, 2 Treppen, Zimmer 14, zu jedermanns Einsicht offen.

Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten müssen spätestens binnen drei Tagen nach beendeter Auslegung bei dem Magistrat angebracht und durch Vorlage entsprechender Bescheinigung begründet werden.

Als Arbeitgeber im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, die mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Den Arbeitgebern stehen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt. Hausgewerbetreibende, die selbst mindestens zwei Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, gelten als Arbeitgeber, wenn sie ihren Gewerbebetrieb gemäß § 14 der Gewerbeordnung angemeldet haben.

Für die Arbeitnehmer sind Wählerlisten nicht aufgestellt. Es muß unsere Aufgabe sein, die Parteigenossen, die im Sinne des Gesetzes als Arbeitgeber gelten, zu veranlassen, daß sie sich von der Richtigkeit der Liste überzeugen. Hier wiegt jede Stimme doppelt schwer, eine Stimme kann unter Umständen den Ausschlag geben.

Treptow-Baumschulweg.

Montag nachmittag irrte in der Königsheide, unweit Baumschulweg, ein junges 20jähriges Mädchen aus Berlin umher, welches sich angeblich mit ihrem Oben verunreinigt haben sollte. In der Erregung beschloß sie nun, sich das Leben zu nehmen und trank Dofol. Ob andere Gründe sie zu diesem Schritt veranlaßten, ließ sich bisher noch nicht feststellen. Die Bedauernswerte wurde mittels Krankenwagens nach dem Dreyer Krankenhaus gebracht.

Zehlendorf.

Unsere Gegner sind schon tüchtig bei der Arbeit, um sich über die Verteilung der Mandate schlüssig zu machen. Die verschiedensten Interessengruppen finden sich zusammen, um „geeignete“ Leute als Kandidaten aufzustellen. In einer am 15. Februar in Schlachtensee stattgefundenen Versammlung des Ortsvereins, in der sich auch mehrere Mitglieder der Gemeindevertretung von Zehlendorf und ein Vertreter des Haus- und Grundbesitzervereins eingefunden hatten, wurde auch über die Befragung der dritten Wählerklasse verhandelt. Ein Herr Dr. Weill meinte, der bisherige Vertreter dieser Klasse, Herr Hammer, sei niemals für die Interessen Schlachtensees eingetreten. Herr Hammer sei kurz vor seiner Wahl zum Abgeordneten des Landtages hier erschienen, um sein Programm zu entwikkeln. Ferner habe er sich nicht mehr Mühen lassen. Der Ortsverein habe schon keine Veranlassung, für die Wiederwahl des Herrn Hammer einzutreten. Herr Voigt äußerte, daß sich beide Vereine in Zehlendorf einstimmig für die Wiederwahl des Herrn Hammer ausgesprochen hätten. Wenn Herr Hammer nicht regelmäßig die Sitzungen der Gemeindevertretung besuchte, so sei das nicht auf einen Mangel an Interesse zurückzuführen, sondern darauf, daß er durch sein Mandat zum Abgeordnetenhaus außerordentlich stark in Anspruch genommen werde. Herr Rödes machte den Vorschlag, Herrn Hammer im hiesigen Zeile von Zehlendorf aufzustellen. Herr Kleinow wies darauf hin, daß Herr Dr. Breithaupt in nicht zu langer Zeit zum Schöffen gewählt worden dürfte und in seine Stelle Herr Amtsrichter haben gewählt werden könne; darauf wurde wieder der Vorschlag gemacht, Herrn Raben in der dritten und Herrn Hammer dann in der zweiten Klasse aufzustellen. Ein Einverständnis wurde nicht erzielt; man hofft aber, daß dies in einer am Montag stattfindenden Versammlung der Delegierten möglich sein wird.

Die Herren verteilten bereits die Beute, bevor sie dieselbe haben. An unseren Genossen wird es liegen, dieses Spiel zu vereiteln. Bei der Gemeindevahl im Jahre 1904 hatten wir im Gegensatz zu der im Jahre 1902 einen erheblichen Stimmenzuwachs für unsere Kandidaten zu verzeichnen. Wenn nun jeder wahlberechtigte Parteigenosse und Gewerkschaftler am Wahltag zur Stelle ist, muß uns der Sieg werden. Es darf nicht angehen, daß die Arbeiterschaft Zehlendorfs auch in Zukunft auf Gnade und Ungnade einer Gemeindevvertretung ausgeliefert wird, welche von jeder nur die Sonderinteressen der bestehenden Klasse wahrgenommen hat. Um nun mit dem nötigen Nachdruck den Wahlkampf zu eröffnen, findet in dem neu gewonnenen Lokal „Neues Gesellschaftshaus“, Inhaber A. Küter, Schlachtensee, Stiefstrichweg, am Dienstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Fritz Jubeil über Kommunalpolitik reden wird. Frauen willkommen. Genossen, sorgt für ein volles Haus!

Tempelhof.

Zu dem in der Sonnabendnummer enthaltenen Versammlungsbericht aus Tempelhof, in dem es heißt, daß der Referent Genosse Hofmann-Treptow nicht erschienen war, teilt uns dieser selbst mit, daß er erst zu Mittwoh, den 21. Februar, bestellt gewesen sei. Es muß demnach ein Versehen vorliegen.

Steglitz.

Die außerordentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins vom letzten Sonnabend stellte als Kandidaten zu den bevorstehenden Gemeindevahlen auf: für den

1. Bezirk die Genossen Ahmann und Richard Krug, für den 2. Bezirk ebenfalls Genossen Krug und Genossen Leimbach. Es wurde beschlossen, am Montag, den 26. Februar, eine öffentliche Wählerversammlung abzuhalten, in welcher der Kandidat Genosse Ahmann referieren wird. Als Delegierte zur nächsten Kreisversammlung wurden die Genossen Paul Mohr, Krug und Wilh. Schmidt gewählt. 30 Genossen hatten sich zur Aufnahme in den Wahlverein gemeldet. 19 wurden aufgenommen; 20 waren nicht anwesend, deren Aufnahme wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt. — Zur Vorbereitung des zweiten Kunstabend wurde ein Komitee von fünf Genossen gewählt.

Im Versammlungsbericht in Nr. 40 des „Vorwärts“ war infolge eines Druckerfehlers der Rektor Heinke als Bekämpfer des Lehrlingsvereins genannt. Es handelt sich jedoch um den Leiter der Fortbildungsschule, den Rektor Steinte von der 8. Gemeindefschule (Fischstraße).

Wilmerdorf.

Ueber den Rückschritt Preußens und die Zukunft Deutschlands redete der Reichstagsabgeordnete v. Gerlach in einer von dem liberalen Wahlverein des Kreises Teltow nach den Epidemien-Eilen einderufenen Volksversammlung, zu der sich auch eine Anzahl Parteigenossen eingefunden hatten. In der Diskussion beteiligte sich von unserer Seite Genosse Dr. Vorkardt, der unter großem Beifall die Unguverlässigkeit der Liberalen scharf geißelte; ihm schloß sich Genosse Grünberg an, der darlegte, daß der Freisinn immer mit der Reaktion geht, wenn es darauf ankommt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Rummelsburg.

In Rummelsburg fand am 12. Februar in Weigels Saal eine zahlreich, auch von Frauen, besuchte Volksversammlung statt, in welcher die Gemeindevorteiler der dritten Wählerabteilung, die Genossen Otto John, Gustav Tempel und Theodor Ritter, über ihre Tätigkeit im Dorparlament Bericht erstatteten. Zunächst kritisierte Genosse John an der Hand der Wählerberechtigten in den Abteilungen und unter Hinweis auf das Hausbesitzerprivileg den Klassencharakter des Gemeindefestgesetzes. Die Behandlung der Schulfrage beweise, daß für die Kinder der arbeitenden Bevölkerung wenig gesorgt wird. Ein Gymnasium zu bauen wurde mit der „Begründung“ beschlossen, daß selbe entlaste die Gemeindefschule, fördere den Zugang gutsituiierter Familien und erhalte sich selbst. Doch beansprucht, trotz dem Vorschlag, der Bau allein 500 000 M. Kapital — 40 000 M. jährlicher Zinsen aus der Gemeindefkasse, ohne Lehrgeschälter und Unterhaltungskosten. Für die zu bauende höhere Mädchenschule sind 350 000 M. veranschlagt. Wenn die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler diesen allen zugestimmt hätten, so in der Erkenntnis und Wertschätzung höherer Bildung, sie verlangen aber auch bessere Veranschlagung der Gemeindefschulen. Die obligatorische Lieferung freier Lehrmittel wurde als „eine zukunftsaussichtige Forderung“ von den bürgerlichen Vertretern rundweg abgelehnt, ebenso die Errichtung von Trauungsbänken in den Gemeindefschulen; auf Antrag unserer Genossen wurden aber drei Schulärzte angestellt. Die Straßenreinigung ist in Gemeindefest übergegangen und sind die Verhältnisse im Vergleich zu früher bessere geworden. Die Lohnsätze der Gemeindevorteiler sind auf unseren Antrag wenigstens in etwas erhöht worden. Bisher ist es aber unseren Genossen noch nicht gelungen, einen Schmidt resp. Erholungsplatz, besonders für die Frauen und Kinder, zu schaffen, zu welchem sich der Platz zwischen „Wellen“ und Lehmanns Fabrik, am Spreerfer gelegen, sehr gut eignen würde. Genosse Tempel beleuchtete besonders die Verkehrsverhältnisse. Nach Darstellung der von den diversen Haus- und Grundbesitzervereinen protegierten Projekte einzelner Baugesellschaften für elektrische Bahnen, zu denen die Gemeindefest die nötigen Zuschüsse leisten sollte, die Hausbesitzer aber den Vorteil durch höhere Mieten haben würden, gab er die nahe Möglichkeit bekannt, daß eine Automobillinie Berlin-Vorhagen-Rummelsburg errichtet werden soll, und zwar in Regie der Gemeinde Rummelsburg. Herr Ritter behandelte vornehmlich die empfehlenswerten Zuwachssteuer. Bei den hohen Aufgaben der Gemeinde sei es vor allem nötig, auch den Besitz mehr als bisher zu den Steuerlasten heranzuziehen. Die Haus- und Grundbesitzer, deren Grund- und Bodenbestand durch die allgemeine Hebung des Ortes ohne Zutun derselben bedeutend im Werte steigt, müssen für diese Wertsteigerung besteuert werden. Die Grund- und Bodenspekulanten u. a. in Vorhagen haben Millionen eingestekt und sind dahingegangen, ohne für die Allgemeinheit in der Gemeinde etwas zu tun. Den sozialdemokratischen Gemeindevorteilern bleibt noch sehr viel für die arbeitende Bevölkerung zu tun übrig. Genosse Berger appelliert an die Gemeindevorteiler, bei der im Frühjahr bevorstehenden Neuwahl nur für solche Kandidaten einzutreten, welche die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Spandau.

Die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung goli dem Etat. Der Hauptetat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 4 296 140 M., 1 557 400 M. mehr wie im Vorjahre. Es entfallen auf die ordentliche Verwaltung 4 135 000 M. (+ 1 057 400 M.), auf die außerordentliche Verwaltung 151 140 M. (— 100 000 M.), der durch Steuern aufzubringende Finanzbedarf beträgt 1 469 000 M. Es werden aufgebracht durch die Biersteuern 56 000 M., durch die Hundesteuern 16 500 M., durch die Luftbarkeitssteuern 12 500 M., durch die Umsatzsteuern 120 000 M., durch die Betriebssteuern 7000 Mark und durch 100 Proz. Zuschlag zur Viehsteuern 7000 M., zusammen 219 000 M. Weiden zu bedeu 1 350 000 M. durch 180 Proz. zur Staatseinkommensteuer, 230 Proz. zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, 220 Proz. Zuschlag zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer. Gemeinde-Einkommensteuern werden aufgebracht: von Einkommen untere 600 M., 19 000 M., von Einkommen über 900—3000 M. 225 000 M., von Einkommen über 3000 M. 152 000 M., von Jarenfen 24 000 M., von der Eisenbahn 16 600 M. Die Staatskommission hatte beantragt, die Zuschläge zur Betriebssteuer von 100 auf 50 Proz. herabzusetzen. Der Antrag wurde angenommen. Der dadurch entstehende Ausfall von 8500 M. soll bei der Gasanstalt mehr eingelegt werden. Für Verbesserung der Beamtengehälter ist eine Summe von 35 000 M. in Ansoh gebracht, für die Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter sieht leider nichts im Etat. In der Debatte versuchte der Verbandsvorsitzende der Grundbesitzervereine, Dr. Baumert, die Grundsteuer etwas herabzubrüden, indem er beantragte, die Zuschläge zu dieser Steuer von 230 auf 225 Proz. zu ermäßigen und die Zuschläge zur Gewerbesteuer von 220 auf 225 Proz. zu erhöhen. Der Antrag wurde abgelehnt und der Etat in der genannten Höhe festgesetzt. In die gemischten Kommissionen für die Sachverhalte u. a. Personanierung der Nachbargemeinden zu den Kommunalsteuern, 2. Ge-

Haltregulierung der Lehrer und Beamten werden unter anderem die Genossen Hornig und Piel gewählt. Bei Beratung der Vorlage zur Aufnahme einer Hilfskraft für die Ausarbeitung eines Planes der 2. Gemeindefschule ersuchte Genosse Piel, die schon wiederholt von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Einrichtung eines Brausebades nicht zu vergessen. Der Stadtbaurat Paul verwies unseren Genossen Piel an die Schuldeputation, denn er allein halte sich nicht für berechtigt, die Anlage eines Brausebades in den Plan eines Schulbaues aufzunehmen; überdies ließen sich gegen die Anlage von Schulbrausebädern mancherlei Einwendungen erheben. Da in der Schuldeputation unsere Genossen nicht vertreten sind, wird die Brausebadeinrichtung wohl noch lange auf sich warten lassen, wenn es unseren Genossen nicht gelingt, durch unermüdete Wiederholung dieser Forderung auch die Ansicht der bürgerlichen Stadtverordneten zu ändern. Zur Unterstützung der notleidenden Deutschen Kaufleute wurden vom Magistrat 300 M. gefordert. Der konservative Stadtv. Dr. Baumert beantragte 500 M., und der konservative Stadtv. Regierungsbaumeister Bender erhöhte die Forderung auf 600 M. Der bei den letzten Wahlen von einem Teil der Wähler der 3. Abteilung gewählte „Arbeitervertreter“ Stadtv. Schmidt II, der sich wohl von dem Verdacht reinigen wollte, ein Trotz zu sein, hatte gegen die Vorlage nichts einzuwenden, sprach aber die Befürchtung aus, daß das Geld in revolutionäre Hände kommen könnte. Diese den Kauf- Arbeitervertreter so recht kennzeichnende Befürchtung veranlaßte unseren Genossen Stadtv. Schmidt I zu der Frage, in welchen Kreisen sich denn in Kaufland die Notleidenden befinden, ob es nicht gerade die Kreise sind, die sich jetzt in Kaufland im Aufstieg befinden? Die deutschen Festiger in Kaufland, die baltischen Junker, befänden sich doch nicht in Not. Er verlangte, daß das Geld entweder den Witwen und Waisen der durch Bärenschergen gemordeten Revolutionäre zur Verfügung gestellt werde oder daß man überhaupt nichts gewähren solle. Damit hatte Genosse Schmidt I aber ins Wespennest gestochen. Wie eine wilde Reute fielen die deutschen aller Deutschen, die Stadtverordneten konservativer Richtung Baumert, Böhde und Bender über ihn her und präsentierten sich als die einzigen, die ihr Vaterland oder die Liebe dazu in Erbpacht genommen hätten. Unsere Genossen ließen sich aber durch diese Vaterlandsdeutschen in keiner Weise einschüchtern und parierten tapfer die Angriffe. Die übrigen Vorlagen waren von geringer Bedeutung.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 13. d. M. in dem seit kurzer Zeit freigegebenen Lokal „Fürstenthor“, Seegeselderstraße, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab der Genosse Goll. In der Diskussion erklärte sich der Genosse Reicheholz mit dem Verlauf der Kreisgeneralversammlung einverstanden, stellte aber die Frage an den hiesigen Vorstand, ob Schritte unternommen worden seien, seinen, den Spandauer Antrag, der sich auf die Presse bezieht, zu beschleunigen. Der Vorsitzende Genosse Piefer teilte mit, daß ihm nichts bekannt sei. Wenn von den Spandauer Genossen nicht der nötige Druck dahinter gemacht würde, so glaube er kaum, daß der Zentralvorstand etwas tun würde. Eine Geschäftsordnung wurde beschlossen, damit sich die Genossen an eine parlamentarische Behandlung der Geschäfte gewöhnen. Unter „Verbindliches“ regte Genosse Piefer die Kaiserfeier an. Einige Bezirke hätten sich schon damit befaßt; er empfehle ein Komitee zu wählen. Genosse Reicheholz warnte, Genossen ins Komitee zu wählen, die schließlich am 1. Mai arbeiten, dies sei im vorigen Jahre vorgekommen. Genosse Tromppler beantragte, mit dem Gewerkschaftsfortschritt in Verbindung zu treten, damit eine einheitliche Kaiserfeier zustande komme. Diefem Antrage wurde stattgegeben. Weiter beschloß die Versammlung, am Karfreitag eine Fuhpartie zu machen. Mit dem Arrangement wurde eine dreigliedrige Kommission betraut. Genosse Tromppler teilte mit, daß der Genosse Kopp-Steppen sein Lokal der Partei entzogen habe. Zum Schluß unterzog der Genosse Piefer die Beurteilung des Genossen Heinig von der „Leipziger Volkszeitung“ einer herben Kritik. Die Versammelten beendeten durch Ausschreiben von ihren Plätzen dem Genossen Heinig ihre wärmste Sympathie.

Berliner Nachrichten.

Ein Wohlthätigkeitsstandälchen

hat sich in unserer Haupt- und Residenzstadt zugetragen. In Spekulation darauf, daß sich in den besseren Gesellschaftsklassen immer Leute finden, die Geld und Zeit haben, etwas für patriotische Zwecke zu tun, hatte sich ein sogenanntes Komitee gefunden, das die Silberhochzeit des Kaiserpaars für „wohlthätige Zwecke“ benutzen wollte. Es sollte ein „Silberfest“ veranstaltet werden, und damit die Geschichte nach etwas ausbleibt, wurden die Räume des Neuen Operntheaters bei Kroll ausgewählt. Auf feinstem Papier werden Einladungen hergestellt und versandt, die in Silberdruck am Kopfe die Krone tragen und zu einem Silberfest am Dienstag, den 20. Februar, also zu heute, einladen. In diesen Einladungen heißt es: „Das Arrangement ist folgendermaßen gedacht: Alle Räume des Neuen königlichen Opern-Theaters sind ausschließlich in Weiß und Silber decoriert. Die Damen werden gebeten, die Toiletten ausschließlich in Weiß und Silber zu wählen oder sich mit Silber zu schmücken und sämtliche Festteilnehmer erscheinen geschmückt mit einem silbernen Zweig, welcher am Eingang des Saales für Damen und Herren bereit gehalten wird, so daß das Fest den Namen „Silberfest“ mit Recht führen darf.“

Das mag für viele, die Abwechslung lieben, recht bestechend klingen. Das Programm soll ein sehr reichhaltiges sein. Hervorragende Kräfte sollen ihre Mitwirkung zugesagt haben, so das gesamte Philharmonische Orchester unter persönlicher Leitung des Professors Siegfried Ochs, Herr Professor Joachim, Fel. Destinn, Ludwig Barnay, Robert v. Mendelssohn und andere Solokräfte. Die Preise der Plätze sind auf 50, 30, 20 und 10 Mark festgesetzt. Das Souper kostet 6 Mark. Zum Schluß wird bemerkt: „Der Ertrag wird seiner Majestät dem deutschen Kaiser mit der Bitte überreicht, denselben für die Zwecke der deutschen Flotte verwenden zu wollen.“ Die hübsch ausgestatteten Einladungen wurden nun an die Adressen der gutsitulierten Gesellschaft verpackt und auch in der Presse für die nötige Resonanz gesorgt, sogar unserem Blatt ging eine derartige Einladung zu, die wir aber hübsch säuberlich verwahren und nun ganz gut gebrauchen können. Alles war prompt vorbereitet, eine Vorfeier hatte schon am 13. Februar im Hotel Bristol stattgefunden, wo das Souper die Kleinigkeit von 15 M. kosten sollte. Jetzt stellt sich zur allgemeinen Ueberraschung heraus, daß die Namen der Mitwirkenden fungiert gewesen sind. In der Presse erklärt Herr Siegfried Ochs, der Leiter des Philharmonischen Orchesters, daß er keineswegs seine Mitwirkung zugesagt habe. Die gleiche Erklärung gaben ab die Herren Joachim, Robert v. Mendelssohn, Herr Krauß, Fel. Destinn, Professor Grünfeld und Ludwig Barnay, der vorgelesen war, den Prolog zu sprechen, sie wissen alle von nichts. Auf den an die Presse verschickten Reklametzettel stand zu lesen: „Anmeldungen werden erbeten an das Komitee des Silberfestes W. 64, Unter den Linden 5-6, Hotel Bristol.“ Die Reichsbankhauptkasse ist von dem Präsidenten noch angewiesen, Spenden entgegenzunehmen. Dergleichen hat sich die Diskontogesellschaft, Depositenkasse,

Unter den Linden 85 parterre, hierzu bereit erklärt.“ Hierzu schreibt dem „Berliner Tageblatt“ die Hotelbetriebskassen-Gesellschaft:

Wir bitten Sie, gütigst davon Kenntnis zu nehmen und auch vielleicht Ihre Leser durch eine Notiz davon zu benachrichtigen, daß das Hotel Bristol mit der Angelegenheit nicht im geringsten zu tun hat, und der Name unseres Hotels ohne jede Genehmigung erwähnt worden ist.

Ebenso wenig weiß die Reichsbank und die Diskontogesellschaft von der Sache. Ein Herr Krauß, „Direktor und Verlagsbuchhändler“, der bei derartigen Festivitäten fast ständig seine Hand im Spiele hat, erklärt, daß ohne sein Wissen und seinen Willen sein Name unter die Einladungen zu dem Silberfest gesetzt worden sei. Ein Rechtsanwalt Duderus, der einige an die Presse in dieser Sache gerichtete Zuschriften unterzeichnet hat, ist niemand bekannt.

Wer nun eigentlich hinter dieser ganzen Geschichte steckt, ist bis jetzt noch nicht bekannt, uns soll es auch gleichgültig sein; jedenfalls war die Spekulation auf den Patriotismus der besseren Gesellschaft keine üble; daß sie in diesem Falle so jämmerlich Schiffbruch litt, ist eben Pech. Die „Geschäfts-unternehmer“ werden es in Zukunft etwas geschickter anfangen.

Eine schwere Baukatastrophe

bei welcher vier Personen schwer und teilweise lebensgefährlich verletzt wurden, hat sich gestern morgen gegen 11 Uhr in der städtischen Heimstätte Buch ereignet. Auf dem dortigen Terrain ist zurzeit ein Neubau für ein Hospital in der Entstehung begriffen. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache brach gestern morgen plötzlich das Gerüst des Gebäudes ein und begrub vier Arbeiter unter den einfallenden Trümmern. Aus Berlin wurden sofort mehrere Krankentransportwagen herbeigeordert, welche die Schwerverletzten in Krankenhäusern unterbrachten. Einer der Arbeiter hat so schwere Verletzungen erlitten, daß er dem Leben wohl kaum erhalten bleiben dürfte. Ob bei den übrigen Verunglückten Lebensgefahr vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Zu der Baukatastrophe in der Heimstätte in Buch wird uns noch folgendes berichtet. Die Ursache des Gerüststurzes ist jedenfalls auf allzu starke Belastung zurückzuführen. Beim Aufwinden von eisernen Trägern brach plötzlich der Aufzugsstrahl und darauf folgte der Einsturz. Aus einer Höhe von etwa 10 Metern stürzten die vier Arbeiter mit dem Gerüst in die Tiefe hinab. Die Verletzten sind um so gefährlicher, als sie von herabsitzenden Eisenteilen herabfielen. Dem Schlosser Wilhelm Michaeis, Gargardstr. 78 wohnhaft, wurde der Brustkorb vollständig eingedrückt. Es ist kaum Hoffnung vorhanden, M. am Leben zu erhalten. Die Arbeiter Wilhelm Krause, Hausburgstr. 15 wohnhaft und Karl Vahge aus Schöneberg sowie der Zimmererpolier Sorgenfrei, Grünbergerstr. 14 zu Kummelsburg wohnhaft, hatten teils Arms- und Beinbrüche, teils innere Verletzungen davongetragen. Alle vier Verunglückten sind in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert worden.

Leere Särge! Bei Beerdigungen erlebt man in Berlin immer wieder die merkwürdigsten Dinge. Daß mal ein paar Leichen mit einander verwechselt werden, das kann in einer Großstadt mit ihren riesigen Krankenhäusern und riesigen Kirchhöfen vielleicht noch begreiflich erscheinen. Daß aber gelegentlich aus Versehen ein Sarg ohne Leiche nach dem Friedhof hinausgebracht wird, das dürfte mancher denn doch nicht glauben wollen.

Aus dem Hedwigs-Krankenhaus wird ein solcher Fall bekannt. Auf dem Kirchhof der Elisabeth-Gemeinde sollte eine Frau beerdigt werden, die im Hedwigs-Krankenhaus verstorben war. Der Sarg war bereits nach dem Kirchhof geschafft worden, aber die Angehörigen wollten dort die Leiche noch einmal sehen. Als man den Sarg öffnete, war er leer. Es stellte sich dann heraus, daß die Leiche noch in der Leichenkammer des Krankenhauses lag. Zur Erklärung und Entschuldigung dieses Versehens wird angeführt, die Angehörigen der Verstorbenen hätten den Sarg selber aus der Leichenkammer des Krankenhauses abgeholt, auf den Leichenwagen gestellt und nach dem Friedhof gebracht, ohne zu wissen, daß der Sarg noch leer war. Wenn das wahr ist, so müssen ja im Hedwigs-Krankenhaus ganz merkwürdige Zustände herrschen. Seit wann werden Leichenkammern so schlecht verwahrt, daß Privatpersonen sie betreten können und einen Sarg herausheben dürfen? Wie es übrigens möglich war, daß nicht schon beim Ausladen des Sarges der Irrtum entdeckt wurde, das ist uns gleichfalls unverständlich. Der Gewichtunterschied zwischen einem Sarg mit Frau-Leiche und einem leeren Sarg ist doch groß genug, um aufzufallen.

Bei einem Kinderfarg kann es schon eher vorkommen, daß ein solcher Irrtum nicht sofort bemerkt wird. Ob es schon einmal da gewesen ist, daß ein Kinderfarg, der aus Versehen leer geblieben war, tatsächlich beigelegt wurde? Was mag in solchen Fällen mit der hinterher aufgefundenen Kinderleiche geschehen? Diese Gedanken drängen sich uns auf bei der Betrachtung eines Vorkommnisses, das uns aus der Klinik des Herrn Dr. Reumann (Blumenstraße) mitgeteilt wird. Dort war ein zehnjähriges Knabe gestorben. Als die Eltern zur feierlichen Beerdigung kamen, um die Leiche zur Beerdigung abzuholen, fanden sie den geschlossenen Sarg vor. An ihm befand sich ein Zettel, auf dem der Zeitpunkt der Beerdigung angegeben war. Da die Eltern das Kind noch einmal zu sehen wünschten, so öffnete der Leichenkäufer den Sarg. Aber darin befand sich weiter nichts als die Kleidung, in der die Leiche beigelegt werden sollte. Eine jetzt herbeigeholte „Schwester“ (vorher war niemand vom Personal aufzutreiben gewesen) brachte dann die Leiche aus dem Keller heraus und sorgte sie ein.

Darf man sich wundern, wenn Eltern sich über solche Versehen ihre eigenen Gedanken machen? Unbegreiflich bleibt übrigens auch hier, wie es möglich war, daß der Sarg in Abwesenheit des Personals geöffnet werden konnte. Man sagt uns, es habe noch eine ganze Weile gedauert, bis nach Bestimmung des Sarges die „Schwester“ sichtbar wurde. Am Ende sind in der Reumannschen Klinik die Särge ebenso leicht erreichbar wie im Hedwigs-Krankenhaus.

Aus der Selbstmordchronik. Durch eine Revolverkugel hat die 20jährige Tochter des Doktor Sch. aus der Riedstraße in Schöneberg ihrem jungen Leben ein Ende bereitet. Die Unglückliche hat jedenfalls in einem Anfall geistiger Umnachtung Hand an sich gelegt. In ihrem Zimmer schoß sie sich eine Kugel in die Schläfe, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Aus Furcht vor esterlichen Vorkäufen griff der in der Siedingstr. 48 wohnhafte 20jährige Telephonist Wilhelm D. zur Selbsttötung. Der junge Mann war schon seit mehreren Jahren bei der A. E. G. angestellt gewesen und hatte kürzlich wegen einiger Verfehlungen seine Kündigung erhalten. D. wogte sich daraufhin nicht in die erteilte Wohnung zurück, sondern irte in der Stadt umher. Der Vater, welcher nun seinen Sohn suchte, traf ihn nachts in der Weußelstraße. Als D. seinen Vater herankommen sah, zog er plötzlich eine Flasche Zyfel hervor und trank daraus. Die erste Hilfe wurde dem jugendlichen Selbstmordkandidaten in der Unfallstation in der Hattenstraße gut.

Durch das undorsichtige Umgehen mit der Schußwaffe ist wieder einmal ein bedauerlicher Unglücksfall herbeigeführt worden. Der 10jährige Lehrling Richard Rejchle aus der Schwedterstr. 18 hatte trotz der Warnung der Mutter eine Schußwaffe hervorgeholt und damit herumgespielt. Durch eine undorsichtige Bewegung entlud sich plötzlich der Revolver und die Kugel drang dem jungen Mann in die linke Hand bis auf das Knochengelenk. Nach Anlegung eines

Notverbandes auf der Unfallstation mußte der Undorsichtige in die königl. Klinik in der Biegelstraße gebracht werden.

Reiche Beute machten Einbrecher bei einem Diebstahl, der nachts in der Werkstatt für Heilbearbeitung von Max Müller, Forsterstr. 58, verübt worden ist. Die Einbrecher drangen gewaltiam in die Werkstatt ein und räumten unter den dort lagernden Hellen auf. Sie erbeuteten 85 Baummarker, 1 Steinmarker und 2 Altisfelle im Werte von insgesamt 1400 M. Unbemerkt entkamen die Diebe. Der Verstoßene hat für die Wiederbeschaffung der Helle über für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt. Vor dem Ankauf der Beute kann nur gemarnt werden.

Zwischen den Buffern. Auf dem Straßenbahnhof in der Schönhauser Allee hat sich am Sonnabendabend ein schwerer Unglücksfall ereignet. Der 24jährige Schaffner Josef Raubut, Manteuffelstraße 94 wohnhaft, war auswärtsweise auf dem genannten Bahnhof beim Rangieren tätig gewesen. Als er einen Anhängewagen von einem Motowagen lösen wollte, fuhr plötzlich ein anderer Straßenbahnwagen mit großer Gewalt gegen den Anhänger, und A. geriet mit den Unterschenkeln zwischen die Buffer. Der Bedauernswerte erlitt furchtbare Verletzungen und mußte, nachdem er in der Unfallstation in der Schönhauser Allee die ersten Notverbände erhalten, in das Krankenhaus Bethanien eingeliefert werden.

Ein schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand gestern vormittag gegen 9 Uhr an der Ecke der Nürnberger- und Tauenzienstraße statt. Der die Nürnbergerstraße entlang fahrende Motowagen 2835 der Linie 78 fuhr den die Kreuzung an der Tauenzienstraße passierenden Motowagen Nr. 2730 der Linie 64 (Zoologischer Garten-Landsberger Allee) derartig in die linke Flanke, daß der Kasten des angefahrenen Wagens aus allen vier Achsen gehoben wurde. Auch der Kasten des Wagens 2835 wurde bei dem Anprall aus dem Vorderrad gehoben und an beiden Wagen wurden mehrere Seitenscheiben zertrümmert. Die Untergestelle der beiden Gefährte bohrten sich förmlich ineinander und wurden stark beschädigt. Außerdem wurde die Vorderplattform des Straßenbahnwagens Nr. 2835 vollständig eingedrückt. Glücklicherweise waren beide Straßenbahnzüge nur wenig beschädigt, so daß Personen nicht verletzt wurden. Nur die Masseurin Erna Overhen, Potsdamerstr. 89, erlitt anscheinend leichte Kontusionen. Sie konnte sich jedoch, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, nach ihrer Wohnung begeben. Die beiden zertrümmerten Wagenlasten mußten an Ort und Stelle soweit auf die Tracks gehoben werden, daß sie nach den Bahnhöfen geschleppt werden konnten. Für die Dauer einer halben Stunde mußte der Straßenbahnbetrieb durch die Tauenzien- und Nürnbergerstraße gesperrt und die Linien L. A., D., 64, 33, 80, 81 und 78 durch die Raaken- und Kurfürstenstraße resp. über den Kurfürsten-damm geleitet werden.

Im Bett verbrannt

Einen schrecklichen Tod fand die 55jährige Witwe M. Wanghe aus der Bückerstr. 37. Die Frau, deren Tochter an einen Feldwebel des Franzerregiments verheiratet ist, wohnte im zweiten Stock des Quergebäudes. Sie war seit einigen Wochen stark gelähmt und mußte meistens das Bett hüten. Ihre Tochter konnte ihr keine Pflege gewähren, weil sie sich selbst im Wochenbett befindet. So behalf sich die Kranke damit, daß sie täglich ein Schulmädchen zum Einholen zu sich beschied, sonst aber für sich selbst sorgte. Gestern vormittag 10 Uhr mochte sich in dem Hause ein starker Brandgeruch bemerkbar, der aus der Wohnung der M. zu kommen schien. Der Wirt ließ sofort einen Schlosser holen, um die Tür aufzubrechen. Gleichzeitig sorgte er für die Alarmierung der Feuerwehr. Als man die Stubentür erbrochen hatte, fand man die Stube in dichten Qualm gehüllt und die kranke Frau tot im brennenden Bette vor. Die eine Körperhälfte war vollständig angekohlt. Die Flammen wurden mit Leichtigkeit erstickt. Soweit bis jetzt festgestellt ist, hat die Frau einen kleinen Tisch an das Bett herangerückt, dann auf einer Spiritusmaschine Kaffee gekocht, wobei das Bett in Brand geriet. Dieses muß schon gegen 1/8 Uhr früh gewesen sein, denn um diese Zeit haben sowohl Mieter des ersten, wie auch des dritten Stockes einzelne Hülferufe gehört, ohne aber merkwürdigerweise darauf reagiert zu haben. Wahrscheinlich ist dann die bedauernswerte Frau in dem Rauch erstickt und später angekohlt worden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ist gestern wieder einmal durch den Leichtsinn, während der Fahrt vom Straßenbahnwagen abzuspringen, herbeigeführt worden. Das 21jährige Dienstmädchen Antonie Malowski, das bei einer Frau L. in der Friedländerstr. 213 Beschäftigt gewesen, verließ vor dem genannten Hause einen Straßenbahnwagen der Linie Nr. 34, trotzdem dieser sich in voller Fahrt befand. Die Undorsichtige sprang verfehlt ab, kam zu Fall und schlug mit dem Kopf auf das Pflaster. Sie hatte Verletzungen im Gesicht und eine schwere Gehirnerschütterung erlitten und wurde in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Jungen gesucht! Personen, die gesehen haben, wie am 28. Oktober vorigen Jahres, mittags 1/2 Uhr, ein älterer Mann Arbeiterstande angehörender Mann an der Schönberger Brücke von einem Automobil angefahren und dann nach der Unfallstation gebracht wurde, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten. Mittenwalderstr. 16, Hof IV links. Unkosten werden ersetzt.

Einen erheblichen Verlust bedeutet es für einen Drofchenkutscher, daß bei einer Fahrt am Spittelmarkt nach dem Hausvogteiplatz und von da nach der Jerusalemstraße eine seinem 11jährigen Sohn gehörige in einem mit der Firma F. W. Adam, Friedrichstraße, gekennzeichneten Futteral befindliche Brille verloren ging. Da dieser Gegenstand dem Finder gar nichts nützen kann, wird um Abgabe derselben an Kunzendorf, Brangelstr. 14, gebeten.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernhard Jergang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Bild. Zimmer (Alt), Franklein und Frau Dietrich (Sopr. und Alt) und Herrn Alex. Altmann (Violine). Zum Vortrag kommen u. a. mehrere Duette, ferner Regellkompositionen von Röntz, Wolfram und Reger. Der Eintritt ist frei!

Freie Volksbühne Charlottenburg.

Freitag, 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“:

Vorstellung.

Zur Aufführung gelangt: Halbo's „Jugend“.

Mittwoch, 28. Februar, General-Versammlung.

abends 8 1/2 Uhr:

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Broh: Gerhard Hauptmann. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. 3. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und der Ordnetungskommission für das neue Geschäftsjahr. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.
J. Baer
Ecke Badstr. 26, Prinz-Alteo
Herren- und Knaben-
Moden-Berufsbekleidung.
Elegante Einsegnungs-
anzüge. Großes Lager
in- und ausländischer
Stoffe, zur Anfertigung
nach Maß.
Altorbilligste, streng feste Preise.

Ältestes konz.
Leihhaus

Charlottenburg,
Wilmsdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung, Diskr. Sprechzimmer.
Gelegenheitskäufe in Brillanten,
Uhren, Gold- u. Silbersachen. [392]*

J. Baer
Ecke Badstr. 26, Prinz-Alteo
Herren- und Knaben-
Moden-Berufsbekleidung.
Elegante Einsegnungs-
anzüge. Großes Lager
in- und ausländischer
Stoffe, zur Anfertigung
nach Maß.
Altorbilligste, streng feste Preise.